

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf., (zufällig 2 fertige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 23. Januar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Und wieder Kampf und wieder Sieg!

Das war ein guter Tag heute!
 Reiche Ernte haben wir gehalten und nicht nur die Zahl der Siege, sondern auch ihre Art dürfen wir rühmen. An 53 Stichwahlen waren wir heute beteiligt und bis zur Stunde verzeichnen wir 27 Siegesmeldungen und 99 Mandate besitzen wir.

Köln ist unser! Das deutsche Rom hat die rote Fahne gehißt, die Hauptstadt des Zentrums ist von der Sozialdemokratie erobert worden. Heiß war der Kampf alles hatte das Zentrum daran gesetzt, die heilige Stadt zu halten. Unser ist sie und stolze Hoffnungen begleiten diesen Sieg. Das ist eine mächtige Wresche in den Zentrumsturm, das ist eine Niederlage, von der das Zentrum sich nicht wieder erholen wird. Zu Ende geht das stolze Märchen von der Unbesiegbarkeit der Merkale. Jetzt haben wir ihre Reihen ins Wanken gebracht und unermüdete Arbeit wird dafür sorgen, daß sie nicht mehr zum Stehen kommen. Und noch ein prächtiger Erfolg ist uns heute im Westen besichert worden. **Hagen** haben wir erobert, den alten Wahlkreis Eugen Richters, der so lange unserem Ansturm standgehalten hat.

Und auch Hagen ist wie Köln nur ein Anfang und das Ende wird heißen: das ganze Industriegebiet, dieses mächtigste Zentrum des Kapitalismus in Europa, ist sozialdemokratisch geworden. Langsam und mühsam, Schritt für Schritt bringen wir dort vor, aber den Boden, den wir einmal gewonnen haben, den wissen wir zu halten und zu erweitern.

Diesen zwei schönsten Siegen schließen sich eine ganze Reihe anderer an. **Frankfurt a. M.** ist nach heißem Ringen erobert, **Breslau-Ost** ist sozialdemokratisch geworden, in **Görlitz** ist Dr. Mugdan, der intellektuelle Urheber der Reichsversicherungsordnung, von uns verdrängt, in **Plauen** ist der Führer des sächsischen Freisinn, Herr Günther, zur Strecke gebracht worden, die wohlverdiente Vergeltung für die Haltung der Fortschrittler in Sachsen. Das rote Königreich hat aus seinen 23 Kreisen 19 Sozialdemokraten in den Reichstag geschickt. Die Scharte von 1907 ist gründlich aus-gewekelt.

Soweit bis zur Stunde, wo die Zahlenangaben nicht vollständig zu überblicken sind, ein Urteil gefällt werden kann, scheinen sich die Wähler der Fortschrittspartei im Kampf gegen den schwarzblauen Block besser gehalten zu haben, als am ersten Stichwahltage. Dies gilt für die süd-deutschen Wahlkreise mehr als für die norddeutschen. Und in **Köln** sind nicht nur Fortschrittler, sondern auch National-liberale für den Sozialdemokraten gegen das Zentrum mit ihrer Stimme eingetreten. In Mühlhausen in Thüringen aber haben die Fortschrittler uns im Kampf gegen den Kon-servativen im Stich gelassen.

Die Konservativen und Merkale haben eine schwere Niederlage zu verzeichnen. Circa 19 Mandate haben sie verloren. Die schwarzblaue Herrschaft liegt in den letzten Sügen. Donnerstag muß sie völlig zertrümmert werden.

Die Ehren dieses Tages aber gehören vor allem der Sozialdemokratie. Nicht weniger als 18 Wahlkreise sieht sie zum erstenmal in ihrem Besitz. Es sind die folgenden: Bitterfeld, Kaiserslautern, Heilbronn, Köln, Hagen, Kolmar, Jena, Bensheim, Bernburg, Bayreuth, Hildesheim, Görlitz, Dessau, Ansbach, Einbeck-Northheim, Meß, Straßburg-Land und Zericho.

Diesen 18 Eroberungen und 9 Wiedererwerbungen stehen nur zwei Verluste entgegen: Friedberg-Wüdingen und Eisenach-Dernbach, die unsere Genossen Busold und Leber in Nach-wahlen geholt hatten, konnten diesmal nicht behauptet werden.

Noch einmal ist es den Freisinnigen gelungen, **Berlin I** zu behaupten. Der „Sieg“ ist allerdings mehr als knapp. Genosse **Düwel** hat 5579 Stimmen, **Kaempf** 5588 erhalten. Nicht weniger als 124 Stimmen wurden aber für ungültig erklärt. Aus welchen und ob aus absolut stichhaltigen Gründen ist uns natürlich jetzt noch unbekannt. Der Sozialdemokrat hat 1171 Stimmen, **Kaempf** 931 gegen die Hauptwahl gewonnen. Die bewunderungswürdigen An-strengungen unserer Genossen, die energische Unterstützung der leitenden Kreise der demokratischen Vereinigung haben also

nicht vermocht, heute schon den Sieg der Sozialdemokratie zu verschaffen. Zu ungünstig ist die soziale Struktur dieses Bezirkes und nur besondere Umstände konnten diesmal Siegeshoffnungen erwecken, die dem fühlenden Urteil gegenüber nicht ganz gerechtfertigt waren. Damit **Berlin I** hätte erobert werden können, wäre notwendig gewesen, daß die reaktionären Wähler sich der Stimme enthalten und die Wähler des Herrn Gädke vollzählig für den Sozialdemokraten gestimmt hätten. Beides war unwahrscheinlich. Die Demokratische Vereinigung ist eine zu junge und zu schwache Organisation, als daß auf die Innehaltung der von ihr ausgegebenen Parole mit Sicherheit hätte gerechnet werden können. Unter ihren Wählern befinden sich gewiß zum großen Teil Angehörige von Schichten, die ihrer sozialen Lage nach als Ausgebeutete des Kapitals zu uns gehören und den Weg zu uns auch finden werden. Daneben aber haben für Herrn Gädke viele aus persönlichen Gründen — sei es aus Sympathie für diesen dem preussischen Militarismus so verhassten Mann, sei es aus Antipathie gegen Herrn **Kaempf** — gestimmt. Diese haben unter dem Ein-fluß der gewaltigen Agitation, die die Liberalen entfaltet haben, wieder ins freisinnige Lager zurückgefunden.

Noch viel weniger Einfluß hat die reaktionäre Wahl-parole ausgeübt. Die Berliner Asphaltkonservativen sind keine hartzerzogenen Wandler. Es sind zumeist abhängige Existenzen, höhere Beamte, Offiziere a. D., Herren, die sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollten, auf so bequeme Weise den Staat zu retten und Patriotismus zu prästieren. So sind sie denn dem Beispiel des Herrn von Bethmann und seiner Minister gefolgt und haben **Kaempf** gewählt. Die ihrer Klassenstellung nach zusammengehören, haben sich in diesem Wahlkampf gefunden und das Lager des Kapitals hat sich von dem der Arbeit reinlich geschieden. Wir sind die letzten, die solche klaren Scheidungen nicht freudig begrüßen. Vergeblich ist für uns dieser Wahlkampf sicherlich nicht gewesen. Vielen dem Prole-tariat Nahestehenden hat er die Augen geöffnet, gute Arbeit ist verrichtet worden. Und der ziffernmäßige Erfolg darf uns mit Stolz und Genugtuung erfüllen. Nur neun Stimmen und die letzte Feste wäre erstürmt gewesen. Nur einige Stimmen, die vielleicht für die Sozialdemokratie be-stimmt waren, nicht für ungültig erklärt und der Freisinn hätte seine letzte Zufluchtsstätte in Berlin eingebüßt. Wir sind es wahrlich nicht, die da Grund zur Trauer hätten.

Außergewöhnlich politische Bedeutung hat ja der Kampf gerade um diesen Kreis, der zu den kleinsten städtischen Wahlkreisen gehört, nicht gehabt. Aber er war für viele eine Sache des Gefühls. Allen ungünstigen Verhältnissen zum Trotz sollte auch über den letzten der Berliner Wahlkreise heute schon die rote Fahne aufgepflanzt werden. Es ist nicht gelungen, aber so sehr wir auch diesen Mangel beklagen, der gleichsam in dem Wille des roten Berlin einen Schönheitsfehler bildet, zur Enttäuschung ist weder Grund noch Zeit. Und am Donnerstag wollen wir uns Revanche holen und in Potsdam soll die rote Fahne auf-gepflanzt werden als Zeichen unseres unanfechtbaren Vormarsches!

Das Gesamtergebnis.

Als Mittelkraft waren von 80 Stichwahlen sämtliche Resultate bekannt. Gewählt sind: 27 Sozialdemokraten, 18 Fortschrittliche Volkspartei, 13 Nationalliberale, 5 Konservative, 3 Wirtschaftliche Vereinigung, 3 Zentrum, 3 Welfen, 2 Polen, 1 Reichspartei, 1 Deutsche Reformpartei, 2 Bayerischer Bauern-bund, 1 bayerischer Liberaler und 1 Lothringer. — Die Sozial-demokraten gewinnen 26 und verlieren 2 Sitze, die Fort-schrittler gewinnen 5 und verlieren 5, die Nationallibe-ralen gewinnen 7 und verlieren 8, die Konservativen ge-winnen 1 und verlieren 4, das Zentrum gewinnt 2 und ver-liert 2, die Polen verlieren 1, die Reichspartei verliert 4, die Wirt-schaftliche Vereinigung gewinnt und verliert 1, die Welfen gewin-nen 3, der Bayerische Bauernbund gewinnt 2, die Elsäffer ver-lieren 1, die Lothringer gewinnen und verlieren 1 Sitz.

Das Wahlergebnis in Berlin I.

Bei der gestrigen Stichwahl erhielten:
Kaempf (Fortshr.) 5588 Stimmen
Düwel (Soz.) . . . 5579 . . .
 124 Stimmzettel wurden für ungültig erklärt. Der Freisinnige **Kaempf** ist somit gewählt.
 In der Hauptwahl erhielten Stimmen:
Kaempf (Fortshr.) 4657, **Düwel** (Soz.) 4408, **Gädke** (Dem.) 1895, **Thomas** (W. Bg.) 482, **Graf Oppersdorff** (B.) 169, **Chochetowski** (Polc) 87, zersplittert 7.

Die gewählten Sozialdemokraten.

Zu den bisher gewählten 72 Sozialdemokraten sind folgende 27 hinzugewählt:

Beimar	Baudert
Darmstadt	Dr. Quessel
Breslau-Ost	Bauer
Plauen	Jädel
Frankfurt a. M.	Duard
Discherleben-Galberstadt	Brandes
Kottbus	Giebel
Altenburg	Käppler
Höchst	Brühn

Neu eroberte Kreise:

Kaiserslautern	Hoffmann
Heilbronn	Feuerstein
Bitterfeld	Raute
Köln	Hofrichter
Erbach-Bensheim	Sasenzahl
Bernburg	Bender
Kolmar	Peirotetz
Jena	Leutert
Hagen	König
Ansbach	Hierl
Dessau	Heine
Görlitz	Taubadel
Hildesheim	Rauch
Bayreuth	Hugel
Einbeck-Northheim	Deichmann
Meß	Weill
Straßburg-Land	Fuchs
Zericho	Haupt

In Mandaten besitzen nunmehr:

die Sozialdemokratie	99	53
die Fortshr. Volkspartei	34	49
die Nationalliberalen und Bauernbund	38	51
die Konservativen	40	59
das Zentrum	91	103
die Reichspartei	12	25
Antisemiten und Wirtschaftliche Vereinigung	13	21
Polen	16	20
Welfen	5	1
Elßaß-Lothringes	6	8
Dänen	1	1
Wilde	2	6

früher Sozialdemokraten

Das Ergebnis der Stichwahlen.

Die Zahlen hinter den Wahlkreisen sind die Resultate der Hauptwahl.

Königreich Preußen.

Stadt Berlin.

Berlin I. Kaempf (Sp.) 4657, Dümmler (Soz.) 4408, Gädde (Demkr.) 1395, Thomas (Wirtsch. Vgg.) 482, Graf v. Oppersdorff (Z.) 169, Chociszewski (Pole) 37, zerplittert 7.
Stichwahl: Kaempf (Sp.) 5587.
Dümmler (Soz.) 5579.
Gewählt: Kaempf (Sp.).
Bisher: Kaempf (Sp.).

Ostpreußen.

Memel-Gebiet. Schwabach (Natl.) 8750, Streckes (Vitaue) 5908, Mertins (Soz.) 3839, zerplittert 14.
Gewählt: Schwabach (Natl.).
Bisher: Schwabach (Natl.).

Westpreußen.

Landkreis Danzig. Gohl (Soz.) 5272, Dörksen (Sp.) 4709, Schimmer (Z.) 4377,hardtman (Sp.) 3007, v. Kupczynski (Pole) 1912, Denker (Mittl.-Pt.) 34, Rarckwald (Soz.) 33, Dunajski (Pole) 28, zerplittert 48.
Gewählt: Dörksen (Sp.).
Bisher: Dörksen (Sp.).

Stadtkreis Danzig. Weinhausen (Sp.) 9418, Rarckwald (Soz.) 8038, Dentler (Konf.) 7121, Kupczynski (Pole) 498, Schimmer (Z.) 31, zerplittert 15.
Gewählt: Weinhausen (Sp.).
Bisher: Rommelen (Sp.).

Schlesien-Flatau. Baron Knigge (Konf.) 8081, Sawahli (Z.) 4944, Patz (Natl.) 4303, Sehlager (Natl.) 1102, Prosviw (Soz.) 305, Polkowski (Pole) 5370, zerplittert 7.
Gewählt: Knigge (Konf.).
Bisher: Willens (Konf.).

Brandenburg-Strasburg. Sieg (Natl.) 13441, v. Donimiroski (Pole) 12117, Wicogorowski (Soz.) 1437, Schmidt (v. l. Z.) 712, Spahn (Z.) 145, zerplittert 11.
Gewählt: Sieg (Natl.).
Bisher: Sieg (Natl.).

Brandenburg.

Oberharnim. Bruns (Soz.) 8571, Hubrich (Sp.) 6104, Frederod (Konf.) 5651, zerplittert 16.
Stichwahl: Bruns (Soz.).
Hubrich (Sp.).
Gewählt: Hubrich (Sp.).
Bisher: Pauli (Sp.).

Krönau-Friedberg. v. Schudmann (Konf.) 5728, Bruhn (Dtsch. Reformp.) 4794, Brudner (Soz.) 4496, Pöndgen (Natl.) 2798, zerplittert 13.
Stichwahl: v. Schudmann (Konf.).
Bruhn (Reformp.).
Gewählt: Bruhn (Reformp.).
Bisher: Bruhn (Reformp.).

Rottbus-Spremberg. Wiebel (Soz.) 11181, Parthen (Sp.) 8539, Daase (Sp.) 8016, Chociszewski (Pole) 49, zerplittert 12. —
Stichwahl: Wiebel (Soz.) 14478.
Parthen (Sp.) 12379.
Gewählt: Wiebel (Soz.).
Bisher: v. Dirlsen (Sp.).

Pommern.

Rügen-Franzburg. Freh v. Kalkahn (Konf.) 10244, Jehn (Sp.) 7339, Hagenstein (Soz.) 5903, zerplittert 6. — Stichwahl Gewählt: Jehn (Sp.).
Bisher: Dr. Stengel (Sp.).

Greifswald-Gutminen. Langemak (Konf.) 8120, Gothein (Sp.) 6003, Danke (Soz.) 4227, Lümann (Natl.) 1062, zerplittert 5. —
Gewählt: Gothein (Sp.).
Bisher: Gothein (Sp.).

Posen.

Frankfurt-Pissa. Löbning (Sp.) 6115, Graf v. Oppersdorff (Z.) 3057, v. Komitowski (Pole) 2781, Grunow (Soz.) 846, zerplittert 5.
Stichwahl: Löbning (Sp.) 3555.
Graf Oppersdorff (Z.) 3952.
Gewählt: Graf Oppersdorff (Z.).
Bisher: Dr. Kolbe (Sp.).

Garnikau-Kolmar i. Br. Ritter (Konf.) 12148, Graf Dainaki (Pole) 7052, Ehrenberg (Natl.) 5184, Schulz (Soz.) 2754, zerplittert 36.
Gewählt: Ritter (Konf.).
Bisher: Ritter (Konf.).

Schlesien.

Stadt Breslau-Ost. Bauer (Soz.) 21359, Grund (Natl.) 12085, Wüchner (Konf.) 10318, Fichin (Demokr. Vgg.) 642, v. Sakszewski 99, zerplittert 29.
Stichwahl: Bauer (Soz.) 24500.
Grund (Natl.) 21000.
Gewählt: Bauer (Soz.).
Bisher: Fürst Bogdelt (Sp.).

Graf-Strelicz-Kufel. Glowahli (Z.) 9637, Wasja (Pole) 9232, Dyaluga (Soz.) 1247, Tröger (Sp.) 171, zerplittert 27. —
Gewählt: Glowahli (Z.).
Bisher: Glowahli (Z.).

Kreuzburg-Rosenberg. Meher (Konf.) 7015, Kuischa (Pole) 5037, Wellmann (Natl.) 2585, Schlicht (Soz.) 344.
Gewählt: Meher (Konf.).
Bisher: Fürst Hohenlohe (Konf.).

Leuthen-Zarnowitz. Dambel (Pole) 20671, Witta (Z.) 12957, Höring (Soz.) 11534, Hartmann (Natl.) 10176, zerplittert 10.
Gewählt: Dambel (Pole).
Bisher: Kapietalski (Pole).

Rattow-Sabrze. Sojinski (Soz.) 17913, Winiakiewicz (Soz.) 14901, Gobel (Z.) 11358, Wiltiger (Natl.) 9415, Sacke (Natl.) 5755, zerplittert 9.
Gewählt: Sojinski (Pole).
Bisher: Korianty (Pole).

Görlitz-Lauban. Taubadel (Soz.) 20498, Dr. Rugdan (Sp.) 13901, Reimer (Konf.) 7615, zerplittert 6.
Gewählt: Taubadel (Soz.) mit 1000 Stimmen Mehrheit.
Bisher: Dr. Rugdan (Sp.).

Leisnig-Teich-Stein. Warlo (Z.) 10327, Jankowicz (Pole) 10312, Dr. Richt (Natl.) 6134, Trimm (Soz.) 2219, zerplittert 3.
Gewählt: Warlo (Z.).

Provinz Sachsen.

Cherburg-Stend. Goch (Konf.) 10512, Fuhrmann (Natl.) 8621, Beims (Soz.) 7484, Chociszewski (Pole) 38, zerplittert 14.
Stichwahl: Goch (Konf.) 11346.
Fuhrmann (Natl.) 10524.
Gewählt: Goch (Konf.).
Bisher: Fuhrmann.

Jerchow I u. II. Haupt (Soz.) 11902, v. Vhern (Konf.) 6570, Meien (Sp.) 8291, zerplittert 28.
Gewählt: Haupt (Soz.).
Bisher: v. Vhern (Konf.).

Wolmirch-Neubaldensleben. Ritsch (Soz.) 10911, Schiffer (Natl.) 5039, Stroffer (Konf.) 4880, Nahardt (Sp.) 4192, zerplittert 10.
Stichwahl: Ritsch (Soz.) 12471.
Schiffer (Natl.) 13775.
Gewählt: Schiffer (Natl.).
Bisher: Behlhauer (Natl.).

Oschersleben-Holzerstadt. Brandes (Soz.) 17378, Rimpau (Natl.) 12654, Hörnede (Konf.) 6183, zerplittert 22.
Gewählt: Brandes (Soz.).
Bisher: Rimpau (Natl.).

Bitterfeld-Deleitzsch. Rante (Soz.) 12920, Bauermeister (Sp.) 10060, Hjanter (Sp.) 6670, Chociszewski (Pole) 231, Bahzmann (Natl.) 29, zerplittert 45. —
Stichwahl: Rante (Soz.) 16264.
Bauermeister (Sp.) 13694.
Gewählt: Rante (Soz.).
Bisher: Bauermeister (Sp.).

Mühlhausen-Langenleina. Arnstadt (Konf.) 11978, Lemm (Sp.) 8604, Schäfer (Soz.) 8298, zerplittert 20.
Stichwahl: Arnstadt (Konf.) 15273.
Schäfer (Soz.) 11179.
Gewählt: Arnstadt (Konf.).
Bisher: Arnstadt (Konf.).

Provinz Schleswig-Holstein.

Ditmarschen-Steinburg. Müller (Soz.) 12180, Hoff (Sp.) 11002, Dr. Goerd (Natl.) 8397, v. Levegow (Wirtsch. Vgg.) 410, zerplittert 12.
Gewählt: Hoff (Sp.).
Bisher: Goerd (Natl.).

Tondern-Ostum. Dr. Schifferer (Natl.) 7028, Dr. Bland (Sp.) 6373, Jessen (Natl.) 2219, Proccour (Soz.) 2140, Jessen (Dane) 1985, zerplittert 5.
Gewählt: Bland (Sp.).
Bisher: Dr. Leonhart (Sp.).

Provinz Hannover.

Neustadt a. H. Nienburg. Freh v. Schuele (Welfe) 5085, Dr. Arning (Natl.) 7749, Sehle (Soz.) 5269, Weidenhöfer (Sp.) 4307, zerplittert 8.
Gewählt: v. Schuele (Welfe).
Bisher: Arning (Natl.).

Hildesheim. Rauch (Soz.) 11403, Fähr (Konf.) 10782, Dr. Woldemeyer (Natl.) 10238, v. Diebitz (Welfe) 803, zerplittert 24.
Gewählt: Rauch (Soz.).
Bisher: Feldmann (Konf.).

Einbeck-Rothheim. Reichmann (Soz.) 8226, Wachens (Natl.) 6178, Kiel (v. l. Z.) 3982, zerplittert 8.
Gewählt: Reichmann (Soz.).
Bisher: Finkel (Natl.).

Höttingen-Wünnen. Mey (Soz.) 7986, Jäder (Natl.) 7128, v. Olenhusen (Welfe) 6236, Henkel (Wirtsch. Vgg.) 2949, zerplittert 5.
Stichwahl: Mey (Soz.) 10063.
Jäder (Natl.) 10479.
Gewählt: Jäder (Natl.).
Bisher: v. Olenhusen (Welfe).

Goßlar-Kellerfeld. Leinert (Soz.) 9824, Goetting (Natl.) 6942, Koelle (Wirtsch. Vgg.) 4347, Kohlbrandt (Welfe) 1964, Bierwirth (Sp.) 723.
Gewählt: Goetting (Natl.).
Bisher: Koelle (Wirtsch. Vgg.).

Gifhorn-Beine. Schneider (Soz.) 11289, Reber (Natl.) 11048, Freh v. Hohenberg (Welfe) 7237, Gottschalk (Konf.) 5037, zerplittert 28.
Gewählt: Reber (Natl.).
Bisher: Wehl (Natl.).

Helgen-Lühnen. Dutsche (Natl.) 7829, v. Meding (Welfe) 7578, v. d. Benje (Sp.) 5018, Fischer (Soz.) 2974, Meier (Wirtsch. Vgg.) 2974, Meier (Wirtsch. Vgg.) 2974, zerplittert 28.
Gewählt: v. d. Benje (Sp.).
Bisher: v. d. Benje (Sp.).

Lüneburg-Winsen. Freh v. Wangenheim (Welfe) 8030, Damman (Natl.) 7036, Krause (Soz.) 6042, Schumacher (Wirtsch. Vgg.) 5787, zerplittert 9.
Gewählt: v. Wangenheim (Welfe).
Bisher: Sievers (Natl.).

Westfalen.

Hagen. König (Soz.) 23184, Dr. Crüger (Sp.) 14737, Springmann (Natl.) 12000, Chociszewski (Pole) 231, zerplittert 5.
Stichwahl: König (Soz.) 24944.
Dr. Crüger (Sp.) 23550.
Gewählt: König (Soz.).
Bisher: Cunn (Sp.).

Hessen-Kassau.

Höchst-Domburg v. d. G. Brühne (Soz.) 21279, Zischert (Z.) 9788, Küster (Natl.) 6494, Wolf (Sp.) 6072, Lücke (Natl.) 1474, zerplittert 13.
Stichwahl: Brühne (Soz.) 23027.
Zischert (Z.) 15437.
(Einige kleine Orte fehlen.)
Gewählt: Brühne (Soz.).
Bisher: Brühne (Soz.).

Stadt Frankfurt. Dr. Quard (Soz.) 35686, Dejer (Sp.) 31306, Schwarz (Z.) 8708, Bedrens (Chr.-Soz.) 1290, zerplittert 8. —
Gewählt: Dr. Quard (Soz.).
Bisher: Dejer (Sp.).

Rheinprovinz.

Stadt Köln. Hofrichter (Soz.) 18666, Trimbom (Z.) 17043, Dr. Vermbach (Natl.) 7134, Dr. Kollschroeder (Demokr. Sp.) 1161, Truhmann (Wirtsch. Vgg.) 310, zerplittert 46.
Stichwahl: Hofrichter (Soz.) 20596.
Trimbom (Z.) 22388.
Gewählt: Hofrichter (Soz.).
Bisher: Trimbom (Z.).

Königreich Bayern.

München I. Witt (Soz.) 11594, Kerchensteiner (Natl.) 10949, Voghermann (Z.) 4862, v. Spies (Konf.) 503, zerplittert 28.
Gewählt: Kerchensteiner (Natl.) mit 373 Stimmen Mehrheit.
Bisher: Wögl (Natl.).

Strasbourg. Scheffel (Z.) 10094, Lang (Bauernb.) 8814, Auer (Soz.) 1969.
Stichwahl: Lang (Bauernb.) soll Scheffel (Z.) verdrängen haben.
Kaiserlautern. Hoffmann (Soz.) 11306, Dr. Kocside (Bauernb.) 9770, Hummel (Sp.) 5401, zerplittert 5.
Stichwahl: Hoffmann (Soz.) 14632.
Dr. Kocside (Konf.) 11409.
Gewählt: Hoffmann (Soz.).
Bisher: Dr. Kocside (Konf.).

Bayreuth. Hugel (Soz.) 10953, Binjauer (Natl.) 6912, Brendel (Bauernb.) 5721, zerplittert 21.
Stichwahl: Hugel (Soz.) 12723.
Binjauer (Natl.) 7927.
Gewählt: Hugel (Soz.).
Bisher: Hagen (Natl.).

Kassach-Schwabach. Hufnagel (Konf.) 6724, Hierl (Soz.) 6655, Laidde (Sp.) 6331, zerplittert 11.
Gewählt: Hierl (Soz.).
Bisher: Hufnagel (Konf.).

Rothenburg a. T. Hilpert (W. d. Z.) 7171, Kerchbaum (Bauernb.) 6355, Klampfer (Soz.) 2920, Ransch (Sp.) 2518, zerplittert 14.
Gewählt: Kerchbaum (Bauernb.).
Bisher: Hilpert (W. d. Z.).

Königreich Sachsen.

Blauen. Jadel (Soz.) 20857, Günther (Sp.) 11830, Graf (Natl.) 10070, zerplittert 14.
Stichwahl: Jadel (Soz.) 23800.
Günther (Sp.) 20900.
Gewählt: Jadel (Soz.).
Bisher: Günther (Sp.).

Königreich Württemberg.

Beigheim-Heilbronn. Feuerstein (Soz.) 12429, Wolff (Konf.) 10778, Raumann (Sp.) 10687, zerplittert 5.
Gewählt: Feuerstein (Soz.).
Bisher: Raumann (Sp.).

Esslingen-Leonberg. Sperka (Soz.) 8966, Keimath (Natl.) 6657, Roth (Wirtsch. Vgg.) 5882, zerplittert 3.
Stichwahl: Sperka (Soz.) 10089.
Keimath (Natl.) 11979.
Gewählt: Keimath (Natl.).
Bisher: Roth (Wirtsch. Vgg.).

Esslingen-Rirchheim. Schlegel (Soz.) 15473, Litz (Natl.) 9000, Hilar (Konf.) 5000, Gröber (Z.) 643, zerplittert 25.
Stichwahl: Schlegel (Soz.) 16832.
Litz (Natl.) 16309.
Gewählt: Litz (Natl.).
Bisher: Weibel (Natl.).

Neutlingen-Tübingen. Bayer (Sp.) 12055, Schilde (Soz.) 7234, Erzberger (Z.) 3682, Krug (Konf.) 1676, zerplittert 8.
Stichwahl: Bayer (Sp.) 13344.
Schilde (Soz.) 7400.
Gewählt: Bayer (Sp.).
Bisher: Bayer (Sp.).

Göppingen. Schweidhardt (Sp.) 7626, Steinmayer (Soz.) 6254, Repler (Konf.) 6165, Gröber (Z.) 28, zerplittert 28.
Stichwahl: Schweidhardt (Sp.) 11277.
Steinmayer (Soz.) 6863.
Gewählt: Schweidhardt (Sp.).
Bisher: Schweidhardt (Sp.).

Freudenstadt-Obernberg. Riefching (Sp.) 7020, Rüblich (Konf.) 7020, Kowald (Soz.) 6137, zerplittert 19.
Stichwahl: Riefching (Sp.) 12878.
Stüblich (Konf.) 7372.
Gewählt: Riefching (Sp.).
Bisher: Wagner (Sp.).

Willingen-Rottweil. Haugmann (Sp.) 11955, Raitinat (Soz.) 8752, Bod (Z.) 8179, Berneder (Konf.) 694, zerplittert 9. —
Gewählt: Haugmann (Sp.).
Bisher: Haugmann (Sp.).

Günzburg-Göppingen. Bindemann (Soz.) 11933, Günzer (Sp.) 9445, Lang (Konf.) 7777, zerplittert 18.
Stichwahl: Bindemann (Soz.) 13027.
Günzer (Sp.) 13603.
Gewählt: Günzer (Sp.).
Bisher: Wieland (Sp.).

Saakung-Hall. Bogt (Wirtsch. Vgg.) 9658, Schod (Sp.) 6408, Erlensbusch (Soz.) 4808, zerplittert 10.
Stichwahl: Bogt (Wirtsch. Vgg.) 11915.
Schod (Sp.) 10770.
Gewählt: Bogt (Wirtsch. Vgg.).
Bisher: Bogt (Wirtsch. Vgg.).

Geislingen-Ulm. Hähle (Sp.) 10329, Graf (Konf.) 10064, Köhring (Soz.) 9592, zerplittert 11.
Gewählt: Hähle (Sp.).
Bisher: Storz (Sp.).

Hessen.

Wiesbaden-Grünberg. Dr. Berner (Wirtsch. Vgg.) 9784, Beckmann (Soz.) 7943, Eickens (Sp.) 6960, zerplittert 11.
Stichwahl: Dr. Berner (Wirtsch. Vgg.) 13122.
Beckmann (Soz.) 11883.
Gewählt: Dr. Berner (Wirtsch. Vgg.).
Bisher: Dr. Berner (Wirtsch. Vgg.).

Friedberg-Wünnen. Busold (Soz.) 9289, Strad (Natl.) 7378, Leuchgens (Sp.) 2967, Schroeder (Z.) 2105, zerplittert 18. —
Stichwahl: Busold (Soz.).
Strad (Natl.).
Gewählt: Strad (Natl.) mit 1000 Stimmen Mehrheit.
Bisher: Busold (Soz.).

Lauterbach-Alsfeld. Bindewald (Wirtsch. Vgg.) 6174, Hed (Natl.) 3214, Nabus (Sp.) 2709, Reiter (Soz.) 3029, zerplittert 7. —
Stichwahl: Bindewald (Wirtsch. Vgg.).
Hed (Natl.).
Gewählt: Hed (Natl.).
Bisher: Bindewald (Wirtsch. Vgg.).

Darmstadt-Großgerau. Dr. Quessel (Soz.) 18326, Dr. Osann (Natl.) 11170, Dr. Strieder (Sp.) 7268, zerplittert 11. —
Stichwahl: Dr. Quessel (Soz.) 21561.
Dr. Osann (Natl.) 16632.
Gewählt: Dr. Quessel (Soz.).
Bisher: Dr. Osann (Natl.).

Erbach-Bendheim. Hafenzahl (Soz.) 8526, Nippel (Wirtsch. Vgg.) 4588, Scior (Natl.) 4371, Dr. Sauer (Sp.) 3921, zerplittert 21.
Stichwahl: Hafenzahl (Soz.) 11600.
Nippel (Wirtsch. Vgg.) 8000.
Gewählt: Hafenzahl (Soz.).
Bisher: Haas (Natl.).

Worms. Freiherr Hehl zu Dernsheim (Natl.) 11325, Engelmann (Soz.) 6644, Hehl (Z.) 6348, Weder (Sp.) 3959, zerplittert 2.
Gewählt: v. Hehl (Natl.).
Bisher: v. Hehl (Natl.).

Wingen-Alzen. Dr. Weder (Natl.) 10848, Koroll (Sp.) 9372, Kbelung (Soz.) 2315, zerplittert 8.
Gewählt: Koroll (Sp.).
Bisher: Hebel (Z.).

Sachsen-Weimar.

Weimar-Ilm. Vaudert (Soz.) 14250, Enders (Sp.) 7664, Graf (Wirtsch. Vgg.) 7503, zerplittert 3.
Gewählt: Vaudert (Soz.).
Bisher: Graf (Wirtsch. Vgg.).

Eisenach-Teubach. Leber (Soz.) 10623, Rarquardt (Natl.) 6421, Kaiser (Wirtsch. Vgg.) 6039.
Gewählt: Rarquardt (Natl.).
Bisher: Leber (Soz.).

Jena-Neustadt. Leutert (Soz.) 12697, Schauer (Konf.) 8620, Vershofen (Sp.) 5406, Thummel (Natl.) 4523, zerplittert 7. —
Gewählt: Leutert (Soz.).
Bisher: Lehmann (v. l. Z.).

Oldenburg.

Oldenburg-Lübeck-Birtenfeld. Stelling (Soz.) 10235, Alhorn (Sp.) 9805, Dr. Eiber (Natl.) 7919, Dr. Dohle (Z.) 1678, zerplittert 23.
Stichwahl: Stelling (Soz.) 4643.
Alhorn (Sp.) 7616.
Gewählt: Alhorn (Sp.).
Bisher: Alhorn (Sp.).

Saxel-Reber. Hug (Soz.) 18 014, Träger (Sp.) 12 201, Straße (Nat.) 4335, gesplittet 40.
Stichwahl: Hug (Soz.) 13 915, Träger (Sp.) 15 682.
Gewählt: Träger (Sp.).
Bisher: Träger (Sp.).

Sachsen-Mittelelbe.

Sachsen-Mittelelbe. Kämpfer (Soz.) 21 422, Schmidt (Sp.) 13 085, Dr. Weipolmann (Sp.) 9273, Schottgenoss (Volk) 70, gesplittet 3.
Gewählt: Kämpfer (Soz.).
Bisher: Schmidt (Sp.).

Inhalt.

Debau-Verbst. Heine (Soz.) 15 450, Roth (Nat.) 8489, Dr. Brauh (Sp.) 8115, Ademann (Dem. Vgg.) 1786, gesplittet 8.
Gewählt: Heine (Soz.) (3000 Stimmen Majorität).
Bisher: Schröder (Sp.).

Vernburg-Balkenhebt. Bender (Soz.) 16 015, Baumeder (Nat.) 9006, Dr. Armer (Kauf.) 5175, Dr. Breitscheid (Dem. Vgg.) 2878, gesplittet 30.
Gewählt: Bender (Soz.) (2000 Stimmen Mehrheit).
Bisher: Trautmann (Nat.).

Schwarzburg-Sonderhausen.

Schwarzburg-Sonderhausen. Dr. Rosenfeld (Soz.) 8012, Dr. Wärvinkel (Nat.) 6292, Keil (Wirtsch. Vgg.) 3558, gesplittet 8.
Gewählt: Wärvinkel (Nat.).

Waldeck.

Waldeck. Vietmeyer (Wirtsch. Vgg.) 4403, Kuschke (Sp.) 3687, Barnhagen (Nat.) 2037, Beddig (Soz.) 1000, gesplittet 4. —
Gewählt: Vietmeyer (Wirtsch. Vgg.).
Bisher: Dr. Vothhoff (Sp.).

Schaumburg-Lippe.

Schaumburg-Lippe. Gärtner (Soz.) 3413, Krömer (Sp.) 2707, Brunstermann (Sp.) 2583, Knapp (Christl.-Soz.) 706, gesplittet 6.
Stichwahl: Gärtner (Soz.) 3001, Krömer (Sp.) 5041.
Gewählt: Krömer.
Bisher: Dr. Brunstermann (Sp.).

Elfaß-Lothringen.

Elfaß-Lothringen. Dr. Dagg (Elf. Z.) 8033, Peiroles (Soz.) 6120, Elf (Liberal) 4220, gesplittet 36.
Stichwahl: Dagg (Elf. Z.) 8750, Peiroles (Soz.) 8865.
Gewählt: Peiroles (Soz.).
Bisher: Reich (Elf.).

Landkreis Straßburg. Fuchs (Soz.) 7026, Jaeger (Elf.) 7187, Urban (Vik.) 5501, gesplittet 20.
Gewählt: Fuchs (Soz.).
Bisher: Dr. Bill (Z.).

Sabern. Dr. Doeffel (Sp.) 7331, Koefler (Hosp. d. Sp.) 5843, Schulenburg (Soz.) 3426, gesplittet 44.
Gewählt: Koefler (Sp.).
Bisher: Dr. Doeffel (Sp.).

Walden-Liedersbach. Dr. Weidmann (Z.) 13 715, Winded (unabhängiger Votz.) 13 328, Becker (Soz.) 7298, gesplittet 45.
Gewählt: Winded (Votz.).
Bisher: De Wendel (Votz.).

Weg. Lofolone (unabh. Votz.) 11 632, Dr. Weill (Soz.) 11 102, Weidmann (Sp.) 7318, gesplittet 41.
Stichwahl: Lofolone (unabh. Votz.) 13 000, Dr. Weill (Soz.) 17 000.
Gewählt: Dr. Weill (Soz.).
Bisher: Dr. Gregoire (Votz.).

Die Entscheidungswahl in Berlin I.

Dem Ausgang der Stichwahl im ersten Reichstagswahlkreis Berlins wurde mit größter Spannung entgegengefeuert. Würde hier, wo die Stützen des liberalen Bürgertums um die Würde sich scharen, der Liberalismus auch aus seinem letzten Schutzwinkel vertrieben werden? Würde am Abend des 22. Januar auch über diesen Wahlkreis, in dessen Mitte das Kaiserthum liegt, die rote Fahne wehen?

Die „Kämpfer“ — die „Düwells“ grüßte es am Morgen von allen Anschlagspunkten. Auf großen roten Plakaten las man in Kleinstbuchstaben die Namen der beiden Wahlkandidaten, die heute in Berlin I. miteinander um den Sieg rangen. Mit großen Plakaten waren auch die Festschreiber ausgehängt, die gegen 10 Uhr vor den Wahllokale ihren Posten einnahmen. Plakattreger marschirten überall durch die Straßen. Die Demokraten, deren Stimmen in der Stichwahl ins Gewicht fielen, wählten gleichfalls nachmals die Wähler.

„Wähle-Wähler, wähle Düwells!“ las man da. Einige Plakattreger wurden in der Gegend des Wohnhofs Friedrichstraße und des Dönhofsplatzes von patrouillierenden Polizisten weggejagt. Es war keine Empfehlung für den liberalen Kämpfer, was da der Polizei im Wege gewesen war.

Frühzeitig begann der Zustrom der Wähler. Mit dem Glanzschlag 10 Uhr erschienen die ersten, und von da an ging es ununterbrochen durch die Vormittags-, Mittags- und Nachmittagsstunden. Auch die Schlepparbeit setzte sehr zeitig ein. Mit einem ganz ungewöhnlich starken Aufgebot von Hilfskräften waren die Parteien auf dem Kampfsplatz erschienen. Den Liberalen hatten sich Hunderte von Kaufleuten und Studenten zur Verfügung gestellt, die besonders durch den Sanftmuth zusammengetrommelt waren. Der Sanftmuth hatte auch 30 Automobile herbeigefahren, die mit „Kämpfer“-Plakaten ausgestattet waren. Auch ein Privatautomobil eines Warenhausebesizers soll sich an dieser Schlepperei beteiligt haben.

Das Interesse der Reugierigen galt besonders den beiden in der Jägerstraße und in der Behrenstraße belegenen Wahllokale, in denen die Minister zu wählen hatten. Trotz der von den Konservativen ausgehenden Parole, bei den Stichwahlen sich der Abstimmung zu enthalten, gingen die Minister zur Wahl, allen voran der Reichsfinanzminister. Die beiden Wahllokale waren von 10 Uhr an umlagert von Schaulustigen, zu denen auch Photographen sich gestellt hatten, um den historischen Augenblick zu knipsen. Selbst am Nachmittag, als die Herrschaften längst ihre Stimme abgegeben hatten, standen noch Gassen auf den Bürgersteigen umher und warteten.

Echon in der Mittagsstunde kamen die Liberalen mit ihrem ersten Wahlzettel heraus. Allen Beamten des Wahlkreises wurden Mahnzettel ins Haus geschickt, die darauf hinwiesen, daß schon der Reichstagsminister und die Minister gewählt hatten. „Konservativ!“ folgte dem Beispiel der leitenden Staatsmänner!“ schloß der Zettel.

Nicht lange darauf wurden die Wähler durch den zweiten Wahlzettel der Liberalen überrascht. In den Nachmittagsstunden zeigten in den Straßen und besonders vor den Wahllokale sich

Träger von Plakaten, die den Demokraten ver kündeten, ihr Führer Dr. Breitscheid sei zur Sozialdemokratie übergetreten. Der Schreckensruf: „Ihr seid verraten!“ prangte am Kopf des Plakates. Und der Schluß mahnte: „Wer sich an diesem Verrat nicht beteiligen will, der wähle Johannes Kämpfer!“ Gegen Abend wurde vor den Wahllokale ein Flugblatt verteilt, das diesen Wahlkreis als „Freisinnsschwärmer“ kennzeichnete. Überall bildeten sich Gruppen, die über das Flugblatt lebhaft diskutierten.

Von unbekannter Seite wurde auch ein Plakat verbreitet, das folgenden, viel beachteten Vers trug:

„Wählet heut auf alle Fälle
Düwells in die Reichstagsbühne!
Denn der „Freisinn“ ist vom Uebel...
Denn der Kämpfer ist vom Uebel!
Nest! Wähler, einen Dämpfer
Diesem Kämpfer, dem Freisinnskämpfer!“

Die Schlepplokale waren von den Liberalen sehr gut ausgestattet worden. In 17 von den 26 Wahlbezirken des ganzen ersten Wahlkreises lag ihr Schlepplokal in demselben Hause wie ihr Wahllokal, und den zur Wahl kommenden Wählern präsentierten sich Plakate, die auf diese Schlepplokale hinwiesen. In der Ecklauer Straße ruhten die Wähler in den Landröschchen Bierhäusern direkt durch das Schlepplokal der Liberalen hindurch, ehe sie an den Wahllokal gelangten. In der Riedewalstraße war sogar in einer Gemeindefschule, die das Wahllokal beherbergte, auch das Schlepplokal der Liberalen untergebracht. Im Quergebäude, durch das die Wähler hindurchgehen mußten, war das Konferenzzimmer der Liberalen eingeräumt worden. Diese Parole wurde der Schulverwaltung ist wirklich echt liberal!

Derartige Begünstigungen, durch die natürlich viel Zeit und Kraft gespart wurde, kam den Liberalen sehr zu statten. Der Sozialdemokratie würde schwerlich jemand das Konferenzzimmer einer Gemeindefschule überlassen haben, damit sie von dort aus ihre Wähler heranziehen könnte. Unsere Genossen und Genossinnen, die sich in großer Zahl für den Wahltag zur Verfügung gestellt hatten, hatten ein schweres Stück Arbeit zu leisten. Sie taten ihre Pflicht mit gewohnter Eiferfreudigkeit.

Die Wahlbeteiligung war schon am Vor- und Nachmittag so lebhaft gewesen, daß es schon lange vor Schluß des Wahllokales in manchen Wahllokale recht still herging. Jeder Wähler, der in der letzten halben Stunde noch einzog, mußte durch ein ganzes Spalier von Festschreibern hindurch, die in einer größeren Zahl sich draußen aufgestellt hatten. „Düwells! Wähle Düwells!“ hallte es ihnen entgegen.

Punkt 7 Uhr wurde überall die Wahl geschlossen, und es begann dann die umständliche Arbeit der Stimmzählung.

Zu den Stichwahlen.

Klerikal-nationalliberaler Kuhhandel.

Die Zeitung der Rheinischen Zentrumspartei veröffentlicht in Zentrumsblättern folgende Mitteilungen über ihre Stichwahlversammlungen mit den rheinischen Nationalliberalen:

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Staatsminister Freiherr v. Rheinbaben, hat aus nationalen Rücksichten, wie er selbst betonte, in den letzten Tagen den Versuch unternommen, Führer des Zentrums und der nationalliberalen Partei einem Stichwahlabkommen gegen die Sozialdemokratie geneigt zu machen. Die bezüglichen Verhandlungen fanden am 17. d. M. in Köln statt. Von seiten des Zentrums bewies man das weitestgehende Entgegenkommen. Auf Grund der ihr vom Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei erteilten Vollmacht und unter Zustimmung der beteiligten Parteileitungen in den drei Wahlkreisen, erklärte sich die Leitung der rheinischen Zentrumspartei zum Abschluß des nachstehenden Abkommens bereit:

1. Das Zentrum verpflichtet sich, in Duisburg, Bochum, Gelsenkirchen, Wiesbaden, Duderstadt-Göttingen und Eisenach nachdrücklich für den nationalliberalen Kandidaten einzutreten.

2. Dementsprechend verpflichten sich die Nationalliberalen, für den Zentrumskandidaten in Köln, Düsseldorf und Essen nachdrücklich einzutreten.

3. Beide Parteien verpflichten sich, eine bündige offizielle Wahlparole zugunsten der Kandidaten der anderen Partei in den unter eins und zwei genannten Wahlkreisen auszugeben.

4. Das Zentrum verpflichtet sich, durch geeignete Maßnahmen die Wahl des Herrn Wassermann in Saarbrücken zu sichern.

Was den Punkt 4 des obigen Vorschlages der Zeitung der rheinischen Zentrumspartei anlangt, so war man sich des besonderen darin liegenden Entgegenkommens gegen die Nationalliberalen wohl bewußt. Der Vorschlag erfolgte zu einer Zeit, wo die Stellungnahme der Sozialdemokratie gegenüber der Kandidatur Wassermann noch nicht bekannt war. Die Zentrumspartei war bei ihrem Antritte von der Absicht getrieben, die Nationalliberalen von der Unterstützung durch die Sozialdemokratie bei der Stichwahl in Saarbrücken unabhängig zu machen und ihnen so die volle Freiheit der Entscheidung bezüglich ihres Verhaltens bei den Stichwahlen überhaupt zu sichern. In diesem Vorhaben, welches innerhalb der Zentrumspartei früher verhandlungslos Würdigung finden wird, hielt sich die rheinische Zentrumspartei insbesondere auch mit Rücksicht auf die gesamte innerpolitische Entwicklung im Reich für verpflichtet.

Der Herr Oberpräsident erkannte an, daß das Zentrum damit das weitestgehende Entgegenkommen bewiesen habe und empfahl der Gegenseite dringend die Annahme.

Der von dem Vorsitzenden der nationalliberalen Partei in der Rheinprovinz und in Köln in Aussicht gestellte Versuch, die Vorschläge in den Vorständen der nationalliberalen Vereine zur Annahme zu bringen, ist gescheitert. Als Beschluß der gemeinsamen Verhandlung wurde dem Vorsitzenden der rheinischen Zentrumspartei in der Nacht vom 17. auf den 18. Januar folgendes drücklich mitgeteilt:

„Unser Beschluß lautet: Ihre Vorschläge, da Wahl Wassermann gesichert, an Wert stark gemindert und deshalb für uns unannehmbar. Sind aber bereit, bis zu unserer Versammlung morgen Abend gegen entsprechende Kompensationen Wahlfreiheit in Köln zu proklamieren.“

Wir beschränken uns darauf, die vorstehenden Feststellungen für sich selbst reden zu lassen.

Verwandte Seelen finden sich.

Die ultramontane „Essener Volkszeitung“ veröffentlicht in einem Extrablatt frohlockend das zwischen den Zentrumsvertretern und den Nationalliberalen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes zustande gekommene Stichwahlabkommen:

„Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist es bei den bevorstehenden Reichstagsstichwahlen zu einer Verständigung zwischen den bürgerlichen Parteien gekommen.“

Die Vereinbarung ist durch den nachstehenden Vertrag festgelegt worden:

Zwischen den Vertretern der Organisationen der Zentrumspartei und der nationalen bzw. nationalliberalen Partei der Reichstagswahlkreise Bochum, Dortmund, Essen, Mülheim-Duisburg und Düsseldorf wird folgendes Stichwahlabkommen getroffen:

a) Die nationalen bzw. nationalliberalen Parteien empfehlen in den Wahlkreisen Dortmund und Essen die Wahl der

Zentrumskandidaten und treten nach Kräften für diese Wahlen ein.

b) Der Vertreter der nationalliberalen Organisation des Wahlkreises Düsseldorf — Herr Justizrat Achren — verpflichtet diese Organisation, die Wahl des im Wahlkreis Düsseldorf aufgestellten Zentrumskandidaten zu empfehlen und für dessen Wahl nach Kräften einzutreten. — Er verpflichtet sich ferner, bei der Organisation der Liberalen Vereinigung des Wahlkreises Düsseldorf seinen Einfluß für eine gleiche Wahlparole auszuüben. Er spricht die Ueberzeugung aus, daß die Liberale Vereinigung mindestens die Wahlparole dahin ausgeben werde, daß die Beteiligung an der Wahl empfohlen werde und keine Stimme auf den Sozialdemokraten fallen dürfe.

c) Die Organisationen der Zentrumspartei der Wahlkreise Bochum und Mülheim-Duisburg verpflichten sich, in den Wahlkreisen Bochum und Mülheim-Duisburg ihren Wählern die Wahl der aufgestellten nationalliberalen Kandidaten zu empfehlen und für diese Wahlen nach Kräften einzutreten.

Essen-Nord, den 19. Januar 1912.
Vogel: Justizrat Widamp-Bochum, Direktor Anupo-Bochum, Justizrat Rammenshof-Bochum, Direktor Wehrmann-Bochum, Geh. Justizrat Haarmann-Dortmund, Verleger U. Venning-Dortmund, Rechtsanwält Dr. Bell-Essen, Verleger Ed. Vuh-Essen, Candidus Hirsch-Essen, Rechtsanwalt Kempkes-Essen, Gregor Oberhamm-Bochum, J. B. Coupinette-Mülheim, Rechtsanwalt Dr. Feldhaus-Duisburg, Dr. Viebreich-Duisburg, Dr. Ed. Hülsen-Düsseldorf, Justizrat Achren-Düsseldorf, Justizrat Dr. Niemeier-Essen.

Die Parteivorstände der einzelnen Wahlkreise haben damit die bindende Verpflichtung übernommen, mit ganzer Energie für die zur Wahl stehenden bürgerlichen Kandidaten einzutreten. Es ist eine einfache Ehrenpflicht der Zentrumspartei in Duisburg-Mülheim-Nord und in Bochum-Gelsenkirchen, für die nationalliberalen Kandidaten zu wirken, als handele es sich um die eigene Partei und umgekehrt seitens der nationalliberalen Partei in Essen, Dortmund und Düsseldorf gegenüber dem Zentrum ebenso zu handeln. Die gemeinsame Parole lautet:

Gegen die reaktionäre staatszerstörende Sozialdemokratie!

Erklärung.

In mehreren nationalliberalen Blättern im Wahlkreis Ottweiler-St. Wendel-Reisenheim erschien am 20. Januar, am Stichwahltag, ein vom Genossen Viz unterzeichnetes, an die sozialdemokratischen Wähler gerichteter Bahlaufruf, in der Stichwahl für den sozialkonservativen Hüttenbesitzer, Generalleutnant v. Schuber und gegen den Zentrumsarbeiter Rohmann zu stimmen. Der Aufruf erwiderte den Wunsch, als sei diese Parole vom Parteivorstand in Berlin ausgegangen. Diese Parole ist jedoch nur das Werk einzelner Leute, die entgegen den Bestimmungen des Zentralwahlkomitees auf eigene Faust gehandelt haben und für deren Handlungsweise daher das Wahlkomitee jede Verantwortung ablehnen muß. Das Zentralwahlkomitee hat in seinen Sitzungen am 14. und 17. Januar, das erste Mal gegen drei, das zweite Mal gegen eine Stimme für den Wahlkreis Ottweiler-Stimmhaltung beschlossen und die am 18. Januar dem Zentralwahlkomitee zugegangene telegraphische Anweisung vom Parteivorstand lautete ebenfalls:

In Ottweiler ist Wahlenthaltung zu proklamieren und darf keine Parole für Schuber ausgegeben werden.

Dem Entschluß des Wahlkomitees und der Partei kein anderer Beschluß ist gefaßt worden.

Der Agitationsausfluß und das Zentralwahlkomitee.
J. A.: Joh. Reimpeters.

Nationalliberale Wahlparole für die Provinz Sachsen. Die nationalliberale Parteileitung der Provinz Sachsen hat folgende Gesamtparole ausgegeben:

„In den bevorstehenden Stichwahlen ist jeder bürgerliche Kandidat unbedingt und energisch gegen die Sozialdemokraten zu unterstützen.“

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 22. Januar 1912.

Wann tritt der neue Reichstag zusammen?

Darüber wird der „Kölnischen Zeitung“ aus Berlin berichtet:

„Es ist äußerst wahrscheinlich, daß der Beginn der Arbeit auf die zweite Februarwoche gelegt wird. Da auf den 6. Februar die für die parlamentarische Praxis in Betracht kommende Dienstadt fällt, liegt es nahe, anzunehmen, daß dies der Tag der Einberufung ist. Am 6. Februar aber sind die hayerischen Landtagswahlen, und so ist wohl anzunehmen, daß die Reichstagsöffnung am Mittwoch, den 7. Februar, stattfindet.“

Politische Unreife.

Während die sozialdemokratische Wählerschaft überall am 20. Januar der vom Parteivorstand ausgegebenen Stichwahlparole folgte und die in der Stichwahl mit reaktionären Kandidaten stehenden Fortschrittler heraushaute, hat die freisinnige Wählerschaft sich vielfach in ihrer Disziplinlosigkeit über die von dem geschäftsführenden Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei ausgegebene Parole hinweggesetzt und in Masse für konservative und antisemitische Kandidaten gestimmt: ein verräterisches Verhalten, durch das, wie wir in der gestrigen Extra-Ausgabe des „Vorwärts“ nachgewiesen haben, nicht weniger als 16 Wahlkreise dem schwarzblauen Block in die Hände gespielt worden sind. Soweit die linksliberale Presse ehrlich ist, muß sie selbst diese für die Fortschrittliche Volkspartei beschämende politische Unreife und Disziplinlosigkeit ihrer Anhängerstiftung zugeben. So schreibt das „Verl. Tagebl.“:

„Über ein solches Zusammengehen mit der Sozialdemokratie kann und wird nur dann möglich sein, wenn es auch vom fortschrittlichen Bürgertum loyal, ehrlich und nach honesten Geschäftsprinzipien eingehalten wird. Man muß es gerade heraus sagen: die Art, wie die fortschrittlichen Wähler sich vorgestern in neun oder zehn Kreisen benommen, ist einzigartig skandalös, und man empfindet ein Gefühl der Scham, wenn man die Ziffern aus diesen Wahlkreisen liest. Daß die Nationalliberalen mit Konservativen und mit dem antisemitischen Block, mit dem Zentrum und dem Bund der Landwirte ihre schmutzigen Geschäfte machen werden, haben wir alle vorhergesehen, denn dieses Sammelurium, das trotz all seinen pathetischen Reden ganz allein den Merkantilismus in Deutschland über Wasser hält, und in das sich nur hier und da noch ein charaktervollerer Politiker verirrt, ist überhaupt keine Partei, sondern eine Schmeichelei für jeden Mann. Haben wir aber noch ein Recht, dieses gesallene Wächchen zu schmälern, wenn ganz ähnliches beim sogenannten entschiedenen Liberalismus passiert, wenn angebliche Fortschrittler in Gersfeld-Rolzenburg den Antisemitenhumpelung Berner, in Neuen-Ramern den Antisemiten Graf gewählt, und müßte man nicht diese gesinnungslosen Ueberläufer mit Festritten

Hausjagen aus einer Partei, die doch Wert legt auf Souveränität? Hier Wahlkreise in Brandenburg und drei in Schlesien sind von den Fortschrittler der konservativen Partei gerettet worden, im Mansfelder Seekreis haben die Fortschrittler den diesen Kreist aus dem See herausgerissen und in Harburg-Rotenburg verdankt ihnen der Herrliche sein Mandat. Die Jand-Volziger haben sich, wie treu geduldige Haustiere, vor den Wagen des Herrn v. Döring gespannt. Und den Nuppin-Templinern stiftete man einen Wochloppen als Bannerstück.

Der schwarzblaue Block wäre bald zu überwinden, würde nur die Dummheit nicht so unüberwindlich sein. Zudem der Liberalismus — oder das, was sich in Waagen-Ramenz und in Jand-Volzig so nennt — den schwarzblauen Parteien zehn schon verlorenen Mandate zurückgeschickt, hat er den Zusammenbruch der seit drei Jahren von ihm verwünschten Rechtsmajorität gehemmt und die Erreichung des Kampfsziels in Frage gestellt. Gewiß, die schwarzblaue Majorität wird unter allen Umständen am Schluß dieses Wahlkampfes so zerlegt und zerschunden, so aufgerieben und kleingehackt sein, daß sie zu selbständigem Handeln nicht mehr gelangen wird, aber ob wir eine wirkliche, ziffernmäßige Einkommensmehrung vorweisen können, ist immer noch zweifelhaft. Es ließe sich sehr wohl erreichen, denn es stehen noch 112 Stimmwahlen aus, und diese 112 müßten, wenn alles gut ginge, mindestens 88 Stige für die Linke bringen, nämlich 30 für die fortschrittliche Volkspartei, 27 für die Nationalliberalen und 26 für die Sozialdemokratie. Dann würden die beiden liberalen Parteien über ungefähr 100 Mandate verfügen und die Sozialdemokraten über fast ebensoviele, und das wäre, selbst nur mit den Stimmen der Elässer, für eine Mehrheitsbildung genug. Aber werden in Kottbus-Spremberg, in Jericho, in Grünberg-Freystadt, in Striegau-Schweidnitz und in neun anderen Kreisen, in denen die Sache ähnlich liegt, die Fortschrittler ihre Pflichten erfüllen, und werden sie sich kläger und urteile, fähiger als die geschäftigen Freunde zeigen, die wir vorgestern an einigen anderen Orten am Werke gesehen?

Oft hat die liberale Presse gefragt, weshalb trotz des enormen industriellen und kommerziellen Fortschritts Deutschlands in den letzten Jahrzehnten der Liberalismus im neuen Deutschen Reich nicht jene politische Bedeutung erlangt hat, wie in so manchen kleineren und wirtschaftlich rückständigen Staaten. Neben verschiedenen anderen Gründen ist daran zum Teil die Tatsache schuld, daß die liberalen Parteien niemals verstanden haben, ihre Gefolgschaft politisch zu erziehen und sie anzuhalten, die lokalen Kirchumsinteressen dem Gesamtinteresse unterzuordnen.

Natürlich werden die freisinnigen Elemente, die am 20. Januar in der Stichwahl konservativ gewählt haben, von der „Deutschen Tageszeitung“, dem „Berliner Neuesten Nachrichten“, der „Germania“ usw. ob ihrer „Verständigkeit“ gelobt und gepriesen. Auch die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ ist sehr erfreut über solchen gesunden politischen Bürgerinn. Sie meint:

„Am ersten Stichwahltag hat die Sozialdemokratie weitere Fortschritte gemacht und jetzt bereits 72 Mandate erreicht. Immerhin haben aber die Sozialdemokraten nicht die überwältigenden Erfolge gehabt, auf die sie nach Aufgabe der fortschrittlichen Stichwahlparole gerechnet hatten. 16 Wahlkreise, welche die Sozialdemokratie am Sonnabend zu gewinnen gedachte, sind nach der Rechnung des „Vorwärts“ dem Bürgertum dank der Haltung der liberalen Wähler erhalten worden. Die Rückschlüsse der demokratischen Presse haben dort also auf den gesunden Sinn des Bürgerturns nicht gewirkt. Staatstreue Gefinnung hat die Oberhand behalten.“

Das schöne Lob des Kanzlerblattes ist wohlverdient!

Neue Kolonialtreiber.

Wir haben bereits im Juli in unseren Artikeln über die Dvambosfrage darauf hingewiesen, daß unsere Kolonialtreiber mehr denn je darauf ausgehen, Angola, die westafrikanische Kolonie Portugals unserem südwestafrikanischen Kolonialbesitz einzuverleiben. In der letzten Zeit sind diese Absichten auf Angola in der alldeutschen Presse wieder besonders lebhaft erörtert worden. Es wird behauptet, daß auf Grund des sogenannten Delagoa-Vertrages, der geheime Abmachungen zwischen England und Deutschland enthält, Angola Deutschland zufallen müsse. In der jungen portugiesischen Republik haben die Aeußerungen der deutschen Kolonialtreiber große Unruhe hervorgerufen, die durch einen Grenzkonflikt im Caprivizipfel, der durch den bekannten Abenteuerzug des Bezirksintendanten von Franzenberg verursacht war, noch vermehrt wurde. Der Grenzzwischenfall wird auf diplomatischem Wege beigelegt, aber das Mißtrauen Portugals gegen Deutschland besteht fort. Auch englische Zeitungen beschäftigen sich mit der Aufstellung der portugiesischen Kolonien in Afrika und verlangen, daß sich auch England seinen Teil sichere. So erörtert die „Saturday Review“ und der „Outlook“ in ihren letzten Nummern sehr eingehend die Frage.

Die „Post“ erhebt im Anschluß daran mit der ihr eigenen Befcheidenheit die Forderung „Angola deutsch!“ Hat doch erst kürzlich General Liebert die Parole ausgegeben: „Ganz Mittelafrika deutsch!“

Aus dem ganzen Treiben geht hervor, daß die Gefahr internationaler Konflikte durch die Afrikapolitik der Großmächte immer größer wird. Das deutsche Volk kann sich darauf gefaßt machen, daß ihm außer den Kongofreunden noch mancherlei unangenehme Ueberraschungen aus dem schwarzen Erdteil beschieden werden. Es ist daher angebracht, den Kolonialtreibern recht scharf auf die Finger zu sehen.

Wer terrorisiert?

Im Kreise Stralund-Brandenburg-Rügen stehen die Liberalen in Stichwahl mit dem konservativen Landrat v. Ratzahn. Um die Geschäftsleute von Stralund gefällig zu machen, werden ihnen Stockschläge auf den Magen angedroht. In einem Eingefandt im „Stralunder Tageblatt“ werden die Klügeren Bürger aufgefordert: „Kauft überall, nur nicht in Stralund!“

In einem anderen Eingefandt heißt es im Hinblick auf den landräthlichen Kandidaten:

„In naher Zukunft wird höchstwahrscheinlich die Urwahlenfrage zur Entscheidung kommen. Zum mindesten aber werden grundlegende Gesichtspunkte festgelegt werden, ob bei Ueberbrückung des Straßlandes nur dem internationalen Verkehr gebiet oder für Stralund durch Anhänger- und Wagenverkehr über diese Weiche ein weiteres, lauffähiges Hinterland erschlossen werden soll. . . Stralund ist durch Verlegung des Hafens für den Schwedenverkehr nach Sognitz schon einmal kaltgestellt worden. Werden

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

die Straßländer diesmal etwas vorsichtiger sein?“

Mit anderen Worten: Der liberale Kandidat Pastor Fejn hat in diesem Falle keinen Einfluß, die Macht des Landrats geht bedeutend weiter, ergo — Ihr wählt Herrn v. Ratzahn oder eure wirtschaftlichen Interessen werden geschädigt.

Auch aus anderen Kreisen kommen derartige Meldungen, daß städtischen Geschäftsleuten von den Großgrundbesitzern der Umgegend der Vorkott angedroht worden ist. So heißt es z. B. in einem von der konservativen Parteileitung im Wahlkreise Stendal-Osterburg verbreiteten Flugblatt, nachdem zuvor die Auffstellung des Landhändlers Hoesch als „besonderes Entgegenkommen gegen die städtischen Wähler bezeichnet worden ist:

„Auf dieses Entgegenkommen der ländlichen Kreise hat die städtische Wählerschaft mit einer so schroffen Ablehnung des Kandidaten geantwortet, gegen dessen Person wie auch dessen wohlwollende, interessierte Stellungnahme für den Mittelstand und die Arbeiterschaft nichts einzuwenden ist, daß dieser Vorgang über den Rahmen verschiedener politischer Anschauungen hinausgeht. Es scheint von Schwärmern geradezu eine Entzündung gegen alle ländliche und landwirtschaftliche Kreise betrieben zu sein. So und nicht anders müssen wir die Sachlage ansehen. Im Anschluß daran wird auch eine Entfremdung den städtischen Gewerbetreibenden gegenüber für die Zukunft bei den Landwirten nicht zu vermeiden sein. Daß der Bauer kein Spielzeug ist, daß er nicht Hohn mit sich treiben läßt, wird jeder Mann erfahren, der glaubt auf ihn herabsehen zu sollen, als ein Mensch, der nur dazu da ist, wenn man ihn braucht, dem man aber auch dann keine Rücksichtnahme zuteil werden läßt, wenn es sich um seine Lebensfragen handelt, und wenn er selbst die Hand zum Verstandnis geboten hat.“

Am Schluß des Flugblattes heißt es: „Die zahlreichen Unterschriften zu dieser Erklärung liegen zur Einsicht auf.“ Als nun heute früh verschiedene nationalliberale Wähler bei der Geschäftsstelle des konservativen Wlattes, in der die Unterschriften auflegen sollten, um Einsichtnahme haben, wurde ihnen, wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, mitgeteilt, die Unterschriften seien an die Zentralkommission der konservativen Partei eingeschickt worden, da sie von dieser eingefordert seien; sie werden erst in acht Tagen zurück sein und dann werde die Einsichtnahme gestattet sein.

Zum Wahlkampf in Berlin I.

Herr Oberst a. D. Gädke schreibt uns:

„In meiner Ansprache im Tiergartenhof habe ich ausdrücklich erklärt, das vom „Berl. Tageblatt“ angegriffene Flugblatt sei weder von mir verfaßt noch gelesen worden und ich könne nicht alle Wendungen desselben billigen.“

Erst dann fügte ich hinzu: Aber die Stichwahlergebnisse beweisen, daß es dennoch in mancher Hinsicht einen wunden Punkt des Freisinnes getroffen habe.

Die Stichwahltaktik des deutschen Liberalismus in russischer Beleuchtung.

Der Ausgang der ersten Stichwahlen, denen das klägliche Verlagen des Freisinnes ihr charakteristisches Gepräge verliehen hat, gibt dem Urteil der russischen Liberalen über die Haltung ihrer deutschen Gesinnungsgenossen ein gewisses aktuelles Interesse. In einem Bericht, der vor dem ersten Stichwahltag geschrieben ist, fällt der Spezialkorrespondent des führenden liberalen Organs „Reich“ folgendes harte Urteil über den deutschen Liberalismus: „Die Wahltaktik des deutschen Liberalismus wird alles weniger als von gesunder politischer Logik bestimmt. Von vielen prinzipiellen „Fehlern“ befreit, die ihn hinderten, schon vor dem 12. Januar ein Abkommen mit seinem Nachbar auf der Linken zu treffen, hat sich dieser Liberalismus jetzt noch mehr in praktischen Erwägungen verrannt, die ihn in die Arme desselben reaktionären Blocks locken, den er in naiver Selbstsicherheit mit einem Schläge aus eigener Kraft zu zerschmettern hoffte.“

Das russische liberale Blatt schildert dann weiter den harten Seelenkampf des „armen deutschen Liberalismus, der mit leeren Händen aus den Hauptwahlen hervorgegangen ist“. Einerseits sei er, laut den Jenaer Parteitagbeschlüssen der Stichwahlhilfe der Sozialdemokratie vollkommen sicher. Andererseits fürchte er aber durch die Unterstützung der Sozialdemokratie die Nähe der reaktionären Parteien heranzubekommen. Die Taktik der Unterstützung der Sozialdemokraten „bedroht den schwarzblauen Block mit sicherem Untergang; sie ist unbedingter, tapferer, ehrenhafter. Die Taktik des Kompromisses mit der Reaktion gibt dem schwarzblauen Block die Möglichkeit, wieder zu neuem Leben zu gelangen; sie ist feiger, flacher, kleinlicher, leider aber von rein rechnerischem Standpunkt für die Liberalen vorteilhafter.“

Das „Drama“ in der Brust des deutschen Liberalismus wird am Schluß mit den Worten formuliert: Politische Logik oder politische Rechenkunst? „Eine größere Anzahl schlechter, innerlich sounler Mandate, um den Preis unanständiger Konzessionen und eines kleinlichen Schachergeschäfts erworben, oder eine geringere Anzahl wertvoller Mandate, die in ehrlichem Kampfe, unter unbedecktem Banner erobert sind?“ Der deutsche Liberalismus hat bisher eine unverkennbare Neigung für die ersten gezeigt und sich nicht gekümmert, eine ganze Anzahl von Mandaten den ärgsten Reaktionären auszuliefern. Wird er auch fernerhin das harte Urteil seiner russischen Gesinnungsgenossen rechtfertigen?

Orden zum Trost.

Am Sonntag war „Ordensfest“ im Berliner Schloß. Da erhielten der Zentrumsführer Reichert v. Gerling den Roten Adlerorden zweiter Klasse mit dem Stern, der Dreiflassenjunkler Rabe von Pappenheim desgleichen, aber mit Eichenlaub, dagegen mußte sich das konservative Volksgelehrte Westary mit dem Roten Adler vierter Klasse begnügen. Wie steht dagegen Jordan v. Kröcher da mit dem Kronenorden erster Klasse! Auch der ekklesiastische Zentrumsmann Vonderheide kriegte was ab. Als eine Abschlagszahlung kamen ferner auf die Ordensliste zwei Landtagsabgeordnete der Linken, der Nationalliberale Raithis und der Fortschrittler Kronsohn.

Nicht übel war es übrigens, daß beim Ordens-Kirchendienst über das Thema aus dem Königsbrief gepredigt wurde: „Ich ermahne Euch, liebe Brüder, durch unseren Herrn Jesus Christum und durch die Liebe des Geistes, daß Ihr mit helfet kämpfen und betet für mich u. Gott.“

Die „Köner“ helfen ja getreulich allen Volkseindern. Auch der Fortschrittler Cuno-Sagen erhielt zum Trost dafür, daß er nicht mehr kandidiert, den Kronenorden vierter Klasse.

Oesterreich.

Christlichsoziale Korruption.

Seitdem die Wiener die christlichsozialen Welterhäuser und „berwässer“ bei den Reichstagswahlen zum Teufel gejagt haben, sinnen sie nach, was sie zur Wiedereroberung Wiens tun können. Da erhob sich am Freitag im niederösterreichischen Landtag der christlichsoziale Parteiführer Wollner, um in klaren Worten die Verwaltung der Landesbahnen durch den späteren Abgeordnetenhauspräsidenten Dr. Patta als einen Augustasfall zu bezeichnen, der erst durch Entlassung von 200 diebstahligen oder un-

fähigen, überdies noch überflüssigen Angestellten hat ausgemittelt werden können! Der christlichsoziale Fraktionsredner erklärte selbst, daß unter der Verwaltung des christlichsozialen Führers viele Zehntausende von Kronen gestohlen worden sind. . . Und diese Kerle rauben den Arbeitern die Selbstverwaltung der Krankenkassen „wegen Wirtschaft“. . .

Frankreich.

Der italienisch-französische Zwischenfall in der Kammer.

Paris, 22. Januar. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer sprach Baroche über die Zwischenfälle mit den Dampfern „Carthage“ und „Manuba“ und sagte, solche Vorkommnisse seien unerträglich. Die Wlätze richteten sich auf den Haager Schiedsgerichtshof (Polestraße), aber da vor Ablauf eines Monats ein Spruch nicht gefällt werden könne, dürften die Türken nicht in Haft gehalten und französische Schiffe nicht noch weiterhin mit Beschlag belegt werden. Man müsse die Wiederkehr solcher Ereignisse vermeiden und glänzende Genugtuung erhalten.

Admiral Dienaimé sagte, daß die italienische Marine ein Klientel auf die Würde der französischen Flagge begangen habe. Er warf Italien sein Verhalten um so mehr vor, als die Haltung Frankreichs Italien gegenüber in der letzten Zeit besonders herzlich gewesen sei. Italien sei um so weniger berechtigt, französische Aeroplane mit Beschlag zu belegen, als Italiener täglich auf französischen Flugplätzen übten. Dienaimé forderte Genugtuung und erklärte sich bereit, bis zum äußersten zu geben, wenn es sein müßte. (Verfall auf verschiedenen Banken.) Guernier warf Italien vor, die Londoner Konvention verletzt zu haben. Man frage sich auch, wie das Telegramm an den Kommandanten der „Manuba“ verstümmelt wurde. Der Redner meinte, das medizinische Examen, dem Italien die Türken unterwerfen wolle, sei eine Beleidigung für Frankreich, und die Türken dürften aus Achtung vor der Flagge, die sie schloß, nicht antworten.

Ministerpräsident Poincaré antwortete: Obgleich Unterhandlungen eingeleitet sind mit dem Ziel, in kürzester Zeit eine billige Lösung zu finden, hat die Regierung angesichts der Erregung des Parlamentes und des Landes geglaubt, die nötigen Aufklärungen nicht mehr hinausschieben zu dürfen. Poincaré erinnerte bei Besprechung des Zwischenfalls mit dem Dampfer „Carthage“ daran, daß der französische Geschäftsträger in Rom Anordnung erhalten hat, die Aufhebung der Beschlagnahme zu fordern und Vorbehalte zu machen wegen des erlittenen Schadens. Die französische Regierung glaube nicht, wie die italienische Regierung es verlangte, die Verpflichtung übernehmen zu dürfen, daß der Apparat Duvals überwacht würde. Eine Erklärung des Vaters Duvals, daß sein Sohn nicht beschuldigt, sich in den Dienst einer fremden Macht zu stellen, habe jedoch Italien veranlaßt, die Beschlagnahme der „Carthage“ aufzuheben. Poincaré erklärte weiter, ein Flugzeug könne, da es zur relativen Kontenbande zu rechnen sei, nicht auf dem Transport von einem neutralen Hafen zu einem anderen neutralen Hafen beschlaggenommen werden. Außerdem sei die „Carthage“ ein Postdampfer, der nur mit Schonung und Schnelligkeit hätte durchsucht werden dürfen. Er sei daher der Ansicht, die italienischen Behörden hätten auf Kosten des Rechts und der Interessen Frankreichs anscheinend einen Irrtum begangen. Es sei unrichtig, daß der frühere Minister des Aeußeren, de Selve, die italienische Regierung auf eine Anfrage bezüglich der Flugzeuge ohne Antwort gelassen habe.

Hervé will nicht amnestiert werden.

Paris, 22. Januar. Eine Anordnung von Schriftstellern und Journalisten trat beim Ministerpräsidenten zugunsten der Amnestierung des Führers der Antimilitaristen Hervé ein, der gegenwärtig eine mehrjährige Gefängnisstrafe verbüßt. Der Ministerpräsident Poincaré antwortete, er sei zwar ein Gegner der Amnestierung, er wolle aber jeden einzelnen Fall unparteiisch prüfen. Hervé richtete nun an den Ministerpräsidenten ein offenes Schreiben, in dem er jede Amnestie oder Begnadigung in scharfer Weise ablehnt.

Italien.

Und weiter Reaktion.

Rom, 18. Januar. (Fig. Ver.) Die Reaktion und Sozialisten-gehe fährt weiter fort, eigenartige Blüten zu zeitigen. Der Parteivorstand hat statt des Flugblattes, das ursprünglich beschlossen worden war, eine kleine Broschüre gegen den Krieg herausgegeben, die augenscheinlich gefesselt einwandfrei war, da kein Staatsanwalt etwas an ihr auszuweisen fand. Trotzdem verbietet man ruhig ihre Verteilung, verhaftet die Verteiler und beschlagnahmt das Gesuch. In verschiedenen Orten haben sich die Beamten dadurch gerechtfertigt, daß sie von einem „ministeriellen Befehl“ sprachen, wodurch die Sache freilich nicht im geringsten geschwächt wird. Gelegentlich hat man die Broschüre direkt bei den mit der Verteilung beauftragten Parteifunktionen beschlagnahmt. Wenn solche Dinge von Privatleuten betrieben werden, so stellen sie sich als Diebstahl oder Sachbeschädigung dar: die Regierung vollbringt sie „im Interesse der öffentlichen Ordnung“.

Von demselben Geiste ist auch das Urteil befehle, das das Gericht Ravenna am 18. d. M. gefällt hat. In Soltana bei Ravenna hatten sich die sozialistischen Tagelöhner gegen die republikanischen Halbpartner gewendet, weil sie diese dabei ertappt hatten, daß sie, entgegen dem herrschenden Tarifvertrage, auf fremdem Pachtgut im Tageslohn arbeiteten. Die Tagelöhner, die in der Ueberzahl waren, verletzten 7 Pächter, darunter 1 tödlich, waren aber unbewaffnet und mit Schaufeln versehen. Die Halbpartner dagegen verwundeten 3 Tagelöhner mit Revolverkugeln. Wegen dieses Vorganges wurden 22 Tagelöhner wegen Vergehens gegen die Freiheit der Arbeit und wegen Körperverletzung zu Gefängnisstrafen verurteilt, die zwischen 4 Monaten und 3 Jahren 9 Monaten schwanken. Für acht der Verurteilten wurden die Akten an das Schwabenergericht abgetreten! Kein Republikaner war angeklagt worden!

Gewerkschaftliches siehe 1. Beilage.

Letzte Nachrichten.

Unternehmerbrutalität.

Prag, 22. Januar. (W. Z. B.) Von den hiesigen Maschinenfabriken sind neuntausend Arbeiter angepörrt, da die Arbeiterschaft eine neue Arbeitsordnung nicht annehmen will.

Ausland der Ballettratten beendet.

Paris, 22. Januar. (W. Z. B.) Der Ausstand des Ballettcorps der Großen Oper kann als beendet angesehen werden.

Ende (?) der Revolution in Ecuador.

Guayaquil, 22. Januar. (W. Z. B.) Die Regierungstruppen sind die Herren des Landes. Sie fordern die Uebergabe Guayaquil, der einzigen Stadt, in der noch die Revolution herrscht, die nunmehr als mißglückt gelten kann.

Der Krieg.

Der italienisch-französische Zwischenfall.

Konstantinopel, 21. Januar. Offizielle Telegramme besagen, daß die türkischen Passagiere, die sich an Bord der „Manuba“ befanden und in Cagliari gefangen gehalten wurden, Kerker, Krankenwärter und Wahrenträger des Roten Halbmonds sind. Die Expedition stand unter der Leitung eines von der Regierung bestellten Beamten. 22 der Teilnehmer schifften sich direkt von Konstantinopel nach Marseille ein, sieben andere fuhrten nach Paris wo sie Verproviantierungen von Lebensmitteln vornahmen und dann ebenfalls nach Marseille abreisten. Sämtliche 29 Mitglieder des Roten Halbmonds traten dann mit der „Manuba“ die Audreise an. Da die Wahrenträger am Arme eine Wunde mit dem Abzeichen des Roten Halbmonds trugen, waren sie ohne weiteres als neutrale Persönlichkeiten zu erkennen. Gegenüber dieser Meldung wird aus Rom berichtet, daß die 29 Türken, die an Bord der „Manuba“ gefangen genommen wurden und in Cagliari als Kriegsgefangene zurückgehalten werden, zwar erklärt haben, sie seien Mitglieder des Roten Halbmonds. Die italienische Regierung habe aber Beweise in den Händen, daß diese Behauptung nicht den Tatsachen entspricht, sondern daß es sich um türkische Offiziere handelt.

Paris, 21. Januar. Der „Agence Havas“ wird von besonderer Seite aus Rom gemeldet: Die französische Regierung hat die Absicht, bei der italienischen Regierung um die Herausgabe der 29 Türken von Bord der „Manuba“ vorstellig zu werden, weil es nur ihr zusteht, die Identität derselben festzustellen und zu ermitteln, ob sie, wie die italienische Regierung behauptet, türkische Offiziere seien oder aber Krankenpfleger des Roten Halbmonds, wie die osmanische Regierung angibt.

Paris, 22. Januar. Wie der „Agence Havas“ von besonderer Seite aus Rom gemeldet wird, hat die italienische Regierung der französischen vorgeschlagen, alle mit der Beschlagnahme der „Carthage“ und der „Manuba“ zusammenhängenden Fragen dem Gauger Schiedsgericht zu überweisen.

Mogeleien bei den Weihnachtsgeschenken der Soldaten?

Rom, 18. Januar. (Fig. Ver.) Noch ist der Stel über die Unterfälle und Vetsgerereien der Radrungsmittelhersteller für das nordafrikanische Expeditionskorps ganz frisch und schon macht sich der Verdacht geltend, daß noch viel widerwärtigere Gaunereien zum Schaden der vor dem Feinde stehenden Truppen durchgeführt worden sind. Sechs Mann von der Mannschaft eines Kaufschiffes, das eine Ladung von Weihnachtsgeschenken nach Tripolis bringen sollte, sind unter dem Verdacht des Diebstahls verhaftet worden. Bekanntlich sind mehrere Schiffsladungen voll Geschenke nach dem Kriegsschauplatz gefandt worden, allein aus Walfand 300 Doppelzentner Weihnachtsgeschenke. Es scheint nun, daß die Soldaten von dieser Heberfülle nur ganz wenig erhalten haben. Der „Avanti“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 18. einige Stellen aus Briefen, die nur allzu deutlich sprechen. So schreibt ein Reservist vom 74. Infanterieregiment: „Ihr alle habt gewiß etwas zu den berühmten Weihnachtsgeschenken beigefeuert, aber es tut mir leid, nicht für mich, sondern für die Geber, die sie den Soldaten bestimmt hatten, Euch zu sagen, daß wir die Geschenke gesehen haben und weiter nichts, und daß bei der Verteilung Kamorra gemacht worden ist, wie sich kein Mensch vorstellen kann. Man hat die Conrage gehabt, uns eine Kasiane, eine Kuh, eine Sardine zu geben, und dabei war so viel Wein und so viel Bisker da, und von denen haben wir gar nichts bekommen.“

In einem andern Brief aus Bengasi heißt es: „Was Weihnachten betrifft, so weißt Du schon aus den Zeitungen, wie wir es verbracht haben. Ueber die Geschenke kann ich nur sagen, daß es

hoch bergangen ist. . . . Nach dem, was wir erwartet hatten, dachten wir, es kommt auf jeden so etwa für 8 Lire Sachen, aber statt dessen launst Du Dir ausrechnen: 4 Kastanien, ein Stückchen für 2 Soldi unter drei zu teilen, ein kleines Glas Vermuth, ein Viertel Glas Schaumwein, eine Schachtel Sardinen auf je 6 Mann und 100 Gramm Weihnachtsgeschenke für je 18. Das Beste waren noch 10 Blätter Briefpapier. Und wenn Du den Lagerraum gesehen hättest, wo die Geschenke waren, der war lang wie eine Strahe, und nach der Verteilung war er so voll, als ob man gar nichts angerührt hätte. Sie haben sich Vorräte gehalten, daß es für das ganze Leben reicht. Da waren Würste, Käse, Kuchen, Hühner, Champagnerflaschen, Weiswein, und noch heute (der Brief ist vom 7. Januar) sieht man bei den Offizieren und Unteroffizieren die leeren Blechbüchsen liegen, auf denen steht: „Gebratenes Hühn“ und auf der anderen Seite: „Für unsere Brüder, die in Tripolitane und der Cyrenaika kämpfen“. Es blutet einem das Herz, wenn man das liest.“

Auch unser Parteiorgan von Asii, der „Galetto“, veröffentlicht einen mit vollem Namen unterzeichneten Brief, in dem zu lesen steht: „was die Weihnachtsgeschenke betrifft, so habe ich nichts bekommen, auch zu Neujahr nichts. Ich mache mir ja nichts daraus, aber wenn man denkt, daß die ganze Bevölkerung etwas gegeben hat für die im Kriege stehenden Brüder und gedacht, daß das dann richtig verteilt wird, dann ärgert man sich doch. Denn es war ganz anders. Die Soldaten haben so jämmerlich wenig bekommen, daß man lachen mußte, wenn man las, was die Zeitungen darüber schrieben. Schaden tut es ja nichts, solange man nur gesund ist.“

Von allen Klagen und Anklagen, die vom Kriegsschauplatz gekommen sind, ist diese wohl die widerwärtigste. Am Weihnachtstage haben vor Dema und vor Bengasi sieben- und zehnhundert Geschenke stattgefunden, bei denen sicher die Soldaten, wie immer, die größte Mühsal auszuhalten hatten. Wenn sich dann wirklich unter den Offizieren Leute befunden haben, die sich nicht schämten, den Soldaten den ihnen zugedachten Teil ihrer Geschenke vorzuenthalten, dann kann man dies offenbar nur als eine Niederträchtigkeit betrachten, die um so mehr anwidert, als sie in höchstem Widerspruch zu allem steht, was man dieser Tage über die Solidarität und Kameradschaftlichkeit gelesen hat, die Soldaten und Offiziere in diesen schweren Tagen verbunden hätte. Daß Soldaten ihre verwundeten Offiziere stundenlang auf dem Rücken in das Lager zurückgetragen haben, sind unfehlbare und vielfach verbürgte Tatsachen. Ist es möglich, daß sich Offiziere fanden, und sei es auch nur eine kleine Minderzahl, die ihre Soldaten um das ihnen zugedachte Weihnachtsgeschenk betrügen konnten?

Die Revolution in China.

Sunyatzen gegen Juanshilai.

London, 22. Januar. Wie die „Times“ aus Peking meldet, weist die dortige Lage eine bedeutende Aenderung auf. Sunyatzen macht die von ihm eingegangenen Verpflichtungen rückgängig; er ist augenblicklich überzeugt, daß Juanshilai die diktatorische Gewalt erstrebt. Sunyatzen forderte am Sonnabend telegraphisch, daß keine provisorische Regierung im Norden errichtet werde. Juanshilai solle in die republikanische Regierung nicht eintreten, bevor die Mächte sie anerkannt hätten, und der Thron solle durch die Abdankung die Gewalt direkt auf die republikanische Regierung in Peking übertragen. Die Schwierigkeiten für Juanshilai werden vermehrt durch den plötzlichen Frontwechsel vieler Mandchus. Der Mandschu Felsang, der frühere Kriegsminister, der als Hauptgegner Juanshilais im Jahre 1908 dessen Sturz herbeigeführt hat, ist nach Peking zurückgekehrt.

Peking, 22. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Juanshilai ist angeklagt des Vberstanzes der Revolutionäre gegen eine provisorische Regierung in Peking der Ansicht, daß der beste Weg sein würde, nach der Abdankung des Thrones, die als unvermeidlich gelte, den nördlichen Sitz der Regierung temporär in Tientsin zu etablieren.

Parteitag der britischen Arbeiterpartei.

London, 17. Januar. (Fig. Ver.)

Am 24. Januar wird der Parteitag der britischen Arbeiterpartei in Birmingham stattfinden. Am Tage vorher wird die Arbeiterinnenliga ihre Jahreskonferenz in derselben Stadt abhalten. Die Gegenstände, mit der sich der Parteitag der Arbeiterpartei beschäftigen wird, sind wie gewöhnlich sehr zahlreich, doch dürfte nur ein Teil von ihnen ausreichend diskutiert werden. Der Sekretär der Partei, Mac Donald, will von seinem Posten zurücktreten; wahrscheinlich wird das Parlamentarismitglied Henderson, der von elf Sektionen vorgeschlagen worden ist, zum Sekretär gewählt werden. Der Parteivorstand erklärt in der veröffentlichten Tagesordnung, daß beabsichtigt sei, den Vorstand um ein Mitglied zu vermindern. Er bringt in Vorschlag, einen jährlich von dem Parteitag zu ernennenden Kassierer zu wählen und schlägt Mac Donald für diesen Posten vor.

Beachtung verdienen noch folgende Vorschläge des Parteivorstandes. Eine Summe von 8000 Pfd. Sterl., die im laufenden Finanzjahre infolge der staatlichen Befolgung der Parlamentsmitglieder gespart worden ist, soll dazu verwendet werden, 6000 Anteilsscheine in einer Gesellschaft zu erwerben, die demnächst ein täglich erscheinendes Arbeiterblatt in Manchester herausgeben will. Ferner soll eine Statutenänderung vorgenommen werden, um es Personen, die weder den Gewerkschaften noch den sozialistischen Gesellschaften angehören, zu ermöglichen, passive Mitglieder (associates) der Arbeiterpartei zu werden.

Natürlich nehmen die wirtschaftlichen Birren der letzten Monate einen hervorragenden Platz in der Tagesordnung ein. Eine Resolution der J. L. P. beklagt die Arbeiterpartei zu ihren Kämpfen und spricht sich für die Einführung eines allgemeinen Minimallohns von 30 Schilling wöchentlich für alle erwachsenen Arbeiter aus. Mit dem Streikrecht und dem Recht des Streikpostens besessen sich mehrere Resolutionen. Seit dem Transportarbeiterstreik haben die Kapitalisten Großbritannien und Irlands alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Bestimmungen des Gewerkschaftsgesetzes vom Jahre 1906 zu modifizieren. In einer Resolution wird der Vorschlag gemacht, den Generalstreik zu erklären, falls versucht werden sollte, das Recht des Streikpostens anzugreifen.

Auch die parlamentarische Taktik der Arbeiterpartei wird zur Sprache gebracht. So verurteilt ein Antrag die parlamentarische Fraktion, weil sie die Regierung bei der Verfertigungsvorlage unterstützt habe. Ein anderer bedauert den Mangel an Einheit und Disziplin der Arbeiterpartei im Parlament und verurteilt das Vorgehen des Parlamentsmitgliedes Crooks und anderer, die auf eigene Faust eine Vorlage zur Verhütung von Streiks einbrachten. In dieser von dem Glasgower Gewerkschaftsrat gestellten Resolution wird auch die Praxis von Parteimitgliedern verurteilt, die in der kapitalistischen Presse Artikel veröffentlichten, die geeignet sind, der Partei zu schaden; es heißt darin, es müsse der Ausbeutung der Partei durch liberale und konservativere Zeitungsbesitzer ein Ende bereitet werden. Eine Resolution verurteilt die sich immer mehr einbürgernde Praxis, daß Arbeitervertreter ohne Einwilligung der Mitglieder Posten an Instituten einnehmen, die den Zweck haben, die Differenzen zwischen Arbeitern und Kapitalisten auszugleichen.

Zur Kriegsfrage äußert sich ein von der J. L. P. gestellter Antrag, zu dem mehrere Amendements eingereicht worden sind. Der Antrag verurteilt energisch jeden Krieg und den Militarismus

anderen des Verlaufs, ist ja wieder besonders geistreich noch neu und gestattet unzählige Variationen. Aber welche humorisierende Handlung mit wirksamsten Gegensätzen haben die Autoren aus jenem geflügelten Worte zu entwickeln verstanden! Und welche vorzüglich gezeichneten Kampfgealten, die so gar nichts Schemenhaftes an sich haben, dazu! Man kommt vier Meilen hindurch gar nicht aus dem Saften heraus und das will wirklich viel heißen. Freilich war's diesmal auch eine überraschend gute Vorstellung, sowohl im Zusammenhange als in den solistischen Leistungen. Marie Wendt als Elise und Richard Lieblich als Pepi Freisinger, „mehrfacher Wiener Hausbesitzerlohn“, schafften zweifellos den Vogel ab. Mit und neben ihnen sind Paul Kaufmann als Weinhold, Maxa Berger als Erbtante aus „Kensichsburg“, Alfred Schmasow (Wittchen) und Beate Hinte (Gertrud) durchaus lobend hervorzuheben.

Musik.

Die „Romische Oper“ hat sich nach dem Weggange Direktor Gregors und nach der Abwanderung ihrer guten Kapitation in die „Kurfürsteneroper“ unter der neuen Direktion Aurelie Röhly nicht eben großartig eingeführt. Auch selber verlautele nichts besonders Ruhmliches. Wir versuchten es mit einer Stichprobe und gingen am Sonnabend in eine Aufführung von „Koching's „Undine“. Die Gesamtkaltung war ungefähr so, wie wir es schon von dem Typus der Volksoper und der Sommeroper her kennen; sagen wir: ohne besonderen Erfolg.

Es ist nun aber zum Teil sogar sympathisch, daß sich inmitten eines solchen schlaffen Gebarens immer wieder Künstler finden, denen man anmerkt, daß sie sofort hinauffschellen können, wenn sie an ein hochstrebendes Institut lämen. Noch mehr: solche Theater haben das Gute, daß Künstler in einem Entwicklungsstadium, in dem sie an ersten Bühnen keine Stelle finden, wenigstens Gelegenheit bekommen, sich einzugemäßen zu betätigen. Lieft man die Biographie ganz Großer, so erfährt man gewöhnlich, daß sie seinerzeit so wenigstens ihr tägliches Kunstbrod gefunden hatten.

Möglich, daß auch in der von uns eben besuchten Aufführung solche Zukunftskräfte wirkten. Beispielsweise die Vertreterinnen der beiden weiblichen Hauptrollen: Ida v. Watzlaw als die stolze Verlaide, mit einer sehr vollbramatischen Stimme, die allerdings noch mehr Weichheit braucht, und Annie v. Gera als das menschengewordene Wasserweibchen Undine, mit einer ziemlich Reinen, gut lyrischen Stimme, die aber mit unerwarteter Sorgfalt behandelt und von einem sehr aufmerksamen Spiel begleitet wird. Vielleicht wird auch einmal Karl Jacobi, der eine Nebenrolle gab, als „Basso profundo“ zu Ehren kommen. Vielleicht kommt es auch ganz anders, vielleicht wird gerade aus den hier nicht Aufgezählten etwas Besonderes und aus den Aufgezählten wenig oder nichts. Beim Theater kommt es eben immer „anders“.

Vielleicht kommt es auch mit der jetzigen Direktion anders, als sie denkt, oder anders, als wir anderen denken. Aber so lange die Rama noch Geld hat. . . .

Notizen.

— Vorträge. Der anarcho-sozialistische Schriftsteller Gustav Landauer spricht am Mittwochabend 9 Uhr im oberen Saale des Café Seccession, Aufseßendamm 208/209 über: „Judentum und Sozialismus“. Zutritt frei.

Kleines feuilleton.

Der Segen von Tripolis. Die kriegsbegeisterten italienischen Kapitalistenblätter schreiben u. a.: „Die Bavern von Sizilien sind es, die zuerst die Segnungen der neuen Kolonie (Tripolis) genießen werden.“

Camillo Prampolini illustriert diesen Satz im sozialistischen Witzblatt „L'Asino“ mit folgendem Dialog zwischen einem Araber und einem Bournen aus Sizilien.

Araber: Warum seid Ihr in unser Land gekommen und habt Tod und Verwüstung mit Euch gebracht? Was taten wir Euch Böses?

Soldat: Wir sind gekommen, neue Länderereien zu suchen.

Araber: Gemühten Euch die Eure Heimat nicht mehr?

Soldat: Das Land bei uns zu Hause? . . . das . . . das ist nicht mehr. Das gehört ja alles unseren hohen Herren, den Baronen, den Grafen, den Fürsten und die lassen das Land sogar zum großen Teil unbedaut. Davon haben wir gar nichts, ja wir müssen, um nicht ganz und gar Hungers zu sterben, im fernen Amerika Arbeit suchen!

Araber: Das ist ja großartig!!! In Hause seid Ihr also nicht läsig, Land zu erwerben, und da kommt Ihr, es uns wegzunehmen?

Soldat — (von dieser Bemerkung übertraht, kleibt stumm.)
Araber: Allah ist groß. Wenn er Euch den Sieg verleihe und Ihr uns unser Land fortnehmen würdet, welchen Anteil würdest Du von dem Landraub bekommen?

Soldat (wehmütig lächelnd, als ob er den Vratendust aus der Nase seines Padrons röhre): Januair, ich bin genau so verzweifelt wie ein gewisser heiliger Märtyrer. Eure Länderereien werden — das versteht sich — dem zufallen, der inslande ist, so zu bezagen, und meinst Du, ich hätte Geld!!

Araber: Also werden Deine Landsleute sie kaufen.

Soldat: Auch nicht; die sind genau so arme Teufel wie ich!

Araber: Beim Garte des Propheten, wer wird denn schließlich das Land bekommen?

Soldat: Wer das bekommen wird? Unsere Herren natürlich, unsere Padrone!!

Araber (erkraunt): Dieselben, die das Land Deiner Heimat Brach liegen lassen?

Soldat: Ist schon so! Die und ihre Freunde sitzen allein auf dem Geldsack; wir Arbeiter haben nichts als unsere zwei Arme.

Araber: Allah il Allah! Ganz vortrefflich! Ihr kommt also Herder um zu morden und um Euch morden zu lassen — nicht für Euch selbst — sondern für diese, Eure fürtrefflichen Großherren? Nimmt mir nicht übel, Fremden, so schlau wie Ihr sind bei uns die — Kamel!

Theater.

Kammerstücke: „Eine glückliche Ehe“. Lustspiel von Peter Hansen. Ganz ähnliche Verhältnisse, wie sie einmal Gegenstand höchster possimistischer Gesellschaftsstände und Romane bilden, erscheinen dann, in anderem Zusammenhang gerückt, als ein Objekt leicht spieler, ironisch humoristischer Behandlung. Diese Frau Nancy, die ihren gütig vertrauensvollen Ehegemahl so konsequent und mit dem besten Bewissen von der Welt betrügt —

Sola hätte sie in die Bildergalerie seines „Pohbouille“ als eine Spielart der allgemeinen bürgerlichen Korruption einreihen, Strindberg nach seiner bekannten Theorie sie als Typus eingeborener weiblicher Veruschtheit in einem seiner Hüh- und Nachdemmen stümpen können. Der Däne Peter Hansen wieder in seiner berühmten Novelle „Eine glückliche Ehe“, an die sich dies Lustspiel anschließt, sieht das Persönchen ausschließlich von der lebenswichtigen, heiteren Seite. Käme der brave Mogensen dahinter, daß er seine Rechte mit so vielen teilen mußte, es wäre zweifellos für ihn sehr schlimm. Aber muß er dahinter kommen? Kaufen Leute wie er nicht oft ihr ganzes Leben lang mit Scheuklappen umher und denken sich in diesem Zustand hoch zufrieden? Die Menschen sind so ungleich und bleiben bei aller moralischen Verleugung, so wie sie einmal sind. Die Vielstättigkeit in Nancy's Herzensbedürfnissen schließt keineswegs aus, daß sie es in ihrer Art mit Mogensen gut meint. Sie braucht Verehrer; fühlt sich ohne sie wie ein im Käfig eingesperrter Vogel, schwermütig einsam. Doch wenn sie welche findet, dann teilt sie von dem Glück, das sie empfindet, dankbaren Sinns auch ihrem allzeit ahnungslosen Gatten aus vollen Händen zu, hat ihn so gern, wie sie ihn ohne solche Jutart niemals haben könnte. So legt sie sich nach zurecht, daß eine Unmoral, bei der alle Teile, auch der „Betrogenen“, nur gewinnen, am End doch gar nicht unmoralisch sein kann. Und der Autor selbndiert in wichtig-paradozem Spiel.

Nicht so unterhaltlich wie die Novelle, deren ungebundene Form der Schilderung weit größere Freiheit bietet, aber immer noch sehr anhaftend wirkt die Komödie, die von einer vorzüglichen, über die Realität der Situationen mit feiner Einzelmanierung hinweghelfenden Darstellung getragen wurde. Johanna Terwin war eine in allen Belletterien und virtuosen Schwindelarten charmanter, dabei ganz natürlich natürliches Nancy, die sich bei ihren Seitenhieben wirklich nicht im mindesten etwas Schlechtes zu denken läßt. Viktor Kenold bot in seiner strahlenden Wechslichkeit und Schwärmerie für alle Freunde seiner Frau einen überwältigend drohigen Gatten; Roßfil, der den Reigen eröffnende Verehrer, dem nach der Verheiratung mit gleicher Würde gezahlt wird, ein Galan, der Leichtsinns und heiseres Gefühl in reizvoll eigenartiger Weise verband. Sein erster Besuch im Mogensenschen Hause wendet Nancy's üble Laune in eitel Frohsinn, ländet die Vera häuslichen Glückes an. Seit man zu Dreien beim Abendessen sitzt, gibt es kein Streiten mehr, jeder legt Wohlwollen, Dankbarkeit dem anderen gegenüber. Nach einem Jahr beim Weihnachtstfest kommt es zum Abschiednehmen. Nancy hat verraten, daß Ferner auf Freireisungen geht und für Erjay georgt. Der Wechsel der Personen tut dem Glück nicht Abtrag. Jedoch schon wieder taucht ein anderer am Horizont auf. Die beiden abgedankten Liebhaber feiern die Erinnerung an die schöne Wankelmütige, verführt mit einem süßem Trunk. — Der Autor bedankte sich persönlich für den Applaus.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus: „Zwei glückliche Tage“. Von Schönthaus und Adelsburg. Vor zwanzig Jahren ist dieser merkwürdig gut gearbeitete, sich in manchen Szenen direkt auf der Linie eines vornehmen Lustspiels bewegende Schwanst entstanden. Demos hat er nicht ein Korn von seiner Prügke verloren. Das ist gewiß ein Beweis für die ihm innewohnende Gediegenheit. Der bereits im Titel angesprochene Grundgedanke, daß jemand, der eine Villa erwirbt, eigentlich nur zwei glückliche Tage erlebt: den des Kaufs und den

samt der allgemeinen Schiffsahrt in allen ihren Formen: er fordert ferner alle Seiltouren auf, sich mit der Frage zu befassen, ob und wie eine Teilweise oder allgemeine Arbeitslosigkeit den Ausbruch von Feindseligkeiten verhindern könne. Der Textilarbeiterverband hat hierzu das Amendement gestellt, daß die Sicherung des Friedens nur durch die Vermehrung der Arbeitervertreter in den verschiedenen Parlamenten bewerkstelligt werden könne.

Ein beachtenswertes Zeichen der Zeit ist die von dem Gewerkschaftsrat der Arbeiterpartei gestellte Resolution über die Arbeitslosigkeit. Es wird darin erklärt, daß die Arbeitslosigkeit von dem herrschenden Wirtschaftssystem ungerichtet und nicht durch eine politische Veränderung (Schutzgeld) oder staatliche Versicherung abgeholfen werden könne. Diese Erkenntnis ist immerhin ein Fortschritt, wenn auch gleich nachher der Antrag die Regierung auffordert, das Recht auf Arbeit anzuerkennen. In mehreren Resolutionen wird die Verstaatlichung der Eisenbahnen und Bergwerke als eine für das wirtschaftliche Gedeihen des Landes notwendige Maßregel gefordert. In einer Reihe von Entwürfen wird energisch darauf bestanden, daß bei der von der Regierung beabsichtigten Wahlrechtsveränderung die Frauen unbedingt das Stimmrecht erhalten müssen. Der Parteitag wird drei Tage dauern.

Der Bericht der Arbeiterpartei enthält manche interessante Angaben über die Stärke der Partei und ihre Entwicklung im vergangenen Jahre. Die Mitgliederzahl der angeschlossenen Gewerkschaften und sozialistischen Gruppen stieg von 1480539 auf 1446869. Die Zahl der Gewerkschaften sank jedoch von 151 auf 137, hauptsächlich infolge der richterlichen Einhaltsbefehle auf Grund des Osborne-Urteils. Unter den Gewerkschaften, die geschlossen worden sind, die Arbeiterpartei zu verlassen, befinden sich einige der stärksten des Landes, wie die Eisenbahner, die Maschinenbauer, die fahrlässigen Bergarbeiter, die Bergarbeiter Durham, alles Organisationen, von denen jede über 100 000 oder beinahe 100 000 Mitglieder zählt. Ueber andere Organisationen schweigt der Bericht.

Eine Genossenschaft und zwei sozialistische Gruppen gehören der Arbeiterpartei an. Die Mitgliedschaft der F. L. R. wird mit 23 000, die der Fabianischen Gesellschaft mit 2401 angegeben. Die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften ist von 81 auf 82 gestiegen; die Zahl der lokalen Arbeiterparteien ist dieselbe geblieben (64).

Der Vorstand berichtet, daß die Ansicht, ein Tagesblatt herauszugeben, augenblicklich besser sei denn je zuvor. Die Direktoren der Gesellschaft, die die Zeitung gründen will, sind teilweise schon ernannt. Die Arbeiterpartei hat die Parlamentsmitglieder Mac Donald und Henderson sowie den Sekretär der Fabianischen Gesellschaft, Pease, ernannt.

Ueber die wirtschaftlichen Kämpfe des vergangenen Jahres äußert sich der Bericht wie folgt:

„Das veraltete Empfinden der Ungerechtigkeit, das die Gewerkschaften der Arbeiter seit einiger Zeit erfüllt, machte sich in den sogenannten „wirtschaftlichen Unruhen“ Luft und ein Streik nach dem andern brach aus, bis die Bewegung in dem Kampfe der Eisenbahner ihren Höhepunkt erreichte. Wir freuen uns über diese Manifestation. Die beträchtliche Lohnerhöhung und andere Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse, die folgten, bewiesen, daß die Industrie sehr leicht die Forderungen der Arbeiterschaft tragen konnte, und es ist zu bedauern, daß es noch notwendig ist, daß ein wirtschaftlicher Kampf stattfindet, ehe das Kapital dem Druck der Arbeit nachgibt. Die umfangreiche Seite der Kämpfe war die Entsendung fremder Polizisten und Soldaten nach den betreffenden Landesstellen. Dies trug viel zu den Unruhen bei, wie in Liverpool und London und war in Wirklichkeit die Ursache des Ausbruchs von Tumulten und des Todes und Verwundens einer Anzahl Personen an diesen Orten, was in vollem Maße während der Untersuchungen des Leichenhauers, die folgten, bewiesen wurde. Als der Eisenbahnerstreik stattfand, mußte die allgemeine Verwendung der Truppen und die von dem Ministerium des Innern veröffentlichten Verträge, deren Ton nicht nur von Vorurteil gegen die Streikenden zeugt, sondern die auch Unwahrheiten über das, was vorging, enthielten, jeden Gewerkschafter darauf aufmerksam gemacht haben, auf welcher Seite die Sympathie der Regierung und des Ministeriums des Innern war. Der folgende Beschluß der Regierung, Spezialaufmärsche aus den Reihen der Leute anzuwerben, die Gegner der Gewerkschaften sind und Klassen angehören, die gegen die Arbeiterschaft von Vorurteilen befangen sind, ist ein unheilvolles Zeichen für die Zukunft; denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß, wenn in Zeiten wirtschaftlicher Kämpfe die Anhänger der Unterneher von den Zivilbehörden das Abzeichen der Autorität erhalten, kraft dessen sie ungekräftet Unruhen erzeugen und Arbeiter während dieser Kämpfe angreifen können, die Arbeiter gezwungen sein werden, sich zu wehren, und aufstaut ungewöhnlich und bedauerndwert zu sein, werden Tumulte und Unruhen eine allgemeine und notwendige Erscheinung unseres wirtschaftlichen Lebens werden.“

Die Lage der chinesischen Arbeiterklasse.

Es ist zweifellos, daß die jetzige Revolution, mag sie nun mit dem Siege der Republik oder der Erhaltung einer parlamentarischen Monarchie ausgehen, viel zur „Erleuchtung des Reiches der Mitte“, das heißt zur steigenden Ausnützung seiner Bodenschätze und Menschenkräfte durch den internationalen Kapitalismus beitragen wird. Hat doch schon seit geraumer Zeit die Textil- und Großindustrie im Süden und neuerdings der amerikanische Stahlbau im Nordosten festen Fuß gefaßt. Doch es sich dabei, selbst unter Berücksichtigung der erheblichen Minderwertigkeit des schlechthinigen und ungeschulten orientalischen Arbeiters, um gewaltige Gewinnansprüche für das Kapital und zugleich um eine erste Konkurrenzgefahr für das Proletariat des Westens handelt, ist schon oft durch Hinweis auf die natürlichen und sozialen Bedingungen des Landes gezeigt worden. Eine lehrreiche Zusammenfassung gibt ein Artikel des Genossen H. A. Ribas in der „Humanität“. Er weist hin auf den überwiegend, aber lange nicht mehr ausschließlich landwirtschaftlichen Charakter des Landes, auf die alte Seidenindustrie und die gewaltigen Kohlenlager, mit deren Ausbeute man begannen hat. Eisen- und Textilindustrie sind sehr entwickelt. Shanghai und Wusung sind die größten Weberzentren. Das Arsenal von Nan-Kan beschäftigt über 3000 Arbeiter. In Hongkong (englisch) arbeiten auf den Schiffswerften 17 000 Arbeiter, und die Zuderfabriken sind die größten der Welt. Seine Maschinenwerkstätten sind gleichfalls sehr wichtig und die Entwicklung seiner Weberien, Glas- und Zündholzfabriken ist beachtenswert. In Har-Yang sind die mehrgenannten Hochöfen und Stahlwerke.

Wie steht es mit den Lebensverhältnissen der Arbeiter, deren Zahl in Stadt und Land auf 80 Millionen geschätzt wird? Im großen Durchschnitt rechnet man einen Tagelohn von nicht mehr als 10 Cents (20 Pf.; 1 Silberrdollar zu 100 Cents = etwa 2 M.). Die Arbeiter der Weberien von Wusung verdienen etwa 40 Pf., die Arbeiterinnen der Internationalen Baumwollfabrik bei Shanghai 20 Pf., 50 Pf. verdienen die gelehrten Arbeiter im Arsenal von Tschou, wesentlich mehr die Stahlarbeiter in Har-Yang, 40 Pf., die Erdarbeiter der Eisenbahn. Die Arbeiter der Mägen in Nan-King verdienen nur 4—5 Beso (Silberrdollar zu 2 M.). Die ersten chinesischen Arbeiter der europäischen Druckereien kommen bis 20 Beso im Monat.

Ribas zollt der Fähigkeit des chinesischen Arbeiters hohes Lob, namentlich in der Seidenindustrie. Die Geschicklichkeit der Weberinnen ist unweifelhaft der Weberinnen des Westens

überlegen.“ In den neuen Eisenwerken von Pangse sei ein Mann fähig, 40—50 000 Eier auf ihre Größe zu prüfen. Und es gibt Arbeiterinnen, die bei der gleichen Zahl die schwere Arbeit der Trennung von Eiweiß und Eigelb vollbringen. Bewundernswert ist die Ausdauer, die Ausdauerfähigkeit der chinesischen Arbeiter, und namentlich ihre Kunst, durch Vereinigung ihrer Anstrengung den größten Nutzen zu erzielen. Demgegenüber stehen auch Mängel: Sorglosigkeit, Gleichgültigkeit, Trägheit, Mangel an Ordnung und Reinlichkeit. Doch kommen diese Fehler bei der Maschinenarbeit, die den Arbeiter treibt, weniger zur Geltung. Sonst gilt da noch die Gemütslichkeit der guten alten Zeit. M. G. Deleursee, dem die meisten dieser Angaben entlehnt sind, schildert eine Werkstatt als eine offene Hütte, wo zu gleicher Zeit gearbeitet, geraucht, gegessen und geschlafen wird. Ist doch der Arbeitsplatz, das heißt etwas Lumpen im Winkel, auch die Schlafstätte für die Nacht. Andere lassen sich rotieren oder die Ohren putzen. Jede Fabrik hat ihren Barbier, nicht minder ihren Regulator oder Wächterzähler. Man denkt dabei an die früheren Verhältnisse in der Hamburger Tabakindustrie, wo die Arbeiter auch ihren Vorleser aus ihrem Lohn bezahlten und Gesangsquartette bildeten.

Uebrigens sind die chinesischen Arbeiter keine widerstandslosen Werkzeuge. Sie haben ihre Vereinigungen und kennen den Streik seit langem. So gab es vor fünf Jahren im Stahlwerk von Hang-Hang Streik, und bei den Eisenbahnbauwerkstätten ist er häufig. Ribas nimmt an, daß die Entwicklung der Industrie von der Beteiligung des europäischen Kapitals abhängt. Man darf aber nicht vergessen, daß der erwachte stürmische Nationalismus und die geschäftliche Tüchtigkeit der chinesischen Kaufleute auch eine kräftige Entwicklung des einheimischen Kapitalismus erwarten lassen. Da mit dieser eine rasche Zunahme der Bedürfnisse und eine Entwicklung der Arbeiterorganisation Hand in Hand gehen wird, so läßt sich über die Zukunft und ihre Gefahren für Europa wenig Bestimmtes voraussagen. Jedenfalls aber wird man erwarten dürfen, daß nach einer vielleicht sehr harten Uebergangszeit sich auch die Masse der chinesischen Arbeiter, deren politisches Interesse nun wach geworden ist, der modernen Arbeiterbewegung anschließen und so bessere Zustände erringen wird. Für den Kapitalismus freilich bedeutet die Ausschließung der chinesischen Produktivkräfte zugleich die Einbegrenzung des letzten großen Weltgebietes in die internationale Großproduktion. Bald wird kein Schlupfwinkel mehr sein, um dem immer tiefer klaffenden Gegensatz zwischen reich gezeigerten Produktivkräften und schreiendem Elend weiter Waffen zu entgehen, den erst der Sozialismus überwinden wird.

Aus der Partei.

Totenliste der Partei.

Die österreichische Sozialdemokratie hat zwei harte Verluste erlitten. Dieser Tage ist erst der Reichsratsabgeordnete Genosse Silberer auf einer Exkursion tödlich verunglückt, und seine Leiche ist bis jetzt noch nicht aufgefunden worden. Und am Sonntag starb im Krankenhaus zu Klagenfurt Reichsratsabgeordneter Genosse Arnold Niese, der mehr als zehn Jahre Landesvertrauensmann der Partei in Kärnten war.

Arnold Niese ist am 15. Oktober 1871 in Wien geboren. Er besuchte die Realschule und die Lehrerbildungsanstalt und legte die Prüfung als Bürgerrealschullehrer ab. Als die Organisation der „Jungen“ in Wien ins Leben trat, gehörte Niese von allem Anfang an zu ihren eifrigsten Anhängern. Als die Christlichsozialen aus Kärnten kamen, war eine ihrer ersten Taten die Abregulierung von fünf „Jungen“ Lehrern. Am 15. September 1897 wurde er zugleich mit den Genossen Stöckel und Ländler wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei entlassen. Von Wien ging Niese an die Volksschule in Kärnten bei Teplitz in Böhmen, aber im Jahre 1899 wurde er auch vom böhmischen Landesschulrat wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung, die er mutig verteidigt hatte, gemahnt. Niese wurde nun Beamter der Teplitzer Bezirkskassenschule. In seinen freien Stunden leistete er der deutschböhmisches Partei unschätzbare Dienste. Im Jahre 1900 berief ihn die kärntnerische Landesparlamentsverwaltung nach Klagenfurt, wo er von nun an als Landesvertrauensmann und Redakteur des damals neu gegründeten Kärntner Parteiblattes „Der Volkswille“ unermüdet tätig war. Nach der Erringung des allgemeinen Wahlrechts kandidierte er im Wahlbezirk Wöllach in den Reichsrat. Bei den Wahlen im Jahre 1911 hatte er gegen eine Flut alldemokratischer Verleumdungen zu kämpfen. Trotzdem gelang es ihm, das Mandat zu erlangen, allerdings erst in der Stichwahl. In den Jahren 1904 bis 1907 war Niese Gemeinderat der Stadt Klagenfurt, wo er eine erfolgreiche Tätigkeit entwickelte. Er kandidierte auch wiederholt für den kärntner Landtag. Niese war auch Vorstandmitglied des Klubs der deutschen Sozialdemokraten.

In tiefer Trauer stehen die schwer geprüfte Witwe, die Verwandten und Freunde, die Parteigenossen und Arbeiter des ganzen Landes Kärnten, die Reichsratsfraktion und die Arbeiterpartei Österreichs an der Bahre des guten Genossen und edlen Menschen.

Jugendbewegung.

Vom Kampf gegen die Arbeiterjugend.

Bei den Kolportieren der „Arbeiter-Jugend“ in Gladbeck und Uerz wurden Handhabeungen vorgenommen, die Handlung währten. In Gladbeck wurden sämtliche die Jugendorganisation betreffenden Schriften und Schriftstücke beschlagnahmt. In Uerz wurde ebenfalls eine Anzahl Jugendchriften beschlagnahmt.

Das sächsische Oberlandesgericht gegen die freie Jugendorganisation.

Die Vorstandmitglieder des Jugendbildungsvereins für Dresden und Umgegend, Ortsgruppe Deuben: Kämmler, Chemnitzer und Berner, waren vom Landesgericht Dresden wegen Vergehens gegen die §§ 17 und 18,5 des Reichsvereinsgesetzes bestraft worden und zwar Kämmler zu 50 M. oder 10 Tagen, Chemnitzer und Berner zu je 40 M. Geldstrafe oder 3 Tagen Haft. Die Verurteilung war erfolgt im Anschluß an eine am 18. Dezember 1910 im Gasthof „Zum sächsischen Wolf“ in Deuben veranstaltete Winterferienfeier. Kämmler leitete die aus einer Feste, aus Gesangs-, deklamatorischen und musikalischen Aufführungen sowie aus einem Arrangement lebender Bilder bestehende Feier. Unter anderem wurde auch ein der sozialdemokratischen Weltanschauung angepaßtes Lied: „Stille Nacht, heilige Nacht“ gesungen. Diese Feier war öffentlich gewesen und hatte sich eines großen Zuspruchs zu erfreuen gehabt. Das Landesgericht äußerte aus, daß der Jugendbildungsverein als selbständiger Verein im Sinne des Gesetzes anzusehen und nur in wenigen Fragen von einem Zentral-Vorstande abhängig sei. Die ganze Tendenz dieses Vereins sei eine politische und die in Frage kommende Feier ebenfalls als eine öffentliche politische Versammlung anzusehen. In dieser Auffassung müsse man unbedingt in Anbetracht des ganzen Willens, hauptsächlich aber aus dem Text des das Elend glorifizierenden Liedes: „Stille Nacht usw.“ kommen. Der Zweck des Vereins sei im Widerspruch mit seinen Statuten nicht nur ein rein geistlicher, sondern er werde öffentlich auch dahin, den Gedankenfang, die Weisheit, die Gerechtigkeit usw. nach der sozialdemokratischen Richtung hin zu beeinflussen. Der Inhalt des gesungenen Liedes sei geeignet, Hoff und Muth, Leid und Mitleid gegenüber den Mehrbedürftigen und der bestehenden Gesellschaftsordnung hervorzuheben, eine Wanderung der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen.

Aus all diesen angeführten Tatsachen ziehen sich Schlüsse auf die Tendenz des Deubener Vereins ziehen. Die drei Angeklagten hätten entgegen den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes noch nicht 18 Jahre alte Personen in ihren Verein aufgenommen und hätten außerdem noch jungen Leuten unter achtzehn Jahren die Teilnahme an der fraglichen Winterferienfeier, die sich als eine öffentliche politische Versammlung darstellte, gestattet. Zu bemerken ist noch, daß das Oberlandesgericht weder den Verein, noch die Feier unter den Begriff „politisch“ rangiert und sämtliche Angeklagte freigesprochen hat.

Wegen die Entscheidung des Landesgerichts legten die Angeklagten Revision beim Oberlandesgericht ein und rügten eine Verkennung der Begriffe „politischer Verein und politische Versammlung“. Ein politischer Verein müsse eine direkte Einwirkung auf politische Angelegenheiten betätigen. Zu dieser Richtung bezog sich auch der Kommentar von Sartor. Der hier in Frage kommende Verein bezwecke aber nur die körperliche und geistige Ausbildung seiner Mitglieder, ohne eine politische Tätigkeit zu entfalten. Zur Beurteilung gehöre vor allen Dingen die klare und deutliche Feststellung, ob eine Einwirkung in politischer Beziehung stattgefunden habe. In dem bloßen Abhängen des Liedes könne diese Einwirkung noch nicht gefunden werden. Der Strafsenat verwurfs die Revisionen der Angeklagten Chemnitzer und Berner, hob dagegen das Urteil in der Sache Kämmler betreffs der Feier auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. Die Revision sei unbegründet, was die Duldung der unter 18 Jahre alten Leute in dem Verein anbetreffe. Die Feststellungen genügen vollkommen, um den Verein als eine politische Verbindung erkennen zu lassen. Dagegen sei das Urteil nicht ausreichend in Sachen der Auslegung der Festlichkeit als einer öffentlichen politischen Versammlung. Allein das Abhängen eines „Heiliges“ vermöge den politischen Charakter noch nicht herzustellen, dazu gehöre eine unmittelbare Einwirkung in politische Angelegenheiten. Das Singen könne als eine solche Betätigung nicht aufgefaßt werden. Das Urteil beruhe deshalb auf einem Rechtsirrtum, da die Veranstaltung der Feier nicht als eine besonders strafbare Handlung aufgefaßt werden könne.

Soziales.

Das Reichsgesetz über die Wertzuwachssteuer und eine potenzierte kommunale Umsatzsteuer.

Mit einem interessanten Rechtsstreit hatte sich das preussische Oberverwaltungsgericht zu beschäftigen.

Das Reichsgesetz über die Erhebung einer Reichszuwachssteuer bestimmt in Absatz 2 des § 72:

„Die Vorschriften der Landesgesetze und die Satzungen der Gemeinden und der Gemeindeverbände, welche die Besteuerung des Zuwachses bei der Veränderung von Grundstücken betreffen, treten mit Wirkung vom 1. Januar 1911 außer Kraft, soweit sie nicht durch § 60 aufrecht erhalten sind.“

Das Oberverwaltungsgericht hatte nun zu entscheiden, ob über den 1. April 1911 hinaus in Umsatzsteuerordnungen noch Bestimmungen zu Recht bestehen, die verschiedene Städte darin haben. Der Streitfall betraf Baderborn. Die Steuerordnung dieser Stadt schreibt vor, daß ein Prozent des gemeinen Werts als Umsatzsteuer erhoben wird. Dann wird in § 2 bestimmt, daß ein weiteres Zuschlagsprozent erhoben wird, wenn das betreffende Grundstück seit mehr als zehn Jahren Eigentum des Vorbesizers war. Um die Frage der Fortdauer der Gültigkeit dieser Bestimmung handelte es sich in dem Rechtsstreit des Bankiers Spanker wider den Magistrat in Baderborn. Er wollte von dem Zuschlagsprozent, das neben dem einem Prozent von ihm noch erhoben worden war, befreit werden.

Der Bezirksausschuß wies ihn mit dem Anspruch ab und das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil mit folgender Begründung:

„Der Streit dreht sich um die Frage, ob der § 72 des Reichszuwachssteuergesetzes Anwendung finde. Dabei sei davon auszugehen, daß es nicht auf die Entstehungsgeschichte der Steuerordnung ankomme, sondern darauf, wie sich die Vorschrift des § 2 objektiv darstelle. Weiter sei davon auszugehen, daß § 72 in gewissem Sinne eine Ausnahmebestimmung darstelle, der keine ausdehnende Auslegung gegeben werden dürfe. Eine Ausnahmebestimmung sei deshalb, weil sie ein den einzelnen Kommunen und Einzelstaaten an sich zustehendes Recht beschränke. Es könnte nach der Fassung des § 72 scheinen, als ob sie darauf hindeute, daß etwas weiteres gemeint sei, als die Wertzuwachssteuer. Gehe man aber den Motiven nach, so komme man zu der Ueberzeugung, daß nur die Wertzuwachssteuer gemeint sei. Man dürfe man aber daraus, daß eine Steuerordnung das bloße Vorhandensein eines Wertzuwachses zum Anlaß einer Besteuerung nehme, ohne nach der Höhe des Zuwachses zu fragen, noch nicht schließen, daß die Steuerordnung den Charakter einer Wertzuwachssteuerordnung trage. Und wenn es auch in der Absicht der Gemeinde gelegen hätte, durch den in Frage stehenden § 2 einen Ersatz für die Wertzuwachssteuer zu schaffen, so würde dieser Ersatz damit nicht selbst zu einer Wertzuwachssteuer. Daß der § 2 sich als einen derartigen Ersatz darstelle, zu der Ueberzeugung sei auch der Senat gekommen. Ihn zu schaffen, könnte aber den Gemeinden nicht verwehrt werden. — Somit sei die Heranziehung des Klägers auch zu dem Zuschlagsprozent gerechtfertigt.“

Der künftige Kompagnon.

Welche Vorsicht bei Sozialisverträgen geboten ist, das zeigte sich in einer vor der I. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts stattgefunden Verhandlung. Ein Kaufmann K. wollte sich mit einem Agenten A. assoziieren, der die Generalvertretung eines Margarinewerks in Hannover in Händen hatte. Er hatte sich auch bereits mehrere Wochen im Betriebe des A. betätigt und wurde von diesem dem Personal gegenüber ohne seinen Widerspruch als „der Sozjus“ vorgestellt. Der Aufbruch auf den Firmenjahren und den Geschäftspapieren wurde mit Wissen des K. dahin geändert, daß die Firma nicht mehr „Mag A.“, sondern „A. u. K.“ hieß. Etwa vier Wochen nach Beginn der Mitarbeit des Kaufmanns K. machte A. nach Frankreich. Jetzt ließ auch der neue Sozjus A. nichts mehr von sich hören und tat, als ginge ihm die ganze Sache nichts mehr an. Das Personal aber, das während mehrerer Wochen sich ganz allein überlassen blieb und schließlich mangels Einnahme auch seine Tätigkeit einstellte, klagte jetzt indigeste die Gehälter in Höhe von zirka 2000 Mark gegen den Kompagnon des künftigen A. ein. A. wehrte sich zwar lebhaft gegen die bedenkliche Teilhaberschaft, indem er ins Geld führte, daß ein Sozialisvertrag noch gar nicht zustande gekommen war, sondern erst zustande kommen sollte, er mußte aber die Firmenänderung mit seinem Wissen zugeben. Einem Angestellten gegenüber hatte er sich auch selbst als Mitinhaber ausgedehnt und ein anderer Gehilfe legte dem Gericht eine Karte vor, die A. persönlich mit „A. u. K.“ unterzeichnet hatte. Unter diesen Umständen konnte der Beklagte noch frey sein, daß es dem Vorstehenden des Kaufmannsgerichts gelang, das Personal unter Hinweis auf die ganze Sachlage dazu zu bewegen, sich mit der Hälfte ihrer Forderung zufrieden zu geben. Auf diese Weise kam K. mit einem Verlust von 1000 Mark aus der überflüssig eingegangenen Teilhaberschaft heraus.

Gewerkschaftliches. Schwarze Terroristen.

In Allersberg in der Oberpfalz sind zahlreiche elend bezahlte Textilarbeiter, die früher christlich organisiert waren. Als sie daran gehen wollten, zur Hebung ihrer durch die Mißhülfe des Zentrums noch mehr verschlechterten wirtschaftlichen Lage Vorschläge zu stellen, wurden sie von der christlichen Organisation schamlos im Stich gelassen. Die Folge war ein allgemeiner Uebertritt zur freien Gewerkschaft, die christliche Zählstelle ging in Trümmer. Darüber sind natürlich die Zentrumsherrschenden sehr erbost, am meisten der Pfarrer, der einer der schneidigsten Zentrumsagitatoren ist und zuweilen Stanzel und Weidstulm mit der Versammlungstrübsinn verwechselt. Nahe muß sein! Der Vater eines der Uebergetretenen ist Mehner, und diesem wurde nun die Alternative gestellt, seinen Sohn zu veranlassen, aus der freien Gewerkschaft wieder auszutreten, sonst habe er seinen Posten zu verlassen. Und die Leute, die mit solchen Mitteln arbeiten, entrüsten sich heuchlerisch über den angeblichen Terrorismus der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften!

Berlin und Umgegend.

In den Berliner Elektrizitätswerken ist unter den Maschinen-, Heizer-, Dynamo- und Batteriewärtern, Abschmierern und Kohlenarbeitern der Zentralen und Unterstationen eine Agitation im Gange, eine Teuerungszulage zu erhalten. Arbeiterausführung und Vertrauensmännerkonferenzen wie auch die einzelnen Betriebsversammlungen haben sich mit der Frage beschäftigt, und der Wunsch wurde laut, daß entweder eine einmalige Zulage von 25 M. oder eine wöchentliche Zulage von 1,50 M. für die Zeit vom 1. Februar bis Ende Juni bewilligt werde. In einer Reihe von sozialistischen und christlichen Betrieben haben die Maschinen-, Heizer- und Arbeiter auf Bewilligung einer Teuerungszulage gestellt, die auch angenommen wurden, und die Arbeiter der V. E. W. sind der Ansicht, daß diese Gewerkschaft sehr wohl in der Lage ist, gleichfalls eine Zulage zu bewilligen. Wenn auch der Lohn seit einiger Zeit um ein Geringes erhöht worden ist, so ist andererseits die Teuerung immer empfindlicher geworden; zugleich wachsen aber auch die Profite der V. E. W., was den Arbeitern nicht verborgen bleibt. Die letzten Geschäftsjahre brachten den V. E. W. Ueberläufe im Betrage von 10% und 20% Millionen, Dividenden von 11 und 12 Proz. konnten verteilt werden, der Kurs der Aktien stieg von 150 auf 193, die Aufsichtsräte erhalten bis zu 200.000 M. pro Jahr. Trotzdem werden die Arbeiter die gewünschte Teuerungszulage nur erreichen können, wenn sie einmütig durch ihre Organisation, den Zentralverband der Maschinen- und Heizer, die Forderung erheben und mit Nachdruck vertreten lassen.

Deutsches Reich.

Zum Streik im Schneidergewerbe zu Wschaffenburg.

Die Einkunftsänderungen des Gewerbegerichtspräsidenten waren erfolglos. Die Unternehmer verlangten zunächst die Wiedereinführung der Arbeit durch die Gehilfen und wollten danach erst den Tarif durchberaten. Die Arbeiter gingen darauf nicht ein. Der Kampf geht somit weiter. Es wird dringend um Fernhaltung des Zuganges gebeten.

Der Schuhmachereinkreis in Einbellingen (Wtbg.) wurde nach 12wöchentlicher Dauer für die Arbeiter erfolgreich beendet. Erreicht wurde eine wenn auch kleine Erhöhung der Akkordlöhne, Erhöhung der Stundenlöhne um 1-3 Pf., ab 1. Juli d. J. um einen weiteren Pfennig, Abschaffung der Ueberzeitarbeit, achtstündige Lohnzahlung und sonstige kleinere Verbesserungen. Sämtliche Arbeiter bis auf einen werden wieder eingestellt; außer fünf Arbeitern konnten alle die Arbeit wieder aufnehmen. Die Firma verpflichtete sich, so lange neue Arbeitskräfte nicht einzustellen, wie noch Ausständigen vorhanden sind. Eine Verkürzung der Arbeitszeit konnte momentan nicht durchgeföhrt werden; die Firma verspricht aber, innerhalb eines Jahres die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzen zu wollen. Besonders bemerkt sei noch, daß nicht ein einziger Mann zum Streikbrecher geworden ist.

Ausland.

Friedensschluß und Kriegserklärung in Großbritannien.

London, 20. Januar 1912. (Fig. Ber.)

Am selben Tage, an dem die Weber Lancashire mit den Unternehmern Frieden schlossen, erklärten die Bergarbeiter den Ausständigen den Krieg. Der Friedensschluß der Weber ist eigentlich nur ein Waffenstillstand, denn die Frage der Unorganisierten ist nicht gelöst, sondern nur vertagt worden. Beide Parteien halten an ihrem Grundsatze fest: die Arbeiter bestehen darauf, daß sie mit Unorganisierten nicht zusammen arbeiten wollen; die Unternehmer wollen sich das Recht nicht nehmen lassen, jeden Arbeiter, ob organisiert oder nicht, beschäftigen zu dürfen. Die beiden Parteien sind aber übereingekommen, die Betriebe am 22. Januar wieder zu eröffnen. Beide verpflichten sich ferner, während der nächsten sechs Monate die Fabriken nicht wegen der Frage der Unorganisierten zum Stillstand zu bringen. Nach sechs Monaten soll der Vermittler Sir G. Whitby wieder angernnen werden und sollte dann keine Einigung zustandekommen, so muß jede Partei, die sie den Kampf um diese Frage wieder aufnehmen kann, der anderen sechs Monate Kündigung geben. Das Abkommen ist also gleichbedeutend mit einem Waffenstillstand von der Dauer eines Jahres.

Die Konferenz der Bergarbeiterföderation beschloß gestern in Birmingham einstimmig, in allen Revieren zu kündigen. Der Beschluß lautete:

„Da die Abstimmung zugunsten der Kündigung, wie sie auf der am 21. Dezember 1911 abgehaltenen Konferenz beschloffen wurde, ausgefallen ist, bezieht diese Konferenz, daß in jedem Revier die Kündigungen in der Weise eingeleitet werden, daß sie Ende Februar ablaufen.“

Die Südwaleser, die nur am ersten des Monats kündigen und die Arbeit erst nach einem Monat verlassen können, werden daher die Kündigung am ersten Februar einleiten. Ihnen werden die englischen und ein Teil der schottischen Arbeiter folgen, die eine Kündigungsfrist von 14 Tagen haben. Schließlich werden auch die meisten schottischen Bergarbeiter, die unter täglichen Arbeitsverträgen beschäftigt werden, am 29. Februar dem Beispiel ihrer englischen und walisischen Kameraden folgen. Außer diesem nach dem Ausschall der Abstimmung unvermeidlichen Beschluß sagte die Konferenz jedoch noch einen zweiten, der folgenden Wortlaut hatte:

„Die Arbeitgeber sollen benachrichtigt werden, daß die Arbeitervertreter bereit sind, mit ihnen zu konferieren und die Verhandlungen auf lokaler und nationaler Grundlage weiterzuführen, damit ein zufriedenstellendes Abkommen erzielt werde.“

Man hat bisher noch nicht alle Hoffnung auf Frieden setzen lassen. Einige der englischen Arbeitervertreter glauben noch immer, daß die Kündigungsfrage ohne Kampf geregelt werden wird. Man vertritt sich viel von einer in einigen Tagen stattfindenden Sitzung des englischen Einigungsamtes. Andere Bergarbeitervertreter scheinen jedoch alle Hoffnung auf eine friedliche Lösung aufgegeben zu haben und ihre Ansicht scheint auch durch die Vorzeichen gedeckelt zu sein. Denn selbst wenn die englischen Kohlenbesitzer den Bergarbeitern entgegenkämen, würden die Schwierigkeiten in Südwales und anderswo, wo sich die Unternehmer hartnäckig weigern, die Minimallohnforderung mit den Arbeitern auch nur zu diskutieren, nicht verringert werden. Man muß bedenken, daß die Minimallohnfrage von der Bergarbeiterföderation zu einer Reichsfrage gemacht worden ist und daß die Weigerung der süd-

walischen Kohlenbesitzer, sich mit den Arbeitern zu einigen, daher den Kampf in allen Revieren bedeuten würde, soll die Bergarbeiterföderation nicht in Stücke gehen.

Die ausständigen Eisenbahner von Buenos Aires haben beschlossen, den Dienst nur dann wieder aufzunehmen, wenn das gesamte Personal wieder angestellt wird. Die Regierung wird die Eisenbahngesellschaften ersuchen, sofort an die Lösung der Frage heranzutreten.

Aus Industrie und Handel.

Erhöhung der Kohlenpreise.

Der Beirat des Kohlenhandels beschloß eine Preiserhöhung für Kohlen im Rahmen von 25 Pf. bis 1 M., wobei zu bemerken ist, daß die Preise für die kleineren Ausformungen noch etwas darüber hinaus gehen. Für Hochofenlohe, Kokslohe und Bricketts wurden die Preise um 1 M. pro Tonne erhöht.

Zur Frage des Braunkohlen-Monopols.

Der Braunkohlen-Brickett-Verkaufsberein (G. m. b. H.) in Köln teilt mit: Die Mitteilung der Preise, daß Verständigungsbestrebungen unter den deutschen Braunkohlenhandlern bestehen, die auf die Gründung eines Kartellverbandes hinausgehen, ist, soweit sie sich auf das Rheinische Braunkohlenhandelskartell zu Köln bezieht, unzutreffend. Das Rheinische Syndikat hat in seinem Hauptabgabebereich mit anderen Faktoren zu rechnen, als das Berliner und Leipziger Syndikat, und der Abfall in denjenigen Gebieten, wo das Rheinische Braunkohlenkartell mit den anderen Marken konkurriert, ist für die weitere Entwicklung des rheinischen Braunkohlenbergbaues zu bedeutungslos, als daß sich das Kölner Syndikat aus einem Kartellverbande der deutschen Braunkohlenhandlerner eine Förderung seiner Interessen versprechen kann.

Preispreise!

Die offiziellen Nachrichten über die Entwicklung der Fleischpreise konstatieren, abgesehen von den Schweinen, bedrohliches Hinanschieben auch im Dezember. Es kostete nach dem Durchschnitt von 30 Städten ein Kilogramm Pf.:

	1910	1911
Rindfleisch	156,6	168,2
Schafffleisch	176,7	186,0
Hammelfleisch	195,2	170,0
Kochfleisch	74,9	76,7

Die Viehmarktpreise des Jahres 1910 sind damit noch beträchtlich überholt worden. Nur die Schweinefleischpreise sind gesunken. Das Rundschreiben des Landwirtschaftsministers an die Landwirtschaftskammer hat schon darauf hingewiesen, daß der Futtermittelmangel — zum Teil eine Folge der Futtermittelkrisis — die Viehhalter veranlasse, selbst noch schlechtere Vieh auf den Markt zu bringen. Im nächsten Frühjahr ist daher mit einem Schweinemangel und ganz abnormer Teuerung zu rechnen! Das ist der Segen unseres bewährten Wirtschaftssystems!

Kapitalistische Gente!

Die reaktionären Blätter versuchen die Wähler gruselig zu machen! Sie sollen glauben, mit einem Siege der Sozialdemokratie müsse alles drunter und drüber gehen. Dabei rüsten die Macher auf große Profiteren! Je mehr Nickel sich einschleichen läßt, um so besser! Während man ihm Schauergerichte als Gemütsnahrung serviert, treibt die Wölfe die Lurche der Kopiere in die Höhe und am Warenmarkt jagt eine Preiserhöhung die andere. Das ist jedenfalls ein Beweis dafür, daß die Couponknecht sehr hoffungslos in die Zukunft schauen. Das Kohlenhandelskartell wird nach Verständigung mit dem Preis in den nächsten Tagen die Kohlenpreise steigern. Die verschiedenen Brickettverkaufervereine haben bereits beschlossen, eine allgemeine Preiserhöhung einzutreten zu lassen. Die Preise fast aller Eisen- und Stahlsorten sind in den letzten Wochen, teilweise mehrmals, heraufgesetzt worden. Bei den Rohmaterialien sind es an und um geht es die Preise durch! Die vielfach schmutzigen Unternehmer erwarten die Gewinnsteigerung und den Wähler versuchen sie ängstlich zu machen, glückt der Trick, dann kann das Kapital ungeniert plündern!

Die künftigen Offiziösen!

Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ ist begeistert von der Braunkohlen! Die gegenwärtige Steuer erhöhte die Rentabilität der Großbrauereien. Die „Allgemeine“ beruft sich zum Beweise für ihre Ansicht auf diese Angaben:

Brauerei	Kapital in Mill. Mark	Gewinn in Prozent	1908/09	1909/10	1910/11
Bahrenhölzer	5,67	11	12	14	14
Vergilshofbrauerei	1,2	10	22	24	24
Granerei Hesserberg	2,8	7 1/2	8 1/2	10	10
Münchener Braubau	1,6	4	6	7	7
Schultheiß-Brauerei	14,—	14	14	15	15
Victoria-Brauerei	2,7	4	4	6	6
Schlösbrauerei Schöneberg	3,—	8	9	11	11
Köln-Brauerei Hildorf	4,—	10	12	14	14
Hohen-Schönhausen	1,—	7	10	12	12

Berechnet man aus den prozentualen Dividendensätzen und den Kapitalbeträgen der 18 größten Brauereien die Dividendensumme, so ergibt sich, daß im Jahre 1910/11 die Berliner Aktienbrauereien 1.420.000 M. mehr Dividenden mit demselben Kapital aufgebracht haben als vor zwei Jahren. Weiter berechnet das erwähnte Stenogramm, daß die Brauereien mehr aufgeschlagen hätten, als die Steuer ausmachte, womit es bestätigt, was die Sozialdemokraten von vornherein behaupteten. Sie weisen weiter darauf hin, daß die oft Mittelstandspolitik gepriesene Steuer die kleinen Brauereien vernichtete, die Konzentration des Großkapitals fördern werde. Das ist prompt eingetroffen, was die „Norddeutsche“ in ihrem Entschluß vertritt mitzutheilen. Die Zahl der Hausbrauereien ist von 23.950 im Jahre 1908 auf 19.655 im Jahre 1910 gesunken, die Zahl der gewerblichen Brauereien von 5729 auf 4329! Im vorigen Jahre hat die Auffassung der kleineren und mittleren Betriebe weiter rapide zugenommen! Das nennt man — Mittelstandspolitik!

Nacht Millionen Pferdestärken.

Die Dampfmaschinen in Preußen unterliegen einer genauen statistischen Registrierung. Diese ist nunmehr neu erschienen und aus ihr ergibt sich, daß in Preußen am 1. April 1911 nicht weniger als 7.974.482 Pferdestärken in Fabriken, Bergbau, in der Landwirtschaft und auf Schiffen installiert sind, die auf 75.084 einzelne Maschinen vertheilt sind. Diese 4 Millionen Pferdestärken kommen davon allein auf Rheinland und Westfalen, während auf das eigenartige rheinisch-westfälische Industriegebiet in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Aachen 1,6 Millionen kommen. Die Hauptmasse der Dampfmaschinen sind feststehende Maschinen, nämlich 60.122 mit 6.069.161 Pferdestärken. Lokomobilen gibt es jetzt 14.397 mit 515.858 Pferdestärken. Wasserkraftsmaschinen sind 345.366 Pferdestärken vorhanden, während nur 255.455 Pferdestärken in Schiffsmaschinen untergebracht sind, weil die Haupthöfen ja Hamburg und Bremen sind.

Vermehrt werden in dieser Statistik ist auch das Anwachsen des festen Anteils der Dampfmaschinen. Die ersten dieser Motoren wurden im Jahre 1889/90 gebaut, und zwar nur vier Stück mit insgesammt 6 Pferdestärken. Am Ende des Jahres 1911 beträgt der Anteil dieser Bauart an der Gesamtmasse der Maschinen fast ein Fünftel. Es sind 577 Stück mit 767.612 Pferdestärken vorhanden. Auf die einzelne Dampfmaschine entfallen demnach nicht weniger

als 1400 Pferdestärken. Die Dampfmaschine hat sich also vornehmlich als Großkraftmaschine herausgebildet, während die Kolben-Dampfmaschine durchsichtlicher nur 100 Pferdestärken haben. Vermuthlich ist das nicht, denn es ist ja gerade der große Vorzug der Dampfmaschine, innerhalb eines enorm kleinen Raumes Energie-Massen unterzubringen, die ganz kolossal sind und ein wirkliches Gegenstück abgeben für die Elektromotoren, die ebenfalls den Vorzug geringen Raumbedarfes besitzen. Gerade der Elektromotor ist es, der der Dampfmaschine erhebliche Konkurrenz macht. In unferer Zeit mit den vielen elektrischen Ueberlandzentralen erwacht sich diese ideale Maschine weitest Verbreitung, weil sie nur geringeren Wartungsbedarf. Während aber der Elektromotor mit wenigen Ausnahmen (in den Bergwerken) als Kleinmotor in Konkurrenz tritt mit der Dampfmaschine, treten als Großkraftmaschinen in dieser Hinsicht namentlich die Wasserkraftmaschinen, die Dieselmotoren und die Kolbenmaschinen als Konkurrenten auf.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Ursache der Kindersterblichkeit.

In der bürgerlichen „Allgemeinen Volkszeitung“ finden wir über eine Predigt des Pfarrers in Erlenbach folgendes Eingefand einer Mutter und Kirchenbesucherin:

„Anlässlich des Silvestergottesdienstes gestaltete sich der Herr Pfarrer von Erlenbach, zu dessen Kirchspiel die hiesige (gemeint ist die Siegelbacher) protestantische Filialkirche gehört, bei der Bekanntgabe der letztjährigen Landesamtlichen Eintragungen — in welchen u. a. 16 Todesfälle von Kindern im ersten Lebensjahre figurieren — die Bemerkung, daß an dieser traurigen Tatsache größtentheils die in Frage kommenden Mütter selbst die Schuld tragen, da sie es durch ihre zu häufige, durch Gras- und Holzholen bedingte Abwesenheit an der nötigen Pflege und Sorgfalt den Kleinen gegenüber fehlen lassen. Hätte der Herr geahnt, welche Wirkung seine Worte auslösen würde, so hätte er sie sicher unterlassen. Denn den zahlreich anwesenden Frauen und nicht nur solchen, die dieser Vorwurf direkt traf, ging derselbe so zu Herzen, daß sie in Weinen und Schreien ausbrachen. Nach Schluß des Gottesdienstes, außerhalb der Kirche, machte sich dann aber unter den Heimkehrenden beiderlei Geschlechts über diese „erkauften“ Silvesterpredigt die Entrüstung und Erbitterung in der ungewöhnlichsten Weise Luft, und es wäre nur zu wünschen gewesen, der Herr Pfarrer hätte das Urteil über diese seine — gesunde — Entgegnung, wie auch seine sonstigen während der Predigt gegen die hiesige Bevölkerung erhobenen Vorwürfe und antipathischen Bemerkungen aus nächster Nähe mit eigenen Ohren angehört, er würde sich in Zukunft zweifellos von solchen Anwandlungen fernhalten. Wenn man sich die schon seit Jahrzehnten nicht mehr dagewesene außerordentliche Hitze vergegenwärtigt, die nicht nur in unserer Gemeinde, sondern allüberall, fast auf dem ganzen Erdenrund, so viele Opfer forderte und besonders bei den Kindern zum Wüthegengel wurde, so ist es geradezu unverständlich, wie gegen die betreffenden Mütter, welche die Sorge um die Familie auf einige Stunden während des Tages hinaus in den glühenden Sonnenbrand trieb, ein derartiger Vorwurf erhoben werden konnte, noch dazu von Seiten ihres Seelförger. Daß sich der Darmkranke, der in den meisten Fällen die Todesursache bei den Kindern im Säuglingsalter bildet, bei einer derartigen Hitze und Trockenheit der Luft auch bei der aufopferndsten Pflege nicht verhindern läßt, ist ja so allbekannt, daß jedes weitere Wort zur Beweiskführung als überflüssig betrachtet werden kann. Wie weisen deshalb den uns gemachten Vorwurf der Verletzung unserer Mutterpflicht ebenso bestimmt als entschieden zurück und hoffen, daß wir in Zukunft von derlei Unterstellungen von der Kanzel herab verschont bleiben mögen.“

Ein netter Seelförger, der die arbeitenden Mütter verantwortlich macht für das allzufrühe Absterben ihrer Kinder. Das Elend treibt die Mütter hinaus in den Wald, in die Fabriken, hier erntieren sie sich ihre Gesundheit, und die armen Kleinen bleiben sich allzufrühe selbst überlassen. Folgt der Rot das Sterben der Kleinen, dann erhebt in geistlicher Darmberzigkeit ein kinderloser Geistlicher sein Haupt und verdammt die Mütter — nicht die Rot!

Frauenstimmrecht

in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

In sechs Staaten des Bundes ist die politische Gleichberechtigung der Frauen bekanntlich durchgeföhrt worden, zuletzt in Kalifornien. Die wichtigsten, stark bevölkerten Staaten im Osten der Union haben kein Frauenwahlrecht; es sind dünnbesiedelte Weststaaten, in denen es gelang, durch Volksabstimmungen das Frauenwahlrecht zur Anerkennung zu bringen. So haben diese sechs Staaten nur eine Bevölkerung von 3.303.473 Personen. Nach dem Census von 1910 betrug die Bevölkerung der Vereinigten Staaten 91.402.151 Personen. Die Bewegung für die politische Gleichberechtigung der Frauen macht aber schnelle Fortschritte und sind in sechs weiteren Staaten die Vorbedingungen für die Einführung des Frauenwahlrechts sehr günstig. In diesen sechs Staaten ist aber die Bevölkerung fast doppelt so stark als in dem ersten halben Bundes, das von den Frauen erobert wurde, nämlich in der Zahl von 9.977.142 Personen. Und zwölf Staaten sind genau der vierte Teil des Bundes der Vereinigten Staaten. Im laufenden Jahre werden die Bürger von Wisconsin, Oregon und Kansas darüber abstimmen, ob Mann und Frau das gleiche Wahlrecht besitzen sollen. In Ohio und New Hampshire werden Versammlungskonferenzen in diesem Frühjahr stattfinden, die entscheiden sollen, ob die Bürger dieser Staaten im November über das Frauenwahlrecht eine Abstimmung vornehmen werden. In Nevada, wo das Staatsparlament sich bereits mit einer Vierfünftelmehrheit zugunsten der Frauen entschieden hat, wird — den Verfassungsbestimmungen dieses Staates gemäß — im Herbst eine zweite Abstimmung stattfinden, der dann nach zwei Jahren, also 1914, die endgültige Volksabstimmung folgen würde.

Man kann daraus erkennen, daß die Frauenbewegung gute Fortschritte zu verzeichnen hat. Und in den übrigen Staaten, wie z. B. in New York, dem wichtigsten Staat der Union, sind die Frauen unabhängig an der Arbeit, die politische Gleichberechtigung zu erringen. Nebenbei hätten die Frauen längst ihre Forderungen durchgeföhrt, wenn sie nicht in den eigenen Reihen heftigen Widerstand zu besiegeln hätten. Die Frauen der besitzenden Klassen sind zu einem großen Teil keine Freunde der Gleichberechtigung; auch in manchen anderen Schichten der weiblichen Bevölkerung begeistert man sich nicht dafür, weil man nämlich materielle Nachteile davon befürchtet. Man glaubt, daß viele Gesetze, die heute zugunsten der Frauen lauten, besonders in Bezug auf die Versorgung, abgeschafft werden könnten. Die Frauen der besitzenden Klassen fürchten Unbekanntheiten oder denken zu gering von ihren Geschlechtsangehörigen im Falle, als daß sie sich für die Gleichberechtigung begeistern könnten. Obendrein fühlen sie sich gleichberechtigt und versehen ihren Einfluß auch in der Politik geltend zu machen. — Trotz alledem macht aber die allgemeine Frauenbewegung stetige Fortschritte, ein Staat nach dem anderen wird erobert, und wo der Widerstand bisher am stärksten war, da schwillt auch die Bewegung immer mächtiger an, am schließlich doch alle Dämme zu durchbrechen.

Was nicht alles als Übertretung des § 153 der Gewerbeordnung angesehen wird.

In der Nummer 157 der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ in Kiel wurde vom Vorsitzenden der Zahlstelle Kiel des Glaserverbandes eine Sperrnotiz über die Firma Hermig in Kiel veröffentlicht. Am Schluss dieser Notiz hieß es: „Ein Glaser Schütz ist dort als Hausreißer tätig.“ Durch die Bezeichnung „Hausreißer“ fühlte sich Schütz beleidigt und er strengte Klage an gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volkszeitung“, Genossen Wielenberg, den damaligen Vorsitzenden der Zahlstelle, Glasergefeßen Blauert und den Glasergefeßen Berg. Blauert war der Verfasser und Berg hatte das schwere Verbrechen begangen, daß er im Auftrage des Wl. den inkriminierten Artikel der „Volks-Zeitung“ überbrachte. Es wurde dann auch gegen die drei Personen Klage erhoben nicht nur wegen Beleidigung, sondern auch wegen Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung. Die Strafkammer in Kiel verurteilte auch Wielenberg und Blauert zu je 50 M. Geldstrafe, gleichzeitig wurde Schütz die Publikationsbefugnis zugesprochen. Berg wurde freigesprochen, da ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er den Artikel vor der Veröffentlichung gekannt hat.

Die Urteilsbegründung ist interessant. Die Bezeichnung „Hausreißer“ sei eine Beleidigung und zwar nach § 186 des R.-St.-G. Das Gericht hielt auch den Wahrheitsbeweis dafür, daß Schütz als Hausreißer tätig war, erbracht. Trotzdem müsse aber Verurteilung erfolgen, weil Form und Inhalt des Artikels die Absicht der Beleidigung erkennen lassen. Blauert, als Mitglied des Glaserverbandes sei auch der § 193 zugebilligt worden, da er die Interessen seines Verbandes wahrnehmen wollte. Ob Wielenberg als Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung, die sich die Vertretung der Interessen der Arbeiter zum Ziel gesetzt hat, der Schutz des § 193 zugunsten sei, könne dahingestellt bleiben. Eine Verurteilung müsse schon deshalb eintreten, weil die Absicht der Beleidigung vorliege. Der Artikel stelle auch eine Ehrverletzung dar, durch die der Kläger gezwungen werden sollte, dem Glaserverband beizutreten.

Dabei war Schütz eigentlich noch Mitglied, wennigstens hatte er seinen Austritt noch nicht erklärt und gestrichen war er auch noch nicht. Er selbst sagte allerdings vor Gericht, er sei mit seinen Beiträgen im Rückstande gewesen und wolle sie nicht noch bezahlen, deshalb sahnte er sich nicht mehr als Mitglied.

Verfassungen.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter (Zahlstelle Berlin) hielt am Sonntag im Gewerkschaftshause eine gut besuchte Generalversammlung ab. Sodapp erstattete den Geschäftsbericht. Das 4. Quartal war in wirtschaftlicher Hinsicht das ungünstigste, welches jemals zu verzeichnen war. Das wurde auch durch den Bericht vom Arbeitsnachweis bestätigt. Umfangreiche Lohnbewegungen fanden im Vorjahre nicht statt, doch hatte es zahlreiche Arbeitslosigkeit mit den Unternehmern gegeben, die in einigen Fällen sogar zu Arbeitsverstellungen führten. Der Organisationsleitung gelang es in fast allen Fällen, die Differenzen zur Befriedigung der Beteiligten beizulegen. Der Streik in der Goldader-Mühle wurde ergebnislos abgebrochen worden. — Die Organisation feierte im Berichtsjahre ihr 25jähriges Jubiläum. Sie hat sich auch im Jubiläumsjahre gut orientiert, wenn auch der Mitgliederstand nicht im guten Verhältnis zu dem im Jahre gemachten Aufnahmen steht. Am 1. Januar 1911 zählte die Zahlstelle 4588 Mitglieder, am Schlusse des ersten Quartals 4610, am Schlusse des zweiten 4619, am Schlusse des dritten 4629 und am Jahresabschluss 4665 Mitglieder. Der Jahresdurchschnitt betrug somit 4622. Aufnahmen wurden im Laufe des Jahres 990 gemacht und von anderen Gewerkschaften übergetreten sind 143 Mitglieder. Beiträge wurden 229 665 bezahlt, das macht pro Mitglied 49,6 Beiträge oder überhaupt 95,5 Proz. der Sollbeiträge. Zur Erledigung der Organisationsgeschäfte fanden 21 Mitgliederversammlungen, 330 Betriebsversammlungen, 89 Vorstandssitzungen, 167 Unterhandlungen mit Unternehmern und 268 Agitationsversammlungen statt. Das Bureau des Verbandes wurde im Jahre von 29 067 Personen besucht und der Arbeitsnachweis des Verbandes in 16 118 Fällen von den Mitgliedern in Anspruch genommen. 6006 mal wurden Unterstützungen erhoben; die Bibliothek wurde nur 714 mal benutzt. Im Berichtsjahre wurden nur 953 Bücher ausgeliehen gegen 1029 im Jahre 1910. Durch den Arbeitsnachweis des Verbandes wurden vermittelt:

Table with 2 columns: Quarter and Number of positions. Q1: 89 feste and 200 Stützstellen; Q2: 76 and 223; Q3: 70 and 449; Q4: 27 and 94; Total: 207 feste and 1066 Stützstellen.

Kaffner erstattete den Kassensbericht, der für das 4. Quartal gedruckt vorliegt. Die Abrechnung der Verbandskasse weist an Einnahmen aus den Beiträgen und Aufnahmegebühren 30 340,80 M. auf. Die Ausgaben belaufen sich auf 19 691,94 M., darunter 8066,67 M. für Krankenunterstützung und 5980,40 M. für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung. Die Lokalkasse hat eine Einnahme von 7782,11 M. gehabt, der eine Ausgabe von 8033,87 M. gegenübersteht, so daß also eine Mindereinnahme von 251,26 M. zu verzeichnen ist. Der Bestand der Lokalkasse hat sich dadurch auf 60 287,61 M. reduziert. Die Zahlstelle erhebt einen Lokalarbeitrag von 10 Pf. pro Woche für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder, gemährt aber dafür einen Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung von 50 Pf. bzw. 25 Pf. pro Tag, außerdem Sterbegeld und Beihilfen bei Sterbefällen von Familienmitgliedern. Die lokale Arbeitslosenunterstützung bezifferte sich im letzten Quartal auf 2684 M., im Jahre 1911 auf 7488,95 M. Sterbegelder und Beihilfen wurden im 4. Quartal 905 M., im ganzen Jahr 8738,55 M. bezahlt. Die Jahreseinnahme aus den Lokalarbeitsträgen belief sich auf 22 176,95 M., wovon 11 226,80 M. oder 50,6 Proz. der Einnahmen für lokale Unterstützungen ausgegeben wurden.

Die Debatte über die Berichte wurde auf die nächste Versammlung verschoben und die Wahlen vorgenommen. Es wurden gewählt: In den Ortsvorstand Sodapp, 1. Vorsitzender; Schuldt, 2. Vorsitzender; Kaffner, 1. Kassierer; Schwedler, 2. Kassierer; Großhuf, 1. Schriftführer; Nötzig, 2. Schriftführer; Wilhelm Richter, Knappe, Willi Schmidt, Peichow und Paulalla, Beisitzer. Die bisherigen Revisoren Georg Ernst, Karl Müller und Georg Reichard wurden wiedergewählt. Außerdem wurde noch eine Vergütungskommission gewählt.

Aus aller Welt.

Einer, der sich rühmt, Menschen erschossen zu haben.

In Nr. 1 der „Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Jagdschützenvereins“ (Hannover, Verlag von Dr. Max Jänede) vom 10. Januar findet sich folgendes Inserat:

Wahrung! Suche Stelle als Jäger usw., 31 Jahre alt, verheiratet, keine Familie, in jedem Fach der hohen wie Niederjagd erklafft, auch forstliche Kenntnisse. Aus prima Zeugnisse und Referenzen. Besitzer des Ehrenbüchsenjägers und Ehren diploms. Viel Wilderer zur Verstrafung gebracht und zwei Wilderer erschossen, erstklassig im Raubzugfang, mit allen Roden vertraut, habe scharfe Augen, bin sicherer Schütze, tollstoll ausdauernd, treu, ehrlich und nüchtern. Antritt jederzeit, letzte Stelle 12 Jahre. Off. mit Gehaltsangeboten, welche so sein müssen, daß man Familie ehrlich und anständig ernähren kann, an Hebr. jäger Jagemann, Schmallsenberg (Sauerland).

Es ist schon schlimm genug, wenn man in der Notwehr einen Menschen so niedertrifft, daß er dabei umkommt, und bei normalem Empfinden wird man bei aller Abhärtung daran doch immer nur mit scheuem Bedauern denken. Wie man sich aber der Tötung zweier Menschen, selbst wenn es sich um „Wilderer“ handelt, noch empfehlend rühmen kann, dafür fehlt uns jeder Begriff. Das beweist uns nur, wie sehr das Jagdhandwerk gewisse Charakterseiten abstumpfend beeinflusst.

Schweres Grubenunglück.

Beim Schichtwechsel am Sonnabendnachmittag auf der Zeche Graf Bismarck bei Gelsenkirchen ereignete sich auf Schacht 2 und 4 ein schwerer Unglücksfall. Vier Bergleute, welche gegen das Verbot einen zur Kohlenförderung bestimmten Fahrstuhl benutzten, stürzten infolge des Reißens des Seiles in die Tiefe. Einer der Arbeiter war sofort tot, zwei andere starben auf dem Transport aus der Grube und der vierte bei seiner Einlieferung in das Krankenhaus.

Folgschwere Dynamitexplosion.

Am Sonntagmorgen gegen 5 Uhr ereignete sich auf der Reubau-Strecke der Hauptbahn Weidenau-Dillenburg beim Bau des

3700 Meter langen Tunnels zwischen Ruderdorf und Dillbrecht im Sohllochen des Lummeleingangs auf der Dillbrechter Seite eine schwere Dynamitexplosion. Vier Arbeiter waren sofort tot, einer wurde am Kopf leicht verletzt. Die Explosion ist dadurch hervorgerufen, daß eine oder mehrere Patronen eines Schusses im untersten Ende des Bohrloches in einer sogenannten Welle oder Wuche stecken geblieben sind. Bei der Herstellung des Planms für das vorzustehende Arbeitsgleis hat ein Arbeiter die Patronen dann offenbar mit der Wichelhade getroffen und zur Entzündung gebracht. Da die Explosion etwas unter Wasser erfolgte, wurde die verheerende Wirkung verstärkt. Von den Verunglückten sind ein Toter und der Verletzte Deutsche. Der Tote hinterläßt Frau und drei kleine Kinder. Die drei anderen Toten sind Ausländer.

Eisenbahnkatastrophe in Nordamerika.

Ein Schnellzug der Illinois-Zentralbahn stieß am Montag in voller Fahrt von hinten auf einen Personenzug, der angehalten hatte, um Wasser einzunehmen. Der frühere Präsident der Illinois-Zentralbahn Harahan und Melcher, der zweite Vizepräsident, ferner Pierce, der Hauptanwalt der Rockland-Eisenbahn und ein Sohn des früheren Kriegssekretärs Wright wurden getötet, zwanzig andere Reisende verletzt. Die vier Getöteten schliefen in Melchers Privatwagen, der an den Personenzug angehängt war.

Vier Deutsche ertrunken.

Durch Kentern eines Bootes kamen im Hafen von Rio de Janeiro vier Angestellte des Norddeutschen Lloyd, der dritte Offizier Schneider aus Krefeld, der Schiffarzt Dr. Hans Friedrich aus Lübeck und die Zahlmeister Baldow aus Königsberg und Wahlen aus Werden a. d. Ruhr ums Leben. Die drei Erstgenannten gehörten zur Besatzung des Lloyd dampfers „Halle“. Wahlen war Zahlmeister an Bord des Lloyd dampfers „Krefeld“. Die Leichen von Schneider, Dr. Friedrich und Wahlen sind geborgen und am Sonnabend sowie Sonntag in Rio de Janeiro beigesetzt worden. Die Leiche von Baldow konnte bisher noch nicht geborgen werden. Baldow und Wahlen waren verheiratet.

Kleine Notizen.

Reifeexplosion. In der Hamburger Löwenbrauerei explodierte am Sonntagabend ein Kessel. Ein Heizer wurde getötet, ein Leberling schwer, mehrere Passanten leicht verletzt. Das Kesselhaus ist vom Erdboden verschwunden. Die übrigen Fabrikgebäude wurden stark beschädigt, die Trümmer über 100 Meter weit geschleudert.

Ein norwegischer Schoner gesunken. Der Fischdampfer „Senator Diesel“ hat in Kuzhaben den Kapitän Engelbertsen und vier Mann von dem norwegischen Schoner „Penda“ gelandet, der auf der Fahrt von Dystart nach Sandefjord unter 60 Grad nördlicher Breite und 8 Grad östlicher Länge gesunken ist. Der Steuermann und ein Matrose des Schoners sind ertrunken.

Zwanzig neue Erdstöße. Wie aus Stuttgart gemeldet wird, wurden in Ehingen am Sonntagmorgen um 12 Uhr 45 Min. und 2 Uhr 45 Min. zwei Erdstöße, die von starkem Getöse begleitet waren, verspürt.

Durch Streik zum Mörder geworden. Nach einem Wirtschaftsstreit überfiel in Liebenberg (Sachsen) auf der Straße ein Mann namens Lauber den einundzwanzigjährigen Wenzel Sattler, tötete ihn durch mehrere Messerstiche und warf die Leiche in einen Bach. Der Mörder ist verhaftet worden.

Liebestragödie. Am Langsee an der Breecher Chaussee im schlesischen wurden gestern die Leichen eines Mannes vom Kreuzer „Dresden“ und seiner Geliebten mit Schußwunden aufgefunden.

Opfer des Eises. Auf dem Ems-Jabelanal sind Sonntag bei Nahe ein junger Mann von 17 Jahren und ein 25 Jahre altes Dienstmädchen beim Eislaufen in eine offene Stelle geraten und ertrunken.

Ein neuer Weltrekord in der Aviatik. Mit einem Flug von 2 Stunden 2/4 Minuten hat gestern Diplomingenieur Gullich in Johannisthal auf einem Curtissbinder einen neuen Dauertweltrekord für den Flug mit zwei Passagieren aufgestellt. Die bisherige Höchstleistung war ein Flug von 1 Stunde 38 Minuten.

1912 Arbeiter-Notiz-Kalender. Reichhaltiger Inhalt. U. a.: Alle für Arbeiter wichtigen Adressen. Porträts der im letzten Jahre gestorbenen Genossen Hermann Borgmann, Emma Ihrer, Gabriel Loewenstein und Paul Singer. Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach der Reichsversicherungs-Ordnung. Winke für die Reichstagswahlen. Die Gewerkschaften im Jahre 1910. Kalendarium sowie Geschichts-Kalender mit Portofaxe, Notizbuch. Preis gebunden: 50 Pfennig. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden).

„Hoffnung“ 107/11. Berliner Schneiderei-Genossenschaft, E. G. m. b. H. gegründet von organisierten Schneidergehilfen Berlins. BERLIN N. Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor). Großes Lager fertiger Ulster, Paletots, Anzüge und Joppen. Elegante Maßenfertigung. Eigene Betriebswerkstätten. Lieferant der Konsum-Genossenschaft und des Arbeiter-Radfahrerbundes. Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden). Für die Reichstagswahlen 1912 Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1907-1911. Preis geb. 5 Mark. Wahllügen der bürgerlichen Parteien. Eine Sammlung und Widerlegung der von den bürgerlichen Parteien zur Verleumdung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Vertreter verbreiteten Lügen. Zweite veränderte Auflage. Preis geb. 3 Mark. Die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner. Das Buch bringt eine Zusammenstellung von Urteilen, die von gegnerischer Seite über die Sozialdemokratie gefällt worden sind und zwar Urteile günstiger Art. Ein ausführliches Register erleichtert das Nachschlagen. Preis geb. 2 Mark. Wahlkampf! Die Sozialdemokratie und ihre Gegner. Von Georg Gradnauer. Preis brosch. 2 Mark.

Zur Stichwahl im Kreise Potsdam-Osthavelland.

Zu einer wichtigen Tat werden die Wähler des Kreises Potsdam-Osthavelland am Donnerstag, den 25. Januar, gerufen. An diesem Tage haben es die stimmberechtigten Bürger dieses bisher von einem konservativen vertretenen Kreises in der Hand, darüber zu entscheiden, ob auch ferner ihr Schicksal in die Hände eines volksfeindlichen Vertreters gelegt werden soll oder nicht.

Bei der Hauptwahl haben bereits 21 505 Wähler für den sozialdemokratischen Kandidaten

Dr. Karl Liebknecht

gestimmt, während auf den Reichsparteiler Vosberg 12 088 und auf den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei 11 063 Stimmen abgegeben wurden.

Schon das imposante Stimmenergebnis für unseren Genossen Dr. Liebknecht macht es jedem Arbeiter und Parteigenossen zur gebieterischen Pflicht, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß der sozialdemokratische Kandidat am Donnerstag als Sieger aus der Wahl hervorgeht.

Die Gegner sind mit allen Mitteln der Lüge und der persönlichen Verleumdung unseres Kandidaten bemüht, nochmals das Mandat an sich zu reißen.

Macht dieses Vorhaben zunichte!

Seht der grenzenlosen Niedertracht und demagogischen Kampfmethode unserer Gegner die klare und unermüdliche Werbearbeit für unsere Partei zum Siege des sozialdemokratischen Kandidaten

Dr. Karl Liebknecht

entgegen.

Auf zum Kampf, auf zum Sieg!

Partei-Angelegenheiten.

Stichwahlhilfe in der Provinz Brandenburg.

Heute, Dienstag abend 8 Uhr: Tourenerteilung für Landsberg-Soldin bei Merkowitz, Andrastraße 26. Frankfurt-Lebus

Kalan-Luskan bei Gste, Schönleinstr. 6.

Die Einteilung für die übrigen Kreise ist erledigt.

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg.

Der Aktions-Ausschuß Groß-Berlin.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr öffentliche Versammlung im Volkshaus, Rosenstraße 8. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. Mose über „Auf zum neuen Kampf!“ 2. Freie Aussprache. Um zahlreichem Besuch bitten Der Vorstand.

Friedenau. Am Mittwoch, den 24. Januar, abends 7 Uhr, von den Bezirkslokalen aus: Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Weißensee. Mit dem heutigen Tage liegen die Gemeindegewählertlisten außer auf dem Rathaus während der Dienststunden von 8 bis 3 Uhr, auch noch beim Genossen Peulert, Berliner Allee 261, aus. Die Bezirksleitung.

Bezirk Neuenhagen. Die Gemeindegewählertliste liegt noch bis zum 30. Januar im hiesigen Gemeindebüro wochentags von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 2-6 Uhr nachmittags sowie am Sonntag von 9-12 Uhr vormittags aus. Auch kann die Abschrift der Liste während des ganzen Tages beim Genossen Leh eingeholt werden.

Rosowes. Die Mitglieder des Wahlvereins, welche über freie Zeit verfügen, werden ersucht, sich Donnerstag, den 25. Januar, am Stammtisch im Goldam dem Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen. Zu melden haben sich die Genossen vorher beim Genossen Staab in Potsdam, Junkerstr. 75, oder am Donnerstag von 8 bis 9 Uhr bei Glaser, Kaiser-Wilhelm-Str. 26. Mitgliedsbuch mitnehmen. Der Vorstand.

Spandau. Die für heute, Dienstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Pichelsdorf angelegte öffentliche Wähler-versammlung fällt umstandshalber aus; es findet dafür morgen Mittwoch, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, je eine öffentliche Versammlung bei Vorkardt, „Restaurant Ewald“, Seeburger Straße 26, und bei Emil Kopenick, „Restaurant Flora“, Pichelsdorfer Str. 80, statt. Referenten werden in den Versammlungen bekanntgegeben. Das Wahlkomitee.

Spandau. Mittwochabend 7 Uhr findet von allen Bezirkslokalen aus Flugblattverbreitung statt, an der sich die Genossen zahlreich beteiligen wollen.

Berliner Nachrichten.

Vor dem Schloß.

Das Volk hat über die gründlich verfaßene deutsche Reichspolitik zu Gericht gesessen. Der Urteilspruch ist vernichtend. Und droben im altersgrauen Schloßgemäuer an der Spitze wurden wenig später Belohnungen erteilt an viele Hunderte, die stets bereit sind, dem Volke in den Rücken zu fallen. Das aufgeklärte Volk überläßt es der Satire, ihre Glossen zu machen, wie immer noch ein recht großer Teil der Menschheit in Knechtlichkeit erstirbt vor solchen blühenden Tand und vor den Stellen, die ihn allzu spendabel wie Zunderfrüchteln für artige Kinder umherzustreuen. Sonntag fand die alljährliche patriotische Kapballgerei vor den Thronstufen wieder mal ihre Bestätigung. Mehr als Viertausend im Schloßpark der Königstreue haben in der preussischen Ordenslotterie ihren Gewinn eingeholt. Die nähere Schloßumgebung zeigte das an solchem Tage nun schon chronische Bild. Vom frühen Morgen an marschierten nicht zu knapp Schutzmänner auf, die sich mit jeder Stunde mehrten wie die Wangen. Sagow der Große wollte wenigstens dem Hofe programmäßig seine behelmte Macht beweisen, die zum Schutze der Bevölkerung so häufig ins Spreewasser fällt. So gab es schon ein amüsiertes Lächeln, ehe knistriebliche Erzählungen in froher Erwartung durch das Schloßportal stetzten und die antiquierte Galafutischen-Maskerade begann. Zur Bewunderung höfischen Brunkes hätte man wohl gern mehr Volksfesttage gesehen. Es war herzlich wenig da. Der deutsche Nischel, dem heute die Bispelmüge so fest über den Ohren sitzt, schwärmt nicht für

Feste, auf denen man sein kostbares Geld verpulvert. Die üblichen Maulaffen mit wehenden Leibentüchern zählen nicht mit. Und wenn die Kamarillenschieber, die Ministerial-Drahtzieher, die frühlingsorientierten ostelbischen Wahlritter von der Zigarrenliste, die in ihren Harlekinuniformen von da oben ins „Voll“ lugten, oder die zahlreichen Gentlemen in Polizeizivil, die deutlich erkennbar ihre Späherblicke unsterblich umherirren ließen, einen kleinen Stichwappputz erhofft hatten, um nächstens auch ein Vögeln zu fangen, — unser ehrlichstes Beileid!

Auf der Straße vertreibt man sich die Zeit mit Skalauern. Da drüben heute der hundertste sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete vorweg mit Seft besessen, läßt sich ein biederer Kosselener vernehmen. „Ree, se knobeln bloß aus,“ wipelt es weiter, „ob Wetmann den „Schwarzen“ oder den „roten“ Adlerorden besser verdient hat. Nächstens soll auch 'n „blauer“ feiltitt werden!“ Als zufällig ein Leichenwagen vorüberrollt, heißt es: „Da fahren se den Sarg for de Reaktion!“ Schlagfertig fällt ein anderer ein: „Oder die Kiste mit de abgelebten freisinnigen Orden!“

Gegen Mittag wird die bunt zusammengewürfelte Gesellschaft der neugebadenen „Mitter“ rangiert zur Cour. Mit taktvoll abgemessenen Beremonien sind die Ordensproleten, ohne die Gnadenzone gesehen zu haben, schon lange vorher nach der Schloßkapelle abgeschoben worden. Hier stehen sich die bloß „allgemein Geehrten“ Blutblasen und faulen verstopften an der mitgebrachten Frühstücksemmel. Erst in dritter Nachmittagsstunde, wenn die Seele ihr Futter weg hat, öffnen sich die Schleusen der Hockfische. Neulinge auf dem glatten Parkett, zum ersten Male behänderte Staats-Nachtwächter erzählen noch wochenlang von der Rassenpöppelei bei Kaiser's. Ob auch an der Staatstafel, wo die Sterne allererster Ordnung strahlen, die Festlaune so rosig gewesen ist? Ob nicht der „Schampus“, mit dem der Ordensherr das Wohl der neuen Ritter und Inhaber trinkt, ein bißel sehr nach sauren Trauben geschmeckt hat? Der Hockalender hat sich schlechte Tage zum Festfeiern ausgesucht. Rings um die Sonne war Leichenbitterstimmung. . . Menetekell

Minwinter.

Früher, bis vor zwei Jahrzehnten etwa, war immer schon der Dezember ein rechter Wintermonat mit Schnee und Eis und Schlittenslang. Aber mit der Welt ändert sich auch das Wetter ein wenig. So um Weihnachten herum sah es bei uns so grün aus, wie nicht immer zur Osterzeit, und nicht ganz taufste Hasen hätten wahrlich in Versuchung kommen können, ihre Osterer drei Monate zu früh zu deponieren. Am Buschwerk in geschützten Lagen, z. B. beim Bahnhof Grunewald, konnte man zollange grüne Triebe des Hollunders mit bereits ausgebildeten Blättern finden. Der Dezember ist bei uns eben nur noch ausnahmsweise ein Wintermonat, aber der Januar ist's noch immer und er hat mit einem einzigen kalten Hauche dem vorwärtigen Frühjahrsputz ein Ende gemacht. Fort sind die grünen Sprosse, noch rechtzeitig genug, und das Reich der Pflanzen findet nun die notwendige Ruhe, seine Kräfte aufzureifen, bis Schnee und Frost ihre Schuttbildung getan haben.

Aus dem Grunewald wurde ein Robelpart und wenigstens zeitweise sieht man mehr Schlittensfahrer auf den Wegen und Hängen, als Schlittschuhläufer auf den Seen. Gegen die Gewässer und andere Senkungen herab laufen viele kleine und größere Schluchten, die die Schmelzwasser der letzten Eiszeit als Andenken hinterlassen haben. Diese Schluchten werden mit Leidenschaft als Robelbahnen ausgenutzt — ein moderner Sport auf uralten Gleisen.

Noch liegt der Schnee breit ausladend unter den Niefen und nur die viel begangenen Wege dunkeln in der hellen Fläche und die braunen Stämme zeichnen sich ab wie herausmodelliert. Aber das scharfe Licht wird gemildert durch den schwachen bläulichen Dunst, der überall die weitere Fernsicht beeinträchtigt und die Linien mildert. Denn das Barometer fällt bereits wieder und das Thermometer steigt. Während die Tinte dieser Zeilen in Druckerschwärze gewandelt wird, weicht vielleicht draußen schon das weiße Feld einem grauen schmelzenden Gemisch. Aber der Winter ist damit nicht zu Ende. Der Februar pflegt dem Januar nur wenig nachzugeben und wir wollen es ihm nicht verargen, wenn er sein Recht wahrnimmt, denn wir werden uns dann eher eines genießbaren Frühlings und eines angenehmen Sommers zu erfreuen haben. Der letzte Juli und der gegenwärtige Januar zeigen es, daß wir in unseren Breiten etwas vom tropischen und etwas vom Esbären-Klima vereinigen. Und das ist gut so, denn gerade dieser Wechsel ist es, der die Spannkraft des Kulturmenschen in ständiger Tätigkeit erhält, während sie unter dem Äquator erschlafft und im hohen Norden erfriert.

Die Bevölkerungszahl Berlins hat in dem eben abgelaufenen Jahr 1911 sich nicht sehr beträchtlich erhöht. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Fortschreibung, das durch nachträgliche Meldung von Geburten und Sterbefällen sowie von Zu- und Wegzügen sich nicht mehr nennenswert ändern wird, hatte am Schluß des Jahres 1911 Berlin 2 082 891 Einwohner gehabt. Da das Jahr 1910 mit 2 071 907 Einwohnern abschloß, so ergab sich für 1911 ein Plus von nur rund 11 000. In den letzten fünf Jahren war der Bevölkerungszuwachs für Berlin sehr ungleich, ja in einem dieser Jahre kam es infolge Nachlassens der Zugänge überhaupt nicht zu einer Mehrung, sondern zu einer Minderung der Bevölkerungszahl. Nachdem noch das Jahr 1906 ein Plus von 31 119 gebracht hatte, ergab sich für 1907 plötzlich nur noch ein Zuwachs von 2016, für 1908 sogar ein Rückgang und zwar um die sehr bedeutende Zahl von 10 103, für 1909 wieder ein Zuwachs, aber nur erst von 236, für 1910 ein weiterer Zuwachs, diesmal von 14 297, und jetzt für 1911 ein Zuwachs von rund 11 000. Die Bevölkerungszahl Berlins hat seit Ende 1906, wo sie auf 2 073 521 berechnet wurde, in den fünf Jahren bis Ende 1911 sich schließlich nur um 9370 erhöht. Desto mehr haben allerdings die näheren Vororte zugenommen.

Aus dem „Kinderhaus“

wird uns eine Klage vortragen, die für manchen unserer Leser von Interesse sein dürfte. In diesem Hause, das auf dem Grundstück Ullmannstr. 97 steht und Eigentum des Kinderarztes Prof. Neumann ist, sind verschiedene Einrichtungen zur Kinderpflege und Kinderheilung vereinigt. Auch eine der Säuglingsfürsorgestellen, die von der Stadt unterhalten werden, ist hier hineingelegt und der Leitung des Prof. Neumann unterstellt worden. Die anderen Einrichtungen des „Kinderhauses“ sind private Unternehmungen des Prof. Neumann, der sie nach eigenem Ermessen leitet und Gewinn oder Verlust seinem eigenen Konto zu buchen hat. Das gilt auch von seiner im „Kinderhaus“ betriebenen Poli-

klinik. Wer sie benutzen will und unentgeltliche Behandlung erwartet, muß selbstverständlich wie in allen Polikliniken — sich die Frage nach seinen Einkommensverhältnissen gefallen lassen. Die Polikliniken sollen ja nur unbemittelten Personen ihre unentgeltliche Hilfe gewähren, und daß sie an diesem Grundsatz festhalten, ist ein immer wiederholter Wunsch der privaten Ärzte, die sich ihre zahlungsfähigen Patienten nicht entziehen lassen möchten. In den Polikliniken, die den großen öffentlichen Gesundheitsdienst des Staates und der Stadt angegliedert sind, wird der Begriff der „Unbemitteltheit“ wohl nicht immer so eng umgrenzt, wie private Ärzte es fordern. Bei Herrn Prof. Neumann aber wird man sich nicht wundern dürfen, wenn er an die Besucher seiner Poliklinik einen strengeren Maßstab anzulegen für nötig hält. Er allein hat darüber zu bestimmen, was in seinem „Kinderhaus“ als unentgeltlich gelten soll, und keiner wird ihm Abweichungen zahlungsfähiger Personen verargen können. Zu wünschen ist aber, daß in der Bevölkerung möglichst bekannt wird, was man im „Kinderhaus“ unter Umständen zu erwarten hat.

Ein Maurer W., der bisher das „Kinderhaus“ für eine öffentliche Anstalt gehalten hat, teilt uns mit, welche Erfahrungen er dort gemacht hat. Er bittet um, sein Erlebnis bekannt zu geben als Warnung für andere Arbeiter, die etwa mit ihren Kindern die Neumannsche Poliklinik aufsuchen wollen. Das Kind dieses Maurers W., hat — so verstand er den untersuchenden Arzt — in der Kasse eine Furchung, zu deren Beseitigung ein operativer Eingriff nötig wäre. Der Vater meinte, daß die Kosten zu groß für sein Portemonnaie sein würden, aber der Arzt (sahen anderer Ansicht zu sein. Als W. auf die zunächst an ihn gerichtete Frage nach seinem Beruf sich als Maurer bezeichnete, sagte der Arzt: „Maurer? Und dann suchen Sie eine Poliklinik auf!“ W. versichert uns, der Arzt habe hinzugefügt: „Zu uns kommen nur Leute mit Armenattee!“ Aber das wird gewiß ein Irrtum sein. Auf W.'s Angabe, daß er schon seit drei Wochen arbeitslos sei, erwiderte der Arzt: „Na, da müßten Sie doch im Sommer soviel verdienen!“ W. empfand diese Bemerkung als einen Vorwurf. Dem Arzt fehlte wohl das rechte Verständnis dafür, wie einem Maurer zumute ist, der Mitte Januar die ersten drei Wochen Arbeitslosigkeit hinter sich hat und noch wiederholt recht harte Wintermonate vor sich sieht. Daß in solcher Lage jeder Arbeiter seine paar Groschen zusammenzuhalten sucht, das kann man sich ohne weiteres denken. Es scheint übrigens, daß auch der Arzt das hinterher eingesehen hat. W. hatte aus der Unterredung mit dem Arzt anfänglich den Eindruck gewonnen, daß die Vornahme des operativen Eingriffs abgelehnt werde, weil er als Maurer „im Sommer soviel verdient“ haben müsse. Als dann der Arzt nachher doch erklärte: „Na, wir können ihn ja operieren“, dankte W. für die angebotene Hilfe und verließ das „Kinderhaus“. Er entschloß sich, eine öffentliche Anstalt aufzusuchen und sein Kind einer Poliklinik zuführen, die den Begriff der „Unbemitteltheit“ weniger eng zu ziehen genötigt ist.

Wir können nur jedem Arbeiter raten, von vornherein die privaten Polikliniken möglichst zu meiden. In öffentlichen Anstalten ist man im allgemeinen doch wohl weniger geneigt, Mitte Januar bei 15 Grad Kälte einen für sein Kind um ärztlichen Beistand bittenden Maurer zu befehlen, daß er „im Sommer soviel verdient“ haben müsse. Uebrigens wird die unentgeltliche Behandlung, die manchem als große Wohlthat erscheint, meist dadurch abgelehnt, daß der unentgeltlich behandelte Patient sich zum Studienobjekt hergibt. Was der Arzt an Unbemittelten lernt, bewertet er nachher bei der Behandlung bemittelter Leute, die dem Arzt seine „reichen Erfahrungen“ dann um so höher zu bezahlen haben. Auf diese Weise ist vielleicht schon mancher unentgeltlich behandelte Patient schließlich zum „Wohltäter“ der Ärzte geworden.

Glätteis.

Nach einer langen Periode der Kälte und des Frostes, die 14 Tage hindurch angehalten hat, trat am Sonntag ein plötzliches Nachlassen der Kälte ein. Bereits am Sonntagmorgen zeigte das Thermometer mehrere Wärmegrade, und die Sonne, die wohlthuend warm auf die weißen Schneeflächen herniederstrahlte, taufte in den Mittagsstunden beinahe Frühlingwetter vor. Gegen neun Uhr abends fiel feuchter Nebel, der sich dann in einen anhaltenden Sprühregen verwandelte und im Nu das so gefährliche Glätteis schuf. Wer gestern abend noch auf die Straße hinaus mußte, hielt sich an den Hausmauern oder staspte von Baum zu Baum, von Katerne zu Katerne vorwärts, um ab und zu wenigstens einen Stützpunkt auf der abschüssigen, spiegelglatten Fläche zu finden. Besonders bemerkbar machte sich das Glätteis in den weniger beleuchteten Straßen des Westens und des Südwestens. Geradezu gefährlich wurde es in den abschüssigen Straßen des Nordens, in der Nähe des Gesundbrunnens. Hier ereigneten sich im Laufe der Nacht die meisten Unfälle und der Verkehr war hier gleich Null. Zahlreiche Personen verunglückten in der Nacht und mußten die Hilfe der Anfallstationen, Rettungswachen und Krankenhäuser in Anspruch nehmen. Im ganzen wurden in Groß-Berlin in der heutigen Nacht nicht weniger als 65 Personen behandelt, die alle möglichen Verletzungen, von einfachen Quetschungen bis zu den kompliziertesten Knochenbrüchen, davongetragen hatten. Acht Personen mußten in Krankenhäuser geschafft werden. Erst gegen 11 Uhr abends setzte ein ziemlich starker warmer Regen ein, der die ganze Nacht anhielt und das Glätteis zum Schmelzen brachte. Mit dem einsetzenden Tauwetter sind die Naturereignisse auf dem Müggel- und Wannsee recht unfröhlich geworden, wenn auch das Eis sich noch einige Tage halten dürfte. Hier und da aber zeigen sich doch schon schwache Stellen in der bis gestern so spiegelglatten gehängigen Eisfläche und machen den Schlittschuhsport stellenweise zu einer Gefahr.

Die Ehrung der Toten und die christliche Kirche.

Die Gräber der drei Genossen Robert Rauen, Paul Hensel und Otto Pachmann, die, wie in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ ausführlich geschildert worden ist, vor 25 Jahren, am 23. Januar 1887, in der Ausübung ihrer Parteipflichten von einem jüden Kede erteilt wurden, waren am Montagmorgen mit Kränzen prächtig geschmückt. Die Kränze trugen breite rote Schleifen mit Inschriften in Gold, und weithin leuchtete der Schmutz der Gräber. Das sollte unzulässig sein, wie der Kirchhofverwalter behauptete, der Kirchenrat des St. Pauluskirchhofes in der Seestraße bulde es nicht. Eine Kommission des Kirchenrats war am selben Tage auf dem Kirchhofe, zufällig, wie behauptet wird, und sah die geschmückten Gräber. Man nahm Anstoß an den roten Schleifen; diese wurden zusammengestoßen und unter dem Grün möglichst versteckt. Als die Witwen der Verstorbenen kamen, das Grab zu besuchen, wurde ihnen aufgegeben, die Schleifen zu entfernen, widrigenfalls sie fortgenommen würden, weil sie von roter Farbe seien. Auf die Frage an den Kirchhofverwalter, ob die Schleifen einen Tag liegen bleiben könnten, wenn sie umflort würden, verlangte er, daß die Witwen ihm erst eine schriftliche Erlaubnis des zuständigen Geistlichen vorlegen. Man hat die Toten im Leben verfolgt und verfolgt sie nach 25 Jahren noch im Grabe. Ob dem Kirchenrat nicht bewußt ist, wie peinlich ein solches Verhalten wirken und welche Gefühle es auslösen muß?

Einen Kranz hatte der Kreis Niederbarnim „Den Opfern des Sozialistengesetzes“ gewidmet. Den zweiten Kranz hatte der Wahlverein des sechsten Berliner Kreises niedergelegt, er trug in goldenen Lettern die Widmung:

Der Dienst der Freiheit ist der höchste Dienst,
Er trägt nicht Gold, nicht Fürstengunst,
Er bringt Verbannung, Hunger, Samsch und Tod,
Und doch ist dieser Dienst der höchste Dienst.

Dem Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlin
und Umgebung wurde ein Kranz mit folgender Widmung nieder-
gelegt:

O rauber, o rauber, mein rauhes Lied!
kein Witzengewimmer! kein Waisengedicht!
Nach Opfern schreit der Sturm im Lied,
Doch bald: dann kommt der Frühlingstöhn,
dann schließt in Saline die junge Saat,
der Tag der Auferstehung naht.

Dann schmilzt im Sturm das morsche Eis,
dann wühlt er die Opfer ein vom Grund,
die Helden alle, die niemand weiß;
und jedes Klotz vernordeter Mund
wird kaffend nach Rache bliden
und tanzend Lebendige werden.

Die besten Feuerwehrcräfte Berlins haben in einer
Eingabe an den Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin
die Bitte ausgesprochen, die Lage der Akt.-Pensionäre der Ber-
liner Feuerwehr zu verbessern. Die Lage dieser alten Leute ist
infolge der Teuerung usw. keine rosige. Eine Aufbesserung der
alten Pensionsbezüge, besonders aber der zu knappen Bezüge
der Witwen und Waisen jener Männer, die oft Leben und Ge-
sundheit für die Sicherheit und das Eigentum ihrer Mitbürger
ohne Bestimmen eingesetzt haben, wäre von Herzen zu wünschen. Es
kommen nur noch 170 Witwen in Betracht, die sich kümmerlich mit
ihren Kindern durchschlagen.

Eine neue, die dritte Berliner Schulzahnklinik, soll am Son-
ntag, den 28. Januar d. J., in der Aula der 5. städtischen Hülfschule,
Plummentraße 77, eröffnet werden. Die beiden anderen Schul-
zahnkliniken in der Brandenburg- und Reuen Hochstraße haben sich
über alles Ermarten entwickelt. Der Andrang zu diesen ist an-
dauernd so groß, daß mit der Eröffnung der dritten Klinik nicht
mehr gezögert werden kann.

Ein Polizeiverbot des Motorbetriebes in einem Kinoschauspiel
beschäftigte gestern eine Versammlung von Interessenten. Die Ver-
sammlung erklärte die Abschaffung des Motorbetriebes nicht nur als
eine direkte Gefährdung des Betriebes, weil dadurch die Sicherheit
des die Kinos besuchenden Publikums in Frage gestellt werde.
Als Garantie zur Verhütung von Unfällen sei eine ge-
wissenhaftere Schulung und Prüfung der Operateure zur Erteilung
des polizeilichen Attestes dringend erforderlich, desgleichen sind leicht-
fertiges und unkorrektes Arbeiten als sofortiger Entlassungsgrund zu
betrachten, fernerhin aber für vorchristlichwidriges Verhalten des Vor-
führers polizeiliche Bestrafung bzw. Entziehung des Attestes ins
Auge zu fassen. Eine von der Versammlung gewählte Kommission
soll am Donnerstag zu abendlicher Beratung über die dem Polizei-
Präsidenten zu übermittelnden durchgreifenden Sicherheitsvorschriften
zusammentreten.

Der dreifache Raubmord in der Alten Jakobstraße ist auch bis
heute noch nicht weiter geklärt. Die Spur jener drei Männer, über
die wir wiederholt berichtet haben, wird noch weiter verfolgt. Die
Nachforschungen bei den Handwehrcräften haben noch nichts zutage
gefördert, was mit dem Raubmord an der Familie Schulze zu-
sammenhängt. Auch die Sicherungen von Leuten, die ohne Erlaubnis
in Aneipen und Kassehäusern mit Goldwaren handeln,
haben noch keinen Anhalt geliefert. Nebenbei fiel bei diesen Er-
mittlungen der Kriminalpolizei ein Mann in die Hände, der als
Händler mit Kassehäusern schon bekannt war. Mit dem Ver-
brechen in der Alten Jakobstraße hat er nichts zu tun.

Die Vernichtung wertvoller Theaterdekorationen und der Alpen-
Schauspielung hat ein großer Wasserschaden bei der bekannten
Firma Borch u. Flotow in der Stungstraße 25 verursacht. Das Wasser
drang vom fünften in den vierten Stock und vernichtete dort sehr
wertvolle Stützen. Der Schaden wird auf annähernd 40.000 M.
geschätzt. Die Firma wird jedoch durch Nacharbeit und sofortige
Wartung neuer Räume allen Verpflichtungen nachkommen können.

Unter die Räder eines Brauereiwagens geriet gestern nachmittags
an der Kreuzung der Köpenicker- und Augustenburger Straßen ein
60 bis 65 Jahre alter Mann, der die Straße überschreiten wollte.
Der alte Mann blieb bewußtlos liegen, bis ihn ein in jener Gegend
arbeitender Schachtmeister nach der Unfallstation am Zoologischen
Garten brachte.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Nacht zum Mon-
tag kurz vor dem Bahnhof Zannowbrücke. Der 28-jährige Kauf-
mann Friedrich Zoss, Schmiedstr. 21 wohnhaft, war auf dem Schle-
sischen Bahnhof in einen Stadtbahnzug gestiegen. Der junge Mann
wollte bis zur Station Zannowbrücke mitfahren und eilte, bevor
der Zug dort hielt, zur Kuppelkabine. Er öffnete dieselbe, verlor je-
doch das Gleichgewicht und stürzte auf die Schienen, wo er bewußt-
los liegen blieb. Die übrigen Kuppelkabinen hatten den Unfall so-
fort bemerkt und zogen die Notbremse. Einwirkende Stations-
beamte fanden den Bedauernswerten in einer Blutlache bewußtlos
auf den Schienen liegend. Der Schwerverletzte wurde nach der Un-
fallstation am Grünen Weg geschafft, wo der samende Arzt
Schädelbruch und innere Verletzungen konstatierte. Mittels Kranken-
wagens wurde J. nach dem Krankenhaus Friedrichshagen über-
geführt, wo er hoffnungslos darniederliegt.

Die Arbeiter-Bildungsschule

eröffnet dieser Tage neue Kurse über Nationalökonomie, Geschichte,
Naturerkenntnis, Literaturgeschichte, Gesetzkunde, Gewerkschafts-
wesen, die politischen Parteien; auch wird der Heranbildung von
Rednern Aufmerksamkeit geschenkt. Den Arbeitern und Arbeiterinnen
ist anzuraten, sich an den Kursen zu beteiligen und die Vorträge
der Schule zu unterstützen. Der Lehrplan ist in der Sonntags-
nummer des „Vorwärts“ veröffentlicht.

Meldungen werden im Schnelzug, Grenadierstr. 57 entgegen-
genommen.

Die Mitglieder, welche durch die Krankheit des Genossen
Wardard am Besuch des Unterrichtsfaches „Die Theorien und Pro-
gramme der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ gehindert waren
und im Besitz einer Karte sind, können an einem beliebigen Tag
des neuen Unterrichts unter Vorzeigung der Karte teilnehmen.

Keinen gesucht. Personen, die am 19. Oktober 1911 früh um
1/2-7 Uhr gesehen haben, wie einem Arbeiter beim Betreten des
Fleischwagens von Julius Menzel, Köpenicker Str. 159, die Jacke
auf den Kopf setzten, wollen sich melden bei Aug. Blümel, Mantel-
straße 122 L.

Vorort-Nachrichten.

Zum Stadtwahlkampf im Wahlkreise Potsdam- Osthavelland.

Den liberalen Wimpel führt jetzt das „Spandauer Tages-
blatt“. Unter der Überschrift: „Auf zur Stichwahl! Für Vosberg!“
veröffentlicht es eine im Reichsverbandstil gehaltene Zusammenfassung
— liberalen Wählers F. J., in welcher mit den abgeordneten
Phrasen den liberalen Wählern begeistert gemacht werden soll, wie
sich es ihnen nicht sei, für Vosberg zu stimmen. Die ganze Auf-
machung des Lokals läßt darauf schließen, daß der „liberale
Wähler“ F. J. hart mit den Kampfbildern des Reichsverbandes
ist. Durch ein solches Manöver werden natürlich die Wahlansichten
für den sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Dr. Karl Liebknecht
nicht im geringsten beeinträchtigt.

Bei über 2000 Personen hatten sich wieder zu der öffentlichen Ver-
sammlung unter freiem Himmel auf dem Anholdischen Grundstück am
Sonntag in Potsdam eingefunden. Zahlreich war darunter die Wähler-
schaft aus bürgerlichen Kreisen vertreten. Der Kandidat des Kreises,
Genosse Dr. Karl Liebknecht, kennzeichnete besonders die ge-
hässige Konserwativ-rechtsverdrängende Agitation, die sich vor allem
gegen seine Person richtete. Eifrige Vegetation erweckten die
Ausführungen. Alle Wähler müssen bis zum Tage der Stichwahl
durch eifrige Agitation ihre Schuldigkeit tun, dann wird auch im
„Kaiserwahlkreise“ dem Vertreter der Schwarzblauen, dem kon-
servativen Oberbürgermeister Vosberg, die Niederlage bereitet
werden. Eine Diskussion fand nicht statt.

Mit welchen demagogischen Mitteln man versucht, die Wähler
vor der Sozialdemokratie graulich zu machen, geht so recht aus
einem „Gedanken und Betrachtungen vor der Stich-
wahl im Kaiserwahlkreise“ überschriebenen Artikel der
„Potsdamer Tageszeitung“ vom gestrigen Montag hervor. In dem
Artikel wird dem Bürger vor Augen geführt, daß der Kaiser es von
der bevorstehenden Stichwahl abhängig mache, ob er noch länger,
wenn auch vorübergehend, in Potsdam residieren wolle. Das
Wort lautet:

„Der Kaiser ist nicht gewillt, in der Mitte von Leuten noch
ferner in einem Kreise zu leben, dessen Mehrheit, wie das Wahl-
ergebnis es zeigt, mit aller Gewalt den Thron stürzen, die
Monarchie beseitigen will. Wie jeder Bürger im Staate so wird
auch er von seinem Rechte Gebrauch machen und dorthin gehen,
dort seinen Wohnsitz nehmen, wo ihn königstreue, vaterlandsliebende
Männer umgeben. Dieser sehr natürliche Wunsch des Kaisers hat bereits
seine Schatten geworfen. Mit dem Tage, wo es bekannt wurde,
daß ein Liebknecht zum Parlamentsvertreter des Kaiserwahlkreises
würde berufen werden, d. h. so um den 12. Januar, dem Tage
der Wahl, ist der Kaiser, der Hof, nach Berlin übergesiedelt. Das
Publikum lacht und sagt, das hat Majestät des Ordensfestes
wegen oder wie man in den gut unterrichteten Blättern lesen
konnte, der strengen Kälte wegen getan, da das hiesige Palais bei
dem harten Frost nicht warm zu bekommen wäre. Wir wünschen,
wünschen aufrichtig im Interesse unserer Stadt, daß diese An-
nahme die richtige ist, nur glauben wir nicht daran. Das Kriegs-
ministerium nämlich hat in den verschiedenen Städten, die mehr-
mals um Militär petitioniert haben, Umfragen halten lassen, welche
von diesen Kommunen auch sehr noch bereit wären, aus
städtischen Mitteln Kasernen zu bauen, da man ent-
schlossen sei, mehrere Truppenteile von Potsdam fort
zu verlegen. In kürzester Zeit kam darauf der Be-
scheid zurück, daß man, wenn nötig, Baracken zu bauen gewillt
sei, um der scheinbar dringenden Umgrünung der in Frage
kommenden Regimenter nach jeder Richtung hin entgegen-
zukommen. Der Jahresfrist würde man die massiven Gebäude
schwierlich fertig zu stellen vermögen. Das zuständige Ministerium
erklärte sich damit einverstanden und setzte den Termin für den
endgültigen Entschluß, der noch der Sanction des Allerhöchsten
Stelle bedürfte, auf den 29. Januar dieses Jahres fest.

Nun ist diese Angelegenheit aber schon weiter gediehen. Man
hat bereits diejenigen Truppenteile bestimmt, die gegebenenfalls
als erste die Kgl. Residenzstadt Potsdam ver-
lassen sollen und zwar werden genannt das
1. Garderegiment zu Fuß, das Regiment
Gardedulors, die Leibgardehusaren. Was außer-
dem aber fast ebenso schwer ins Gewicht fällt,
ist der an Allerhöchster Stelle gefaßte Beschluß,
auch die sämtlichen königlichen Besatzungen
von Potsdam und Umgebung, alle Gar-
anlagen usw. für das Publikum zu schließen,
also u. a. daselbst zu tun, was seinerzeit Prinz
Leopold mit seinem alten Park in Klein-
Glienke machte.

Wir bedauern das tief und schmerzhaft und zwar um so mehr,
als hiermit auch der Unschuldigen mit dem Schuldigen leiden muß
und viele kleine Geschäftsleute usw., die zum
Teil lediglich auf den Fremdenverkehr an-
gewiesen waren, entweder der hiesigen Stadt
den Rücken zu kehren gezwungen sind oder zu-
grunde zu gehen.“

Der ganze Inhalt des Artikels ist darauf angelegt, dem unter
der heutigen Zeit gleichermäßen leidenden kleinen Geschäftsmann und
dem Handwerker graulich zu machen. Nur glauben wir, daß er seinen
Zweck nicht erreichen wird. Die Potsdamer Einwohnerschaft wird
das ganze Produkt nur als ein verzweifertes Mittel unserer Gegner
betrachten, um sie als Stimmvieh gebrauchen zu können.

Charlottenburg.

Der Magistrat von Charlottenburg hat die Beratungen
über den neuen Etat vollendet und den Zuschlag zur Ein-
kommenssteuer auf 110 Proz. festgesetzt.

Wilmersdorf-Halensee.

Jur Wilmersdorfer Wohnungspolitik.

Der Zuzug nach Wilmersdorf geht immer stärker ein. Wäh-
rend der Ueberjahre der Junggeheuer über die Vorbezirke
im Herbst 1910 erst 2444 Personen betrug, stellte er sich im Herbst 1911
auf 4644 Personen. Aber im selben Maße hat die Wohnungspro-
duktion am Orte zugenommen, denn es waren am 15. Oktober 1911
nach der letzten bekanntgegebenen statistischen Statistik 2879 oder
8,50 Proz. nur für Wohnzwecke brauchbare und 413 oder 14,71 Proz.
mit Verberäudungen verbundene Wohnungen, im ganzen also 3292
oder 9,26 Proz. aller Wohnungen unermietet. Im Oktober 1910
standen 3773 oder 10,41 Proz. aller Wohnungen leer. Aus dieser
großen Zahl leerstehender Wohnungen, die den Normalfall um das
Dreifache übersteigt, darf man aber beileibe nicht schließen, daß der
Arbeiter in Wilmersdorf unter den leerstehenden Wohnungen
eine große Auswahl hätte. Im Gegenteil. So bedauerlich es vom
Standpunkt der Sozialhygiene aus ist, so muß nun einmal damit
gerechnet werden, daß für die Arbeiterklasse nur Wohnungen von
einem Zimmer mit Küche als erspürunglich in Betracht kommen.
Weichen doch in der Arbeiterstadt Rigdorf vier Fünftel aller Ge-
lässe aus solchen Wohnungen. Unter den 3292 in Wilmersdorf
leerstehenden Wohnungen befinden sich aber sage und schreie nur 1
sechzig mit 1 Zimmer und Küche. Man kann also in dieser
Dinstadt ohne weiteres von einem erheblichen Wohnungs-
mangel reden. Der Magistrat will nichts von der Errichtung
einzimmeriger Wohnungen wissen, und er weist für sein Verhalten
auf hygienische Gründe hin. Man könnte diesen Standpunkt ohne
weiteres billigen, wenn die städtische Behörde in der Lage wäre,
auch jedem Arbeiter die 2500 M. Jahreseinkommen zu verschaffen,
die notwendig sind, um den Durchschnittspreis einer Wohnung von
zwei Zimmern zu bezahlen.

Von neuem zeigt übrigens die Wilmersdorfer Statistik, daß
der Prozentjah der leerstehenden Wohnungen mit ihrer Größe
zunimmt. Soweit die Einzimmer-Wohnungen in Betracht
kommen, beträgt dieser Satz noch nicht 2 Proz. Reist also beträchtlich
unter dem normalen. Kleinwohnungen, zu denen der Magistrat
solche von 1 oder 2 Zimmern rechnet, standen am 15. Oktober 1911
auf 5,33 Proz. Mittelwohnungen von 3 oder 4 Zimmern 6,71 oder
8,70 Proz., große Wohnungen von mindestens 5 Zimmern aber
12,65 oder 13,95 Proz. leer. Diese Zahlen zeigen, daß die bisherige
auf Förderung des Hauses großer Gefolge abzulehnde Wilmers-
dorfer Wohnungspolitik nicht nur für die Bevölkerung im allge-
meinen, sondern auch für die Hausbesitzer sehr schädlich ist.
Nur ihnen sollte es offenbar nicht gleich sein, wenn ein außer-
ordentlich großer Teil ihrer Wohnungen unermietet bleibt, und
auch sie hätten daher alle Ursache, auf Wandel zu drängen.
Beachtenswert sind noch die entlichen Witterungen über die
Wohnungspreise. Verhältnismäßig teuer sind, infolge ihrer

künstlich geförderter Anaptheit, die Wohnungen von 1 Zimmer
und Küche; sie kosten im Durchschnitt 304 M. Jahresmiete. Der
Mietpreis einer leerstehenden Wohnung von 2 Zimmern beträgt
durchschnittlich 511 M., von 3 Zimmern 791 M., von 4 Zimmern
1178 M., von 5 Zimmern 1642 M., bis er bei einer Wohnung von
10 Zimmern durchschnittlich 5322 M. beträgt. Man sieht an diesen
Zahlen, daß selbst Wohnungen mit 4 Zimmern mit ihrer durchweg
einen luxuriösen Ausstattung verhältnismäßig nicht so teuer sind
wie die armlich hergerichteten Wohnungen von einem Zimmer.

Schöneberg.

Bei den Wahlen der Gewerbevereine für die Arbeitnehmer
wurden für die Liste der freien Gewerkschaften 1867 Stimmen,
ungefähr 700 Stimmen mehr als bei den Vorwahlen, abgegeben.
Wegenkandidaten waren diesmal nicht aufgestellt. Der Andrang der
Wähler war teilweise so stark, daß es nur unter Aufwendung aller
Kräfte gelang, das Wahlgeschäft in der ordnungsmäßigen Weise zu
führen. Nebenfalls wird es notwendig sein, dafür zu sorgen, daß
dieser Zustand beseitigt wird. Von den Wahlvorstehern wurde be-
sonders darauf Wert gelegt, daß jeder Wähler mit einer vorchrifts-
mäßigen Legitimation versehen war.

Ein Portemonnaie mit Inhalt ist in der Donnerstagversammlung
in der Salobrauerei gefunden worden. Der Verlierer kann sich
melden bei Johann Tieme, Rerfberger Str. 11, Quergeb. 3 Tr.

Rigdorf.

Am Sonnabend hat im Restaurant v. Essen, Hermannstr. 148,
ein Arbeiter seinen Bockelohr liegen lassen. Da dem Restaurant-
inhaber die Wohnung des Verlierers nicht bekannt ist, bittet der-
selbe uns, auf diesem Wege dem Arbeiter hiervon Kenntnis zu
geben.

Richtenberg.

Ein eigenartiger Vorfall hat sich am gestrigen Montagmittag
im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis abgespielt. Dort war seit einiger
Zeit der Einbrecher und Hochstapler Alexander Stroh, der unter dem
Namen Julius Marquardt auftrat, interniert. Stroh, der auch als
unverbesserlicher Trinker bekannt war, war früher Tischler und wurde
deshalb im Gefängnis zu Tischlerarbeiten verwendet. In dieser
Abteilung entwickelte Stroh gestern vormittag eine Flasche mit
Spiritus, die zur Verleitung von Volkstum benutzt wurde und trau-
den Inhalt aus. Bald darauf erkrankte der Tischler heftig und
machte in seine Zelle gebracht werden, wo er Tobuchtsanfalle bekam.
In einem unbewachten Augenblick erlangte sich der Kranke an seinen
Hosenträgern und wurde von Wärttern als Leiche vorgefunden.

Friedenau.

Die Gemeindevorstände verzeichnen diesmal insgesamt 7781 (im
Vorjahre 6402) Wähler. Es wählen in der ersten Klasse 887 (833),
in der zweiten Klasse 1430 (1208), in der dritten Klasse 5364 (4811)
Wähler. Der Höchststeuerer der ersten Klasse zahlt 34.835 M.
(34.223,20 M.), der Höchststeuerer der zweiten Klasse 802,60 M.
(825,20 M.), der zweite Klasse ist der Höchststeuerer 860 M.
(824,60 M.), der niedrigste 242,40 M. (238,20 M.). Alles was weniger zahlt, wählt
in der Klasse der Hadenische. Alle drei Abteilungen bringen zu-
sammen einen Steuerbetrag von 1.735.162,70 M. (1.506.005,54 M.)
auf. Die Wähler der dritten Klasse werden in diesem Jahre in zwei
Bezirke stattfinden, und zwar bildet die Mitte der Wessbadener und
Schmargendorfer Straße die Grenze der beiden Bezirke. Der Teil
nördlich dieser Straßen bildet den 1. der südliche Teil den 2. Wahl-
bezirk. Nach den bei der Reichstagswahl für und abgegebenen
Stimmen muß es, wenn jeder Genosse seine Schuldigkeit tut, ge-
lingen, die Mandate der dritten Klasse zu gewinnen.

Schöndorf.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins beschäftigte
sich mit dem Revisit der Reichstagswahlen. Der Vorsitzende Ge-
nosse Arellsch kam auf den Wahlkampf in unserem Kreise zu sprechen
und betonte, daß wir mit dem Ausbruch der Wahl zufrieden sein
könnten. Das sollte für jeden Genossen ein Anlaß sein, für unsere
Stadt weiter zu agitieren. Scharf beurteilt wurde das Verhalten
des Genossen Weber in Wilmersdorf, welcher sein Gemüth zur
Abhaltung einer öffentlichen Versammlung hergegeben, in letzter
Stunde aber sein Versprechen zurückgezogen hatte. Zu dem vom
Vorstand aueräumten Termin sei derselbe nicht erschienen. Die
Versammlung eröfnete in dem Verhalten des Genossen Weber eine
Schädigung der Parteinteressen und verlangte seinen Ausschluß aus
dem Wahlverein. Der Vorsitzende bemerkte, daß bis zum nächsten
Jahresende die Angelegenheit sprudelfrei sei. Der Revisorbericht des
Genossen Paul weist für das zweite Quartal eine Einnahme von
119,14 M. und eine Ausgabe von 91,90 M. auf. Ausgenommen
wurden sechs neue Mitglieder. Für die im März stattfindende Ge-
meindeverordnetenwahl wurde der Lagerhalter Genosse Reinhold Schulz
als Kandidat der dritten Abteilung aufgestellt.

Sohen-Schönhausen.

Für die Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Berliner Straße
lagen der letzten Gemeindevorstellung zwei Entwürfe zur Beschlei-
fassung vor, von denen die Ausführung des einen einen Kosten-
aufwand von 5000, die des anderen einen solchen von 25—30.000 M.
erfordert. Gemeindevorsteher Witte schlug die Errichtung einer
Wahlkammer vor, ein Frauenasyl hält er vorläufig noch nicht für
nötig. Dieser Anknüpfung trat Genosse Tiele entgegen. Die
Schaffung einer zeitgemäßen Bedürfnisanstalt sei eine hygienische
Notwendigkeit. Gemeindevorsteher Schreiber sprach wiederholt für
eine unterirdische Anstalt. Hiergegen wandte sich Genosse Reiber.
Die Summe von 25.000 M. entspreche durchaus nicht den Bedürf-
nissen des Ortes. Diesen Ausführungen stimmte der Gemeindevor-
steher zu. Es wird somit die Ausführung des Projekts für
5000 M. und die dadurch erforderliche Erhöhung des Etats um
3000 M. gegen zwei Stimmen beschlossen. — Der Landrat verlangt
die Festsetzung eines Tarifs für die Ausführung von Hausanschläffen
an das Wasserwerk. Derselbe wurde nach kurzer Debatte an-
genommen. — Auf die Anfrage unseres Genossen Tiele, wie weit
die Beschäftigung des Dorfes gediehen sei, antwortete der
Gemeindevorsteher, daß dieselbe noch ruhe. Unsere Genossen werden
bald wieder daran erinnern.

Adlershof.

Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst erfolgten die Erfahrungs-
berichte für verschiedene Ausschüsse, welche durch das Ausschreiben des Genossen
Hockly bekannt geworden waren. Alle Ausschüsse wurden wieder
durch unsere Genossen besetzt. Ein Antrag des Bezirks der 2. Ge-
meindevorstellung, 500 M. zur Beschaffung eines Abganges (800 M. sind
durch freiwillige Sammlungen angebracht) für die 2. Gemeindevor-
stellung bereit zu stellen, wurde abgelehnt. Der nächste Punkt betraf
die Uebernahme von Kreisbauern. Der Verlebensauschuss hat in
einer vorangegangenen Sitzung zu dieser Frage Stellung genommen.
Er empfiehlt die Annahme des Vertrages des Kreisbauernvereins mit
folgender Aenderung: „Der strommäßige Ausbau der Chaussee
fall bis 1. April 1913 erfolgen.“ Ferner soll beschützt werden, an-
statt der zugrundeliegenden 44.000 M. Entschädigung 60.000 M. zu er-
halten, jedoch soll die Annahme des Vertrages nicht von der Er-
höhung der Abschlagssumme abhängig gemacht werden. Die Ge-
meindevorstellung stimmte dem Vorschlage des Verlebensauschusses
einstimmig zu. Dem vorgelegten Bewässerungsplan des Landes der
„Zagosa“ (Anlagen-Terraingesellschaft) und des forstwirtschaftlichen
Landes am Teletower Kanal und der Gölitzer Weh wurde grund-
sätzlich zugestimmt. Die im Jahre 1908 für größere Gemeindevor-
arbeiten ausgenommene Anteile im Betrage von 120.000 M. ist nicht
bisherig ausgebracht worden. Es wurde beschlossen von dem ver-
liebten Rest die Kosten für die Herstellung des Verbindungsweges
zwischen Hockly- und Döberbergstraße im Betrage von 1840,00 M.
zu decken. Die Errichtung des ersten Erweiterungsbaus der
2. Gemeindevorstellung weist verschiedentlich Unstimmigkeiten auf. Um
diesen auf den Grund zu kommen, wurde beschlossen, die Verlege
durch einen unparteiischen Sachverständigen prüfen zu lassen.

Die Wahl der Arbeitgeber-Beisitzer zum Gewerbegericht findet heute, mittags von 1/2 1 bis 1/2 2 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindevorstandes, Bismarckstr. 1, statt. Alle Arbeitgeber, welche mit und ohne Wahlberechtigung, werden ersucht, rechtzeitig zur Wahl zu erscheinen und die Liste Nr. 1 zu wählen.

Nieder-Schönhausen.

Die Gemeindevorstandesliste für 1912 weist insgesamt 8804 eingetragene Wähler auf. Davon entfallen auf die erste Abteilung 68, auf die zweite 640 und auf die dritte 8096 Wähler. Der höchste Steuerbetrag in der ersten Abteilung 31.604,80 M. (den die Große Berliner Straßenbahn bezahlt); der niedrigste 1098,60 M. Der Steuerbetrag in der zweiten Abteilung schließt mit 143,40 M. ab. Diejenigen Wähler, die weniger Steuern bezahlen, gehören der dritten Wählerabteilung an.

Grünau.

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1912 fand in der letzten Gemeindevorstandesversammlung in 13stündiger Beratung seine Erledigung. Der Etat balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 208.000 M., wovon 18.000 M. auf den Kanalisationsbeitrag entfallen. Die Steuererträge sind im allgemeinen die gleichen geblieben. Es kommen zur Erhebung 110 Proz. Gemeindevorstandessteuer, 0,33 Proz. Grundsteuer; die Kanalisationsabgaben wurden herabgesetzt von 3,3 auf 2,7 Proz. Sehr zu bemerken ist, daß von dem Schulrat niemals ein Bericht gegeben wird. Die ständig wachsenden Zuschüsse zur Privatpflege geben Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die jetzt ständige Vorkehrung wird von 53 Kindern befreit. Die Gemeinde hatte in den Vorjahren einen Zuschuß von 1500 M. geleistet, hat aber inzwischen die Verpflichtung übernommen, alle Kosten zu decken. Im letzten Jahr betrug der Zuschuß 3400 M. Die Schulkommission forderte nun für das kommende Rechnungsjahr einen Zuschuß von 3000 M. Das wäre pro Kind circa 100 M. Dabei ist die Schülerfrequenz ständig im Sinken. Die Verteilung beschloß dann 3500 M. in den Etat einzufleßen, und empfahl der Schulkommission, Mehrforderungen möglichst zu vermeiden. Aber Voraussicht nach wird die Gemeinde aber wohl nochmal in denbeutel greifen müssen, um den paar bevorrechtigten den Willen zu tun. Demgegenüber ist zu konstatieren, daß man immer noch nicht ernstlich daran denkt, für die circa 650 Kinder der Gemeindegemeinschaft eine Turnhalle zu erbauen. — Der Bauabzugsplan für das Parkgelände ist jetzt alle Inzungen hindurch und bedarf nur noch der Genehmigung des Amtsvorstehers. — Es ist noch vieles reformbedürftig in unserer Gemeinde und unsere Gewissen werden gut tun, schon jetzt mit allen Kräften in den Wahlkampf einzutreten. Grundbesitzer, Bürger, und Gewerbetreibende haben sich berechnigt, um die vier Mandate unter sich zu verteilen. Die Arbeiterkassen, die bei den verflochtenen Reichstagswahlen mit 450 Stimmen die absolute Majorität aufwies, wird vollständig ignoriert. Die Wählerliste weist in der 1. Klasse 4, in der 2. Klasse 60 und in der dritten Klasse 754 Wähler auf. Wir sind auf uns selbst angewiesen und müssen alles daran setzen, im März wenigstens einen Schritt in diesen Kampf zu bringen.

Lübars-Waldmannslust.

Aus der Gemeindevorstellung. Dem Eisenbahnsiskus wurden zu den Baukosten für die Ueberbrückung des Bahnhofs über die Dammstraße 3000 M. aus dem Gemeindefiskus bewilligt. Unsere Genossen stimmten selbstverständlich dagegen, da diese Baukosten zu einem Betriebe gehören, der jährlich Millionen Ueberflüsse abwirft. Auch wurden 850 M. zur Unterhaltung der Seebrücke im Rückgelände bewilligt, obwohl die Anlage eines Sees aus Gemeindefiskal wegen der damit verbundenen hohen Kosten nicht gefaßt werden kann. Vorteile aus einer Seenanlage würden nur die angrenzenden Terrainspekulanten haben, diese aber weigern sich, hierfür die Kosten zu tragen. Die Anträge unserer Genossen wurden ohne Bedachte abgelehnt. Es handelte sich im ersten Antrag um Verleihung des Gemeindevorstandes an die noch nicht ein Jahr hier wohnenden Gemeindegemeinschaften. Der zweite Antrag betraf Festsetzung von Buslinien für die Parzellierstraße, um eine Verbindung innerhalb der Grundstücksgrenzen zu verhindern. Der dritte Antrag wollte die Zahl der Gemeindevorstandesmitglieder auf 12 erhöhen, um eine gründlichere Beratung der Gemeindegemeinschaften zu ermöglichen. Ferner ist noch mitzuteilen, daß der Reichstagswahlkampf an jedem Sonntag und Donnerstag von 9—12 Uhr auf dem Schulgrundstück durchzuführen ist. 11—13 stattfinden. Es werden abgegeben 15 Pfund zu 0,55 M., 50 Pfund zu 1,55 M., 100 Pfund zu 2,70 M. Am ersten Tage sind nur 29 Zentner verkauft worden, weshalb die Einwohnerzahl nochmals auf den Verkauf hingewirkt sei.

Wernau.

In der Stadtverordnetenversammlung wurden zunächst die neu bzw. wiedergewählten Stadtverordneten, darunter die Genossen Helbig, Werner und Swabina, in ihr Amt eingesetzt. Die darauf folgende Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden K. Bernke, als dessen Stellvertreter wurde der Stadtverordnete J. Wald und als Schriftführer Genosse Helbig, letzterer mit 18 gegen 5 Stimmen, die auf den bisherigen Schriftführer Gerban entfielen, gewählt. Es erfolgte alsdann die Verabschiedung von Hübner, Schloffer, Walter und Zypfelerarbeiten für das Dienstwohngebäude auf dem südlichen Wasserwerkgrundstück. Sodann wurde noch die Kommission zur Schaffung einer städtischen Kanalisation aus drei Stadtverordneten verabschiedet.

Weißensee.

Die im März stattfindenden Gemeindevorstandeswahlen werden sich wiederum recht lebhaft gehalten. In der dritten Abteilung scheiden die Genossen Juchmann, Penkert und Taubmann aus. Diese Abteilung gehen die Gegner schon längst kampflös auf. Inzwischen hat sich die zweite und erste Abteilung. Hier bekämpfen sich sehr hart die verschiedenen Haus- und Grundbesitzervereine. Eine große Rolle spielen hier die Papierstimmzettel. Wenn Ansehen noch waren die Vertreter des Hausbesitzervereins 1910 schon frühzeitig auf dem Boden mit dem Sammeln dieser Stimmzettel, was ihre Gegner verabschiedete. In einem Zirkular vom 30. Dezember 1911 wendet sich der Grundbesitzerverein von 1884 und der Alt-Weißensee Grundbesitzerverein gleichfalls an die Wähler, nicht ohne dieselben auf die „drückende“ Lage des Grundbesitzers aufmerksam zu machen. Die beiden Vereine schwindeln die Papierstimmzettel wie folgt an: „Die wirtschaftliche Lage der Haus- und Grundbesitzer Weißensee ist heute infolge einer ungerechten Verteilung der steuerlichen Lasten eine verzweifelte. Eine Gruppe feindseliger Gemeindevorstandesmitglieder unter der Führung des jetzigen Schöffen Meißner war und ist stets bereit, in Verbindung mit den sozialdemokratischen Vertretern der 3. Wählerklasse alles zu bewirken, was gefordert wird. Da der Kommunalsteuerzuschlag ungenügend niedrigerhalten wird, immerfort aber durch eine ungerechtfertigte sogenannte „soziale“ Gemeindepolitik neue Ausgaben ohne Rücksicht auf Vergütung und Beitrag betreiben wird, so gehen alle neu entstehenden Kosten auf Haus- und Grundbesitzer. Dazu kommen die Forderungen für Bürgerkrieg- und Dammwerkleistungen, für Schmutz- und Regenwasserkanalisation. Es ist einfache Pflicht der Selbstverwaltung, daß die Haus- und Grundbesitzer gegen dieses System Front machen. Wir sind gern als Haus- und Grundbesitzer bereit, die Kosten zu tragen, welche für die gedeihliche Entwicklung unseres Ortes erforderlich sind. Jedoch müssen wir und energig gegen eine Ansturmpolitik wehren. Eine Abrechnung mit den Gemeindevorstandesmitgliedern der heutigen Ortspolitik kann nur bei den im Frühjahr stattfindenden Gemeindevorstandeswahlen geschehen.“ Daraus machen diese Herren noch darauf aufmerksam, daß etwa gegebene Stimmzettel jederzeit widerrufen werden können. Ein großerer Unfug mit den Stimmzetteln kann wohl nicht mehr getrieben werden; unsere Wähler der zweiten und dritten Abteilung sollten durch einmütige Stimmabgabe beweisen, daß es ihnen mit der Befreiung dieses eintenden Wahlrechts und des daran hängenden Hausbesitzerprivilegs sowie Fortfallsstimmrechts bitter ernst ist. Die eintende Wirkung dieses Wahlrechts zeigt sich namentlich für die

dritte Abteilung, die durch sämtliche acht Sitze von unseren Genossen besetzt ist. Von diesen acht Sitzen müssen sechs durch Hausbesitzer vertreten sein, weil zufällig drei Gemeindevorstandesmitglieder keine Hausbesitzer sind, so daß die Verteilung der Wahlberechtigten für die dritte Abteilung nur zwei solcher Sitze übrig läßt. Und da schreibt eine gewisse Gruppe von Grundbesitzern, daß sie von den Sozialdemokraten mit Listen überhäuft werden. Bei der letzten Stadtverordnetenversammlung ging diese Gruppe mit unseren Genossen durch die dritte Abteilung, mit ihrer Hilfe wäre der Etat längst gescheitert, denn nur mit einer Stimme Mehrheit wurde dieser angenommen.

Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Im vergangenen Jahre hatte der Arbeiterverein „Frisch Auf“ an die städtischen Körperschaften eine Eingabe gesandt mit der Bitte, ihm gleich den anderen Potsdamer Turnvereinen eine der städtischen Turnhallen zum Turnen zu überlassen. Er wolle hierfür eine entsprechende Entschädigung zahlen. Dies Ansuchen war von dem Magistrat mit kurzen Worten abgelehnt worden. Der Turnverein wollte die Gründe wissen, die zur Ablehnung führten, zumal eine Anzahl städtischer Turnhallen an verschiedenen Abenden frei sind und der Verein genau wie die anderen Vereine sich nur dem Turnsport widmet. Er reichte abermals zwei Eingaben ein, eine an die Stadtverordneten und eine an den Magistrat. Jetzt, nach einem Vierteljahre, gelangte die Eingabe zur Kenntnis der Stadtverordneten. Der Magistrat hatte wieder abgelehnt, weil nach seiner Ansicht der Verein „politische Tendenzen“ verfolgte. Der Stadtv. Krenn hielt diesen Grund nicht für stichhaltig, und auf seinen Vorschlag hin wird die Erörterung der Angelegenheit auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden. Würde es nun wahr sein, was der Oberbürgermeister bei der Einführung der neugewählten Stadtverordneten sagte, daß alle Berufsstände im Stadtparlament vertreten sind, dann müßten die Vertreter des Arbeiterstandes den Magistrat klarmachen können, daß der Turnverein „Frisch Auf“ genau wie die anderen Potsdamer Turnvereine, denen bereits die Turnhallen zur Verfügung stehen, ein solches Recht beanspruchen darf, da auch er sich einzig und allein dem Turnsport widmet. Warten wir ab, was die nächste Stadtverordnetenversammlung bringen wird. — Axel Deimar wird auch in diesem Jahre wieder auf dem Brandhausbirge Heimathspiele aufzuführen. Weil das Geschäft im vergangenen Jahre schlecht ging, will er diesmal von der Stadt einen Zuschuß haben. Ob und inwieweit ihm dieser gewährt werden soll, wird eine demnächstige Magistratsvorlage bringen. — Eine Magistratsvorlage betr. Einführung einer besonderen Gewerbesteuerordnung wird einer Kommission zur nochmaligen Durchberatung überwiefen. Diese Gewerbesteuerordnung will die Fälligkeit der Steuer mehr als bisher zur Steuer heranziehen. — Zur Kaisergeburtstagsfeier darf ein Festessen nicht fehlen, um dieses Ehrenfest münden zu lassen soll der Festsaal schon ausgeschmückt werden, auch für etwas Tafelmusik soll getrachtet werden. In dieser Kommunalangelegenheit sollen die Steuerzahler 100 M. zahlen.

Oranienburg.

In der Stadtverordnetenversammlung wurden zunächst die neu bzw. wiedergewählten Stadtverordneten eingeführt. Hierauf erfolgte die Bildung des Bureau und die Wahl der festgesetzten Kommissionen. In die Staatskommission wurde Genosse Paris hinzugezogen. Als Schulgeld für das Realprogymnasium soll für die drei unteren Klassen 1,80 M. und für die mittleren Klassen 1,50 M. erhoben werden. Auch sollen ganze und halbe Preisen vergeben werden. Bei Beratung über Einführung der Schuljahresfeier in den städtischen Volksschulen wies Genosse R. Schumann auf den hygienischen Wert hin, den die jährliche Hirtenspiele für die Schulkinder haben. Es wurden für die Zeit bis zum 1. April dieses Jahres zur vorläufigen Einführung der Schuljahresfeier die Mittel von 75 M. bewilligt. Der Vertrag mit dem Hotelbesitzer Burdard für das zur Erweiterung der Rampe überlassene Terrain läuft am 31. März ab. Der Magistrat beantragte weitere Verpachtung auf 5 Jahre und Erhöhung der Pacht pro Jahr von 60 M. auf 120 M. Die Genossen Carlipp und Köhler hielten die Pachtsumme für zu hoch, um so mehr als es sich doch hier um Straßenland handelt. Der Antrag des Magistrats wurde mit 10 gegen 9 Stimmen angenommen. Bei der darauf zur Beratung stehenden Vorlage betr. Ausfertigung eines Wettbewerbs für das Realprogymnasium, für die Preise von 2000, 1000 und 500 M. gefordert wurden, meinte Genosse Köhler, daß die Summe zu hoch sei. Redner beantragte, die Preise auf die Hälfte zu reduzieren. Die alsdann vorgekommene Abstimmung ergab die Annahme des Magistratsantrages mit 25 gegen 5 Stimmen. — Die Eisenbahn Rauen — Krennen — Oranienburg durchschneidet die städtische Biele am Lehnigsdamm. Der Magistrat hat zu diesem Bau eine Fläche von 90 Ar zum Preise von 5 M. pro Quadratmeter abgetreten. Bei den Kaufverhandlungen beantragte der Magistrat für das Restgrundstück am Großschiffahrtsweg die Schaffung eines 5 Meter breiten gepflasterten Zufahrtsweges, um eine Verwässerung des Grundstücks zu verhindern. Genosse Carlipp hielt die vorgesehene Breite des Weges für zu gering. Die Magistratsvorlage wurde angenommen. Die Versammlung stimmte alsdann der Aufnahme einer Anleihe zu Pfälzerwägen in Höhe von 400.000 M. zu. Genosse Schumann erwidert, bei Ausführung der Pfälzerarbeiten Arbeitslose aus hiesiger Stadt heranzuziehen. Bei Beratung des Haushaltungsvoranschlags mit den Nebenents für 1912 betonte Genosse Carlipp, daß seine Freunde sich mit einmütigen Positionen nicht einverstanden erklären können. Zunächst sei ein Titel in der Armenverwaltung aufgeschlüsselt, welcher richtiger in die Schulverwaltung gehöre, auch befinde sich Gelder für kirchliche Zwecke im Etat. Der öffentlichen schloß sich eine geheime Sitzung an.

Leise- und Arbeiterklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, Sitzung bei Karl Eichhorn, Langgasse 29/31. Vortrag: — Bitte willkommen.

Witterungsübersicht vom 22. Januar 1912.

Stationen	Maximale Lufttemperatur	Minimale Lufttemperatur	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Maximale Lufttemperatur	Minimale Lufttemperatur	Wetter	Temp. u. d. Luft
Emmenda	7,0	3,0	1	4	Saparanda	7,0	3,0	1	4
Hamburg	7,0	3,0	2	4	Bretterburg	7,0	3,0	2	4
Berlin	7,0	3,0	3	4	Stettin	7,0	3,0	3	4
Brandenburg	7,0	3,0	4	4	Berlin	7,0	3,0	4	4
Wittenberg	7,0	3,0	5	4	Wien	7,0	3,0	5	4
Wien	7,0	3,0	6	4					

Wetterprognose für Dienstag, den 23. Januar 1912.
Heute ist bei mäßigen Schneefällen Wind und veränderlicher Bewölkung; geringe Niederschläge.

Wasserstands-Nachrichten
Der Landeskantler für Gewässerwerke, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 1912	am 20. 1911	Wasserstand	am 21. 1912	am 20. 1911
Remel, Mühl	127,0	0	Saale, Großh.	137,0	0
Pragel, Jüterburg	127,0	0	Havel, Spandau	147,0	0
Wegscheid, Thon	127,0	0	Havel, Rathenow	147,0	0
Oder, Ratibor	127,0	0	Spree, Spremberg	147,0	0
• Arnsdorf	127,0	0	• Bredow	147,0	0
• Frankfurt	127,0	0	• Wese, Müden	147,0	0
• Wittenberg	127,0	0	• Müden	147,0	0
• Landsberg	127,0	0	• Havel, Magdalenbr.	147,0	0
• Rade, Borsdorf	127,0	0	• Müden	147,0	0
• Elbe, Helmstedt	127,0	0	• Müden	147,0	0
• Wittenberg	127,0	0	• Müden	147,0	0
• Wittenberg	127,0	0	• Müden	147,0	0

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten hiermit die traurige Nachricht, daß unser guter Vater und Bruder, der Möbelpolier

Wilhelm Meyer
im 53. Lebensjahre plötzlich gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

Die trauernden Kinder.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Köpenicker Viertel. (Bezirk 205 1.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Möbelpolier

Wilhelm Meyer
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Köpenick, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht

216/10 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Bernhard Haase
im Alter von 61 Jahren gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 23. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihenow, Pöllender Straße, aus statt.

Ferner nach unser Kollege, der Möbelpolier

Wilhelm Meyer
im Alter von 63 Jahren.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Köpenick, Hermannstraße, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Um rege Beteiligung wird ersucht

77/8 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Helfer

Hermann Schulze
am 20. Januar an Lungenerkrankung gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 23. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Köpenick, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachruf.

Ferner nach unser Mitglied, der Metallarbeiter

Max Hirsch.
Ehre ihrem Andenken!

159/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Quasidirektor

Amaldo Goldbeck
am 20. Januar im Alter von 59 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Köpenick, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht

Die Bezirksverwaltung.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Joseph Zamke
am 15. d. Mts. im Alter von 35 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

61/20 Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Freund und Kollege, der Schriftf.

Paul Ribler
im 40. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Das Personal der Buchdruckerei H. S. Hermann.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Köpenick, Hermannstraße, aus statt.

200/10

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Kollege, der Ingenieur, Fabrikbesitzer Herr

Louis Bretschneider
im 62. Lebensjahre.

Er war uns immer ein einflussvoller, humorer Chef. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

187/02

Die Arbeiter der Firma Bretschneider & Kügnor, Pankow.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof in Rantow, Spandauer Straße, statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Kollege, der Arbeiter

Julius Altmann
geb. 4. April 1831 in Steinau a. D. Sein Andenken werden in Ehren halten

200/03

Die Kollegen der Norddeutschen Buchdruckerei.

Beerdigung: Mittwoch, den 24. Januar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Köpenick, Hermannstraße.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb am 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, meine innig geliebte Frau, gute Mutter und Schwiegermutter

Agnes Westphal
geb. Watz
im 61. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Emil Westphal nebst Kind und Geschw. etc.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Köpenick, Hermannstraße, aus statt.

Witterungsübersicht vom 22. Januar 1912.

Stationen	Maximale Lufttemperatur	Minimale Lufttemperatur	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Maximale Lufttemperatur	Minimale Lufttemperatur	Wetter	Temp. u. d. Luft
Emmenda	7,0	3,0	1	4	Saparanda	7,0	3,0	1	4
Hamburg	7,0	3,0	2	4	Bretterburg	7,0	3,0	2	4
Berlin	7,0	3,0	3	4	Stettin	7,0	3,0	3	4
Brandenburg	7,0	3,0	4	4	Berlin	7,0	3,0	4	4
Wittenberg	7,0	3,0	5	4	Wien	7,0	3,0	5	4
Wien	7,0	3,0	6	4					

Wetterprognose für Dienstag, den 23. Januar 1912.
Heute ist bei mäßigen Schneefällen Wind und veränderlicher Bewölkung; geringe Niederschläge.

Zeitungs-Ausgabebestellen und Inseraten-Aannahme.

Zentrum: Albert Schmitt, Auguststr. 50, Eingang Sanddammstraße.
2. Wahlkreis, W.: Gust Schmidt, Kirchhofstr. 14, Hochparterre.
 S. und SW.: Hermann Werner, Oranienstr. 72.
3. Wahlkreis: El. Friß, Brinzenstr. 31, Hof rechts dort.
4. Wahlkreis: Drenke, Robert Wengels, W. Frankfurterstr. 120.
 — Richard Hagedorn, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lautzerplatz 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Rucht, Immanuelstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Nord): Karl Anders, Salzmederstr. 8.
Wedding: P. Dönnig, Bagatellstraße 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm
 Baumann, Adelsbergerstr. 67, Laden.
Geandbrannen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhäuser Vorstadt: Karl Marx, Greifenhäger Str. 27.
Adlershof: Carl Schwarze, Hoffmannstr. 9.
Alt-Gliencke: Wilhelm Dörre, Köpenickerstr. 6.
Baumschulweg: D. Zornig, Marienbaderstr. 13, I.
**Bornau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schön-
 brück:** Heinrich Brose, Rühlentstr. 5, Laden.
Bohndorf und Faikenberg: Alois Lauf, Bohndorf, Co-
 nocenschenstraße, Paradies.
Charlottenburg: Gustav Schwarze, Eisenheimerstraße 1
Kiechwalde: Oskar Kahle, Stubbenrauchstr. 99.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshäger Chaussee.
Friedersdorf-Petershagen: E. D. Diebarts, Petershagen.
**Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lank-
 witz:** H. Bernies, Wittenstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen: Ernst Werkmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal: Friede, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst: Richard Käfer, Rühlentstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.

Köpenick: Emil Stiller, Reherstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen:
 Otto Seifert, Gartenbergstraße 1 (Laden).
Mahlsdorf, Kaulsdorf: P. Heßberg, Kaulsdorf, Ferdinand-
 straße 17.
Mariendorf: August Leip, Chaussee 296, Hof.
Marienfelde: Emil Weiser, Dorfstr. 14.
Neuenhagen: Gustav Lep, Wolkestraße.
Nieder-Schöneweide: G. Schri, Dorfstr. 8.
Nowawes: Wilhelm Jäde, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelmminnenstr. 17 II.
Pankow-Niederschönhausen: R. H. Mann, Rühlentstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:
 P. Gursch, Brühlstr. 56, Laden.
Rixdorf: H. Heinrich, Redaerstr. 2, im Laden; R. H. R., Siegfried-
 straße 25/29.
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkrantz, W. Boxhagen 56.
Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
**Spandau, Nonnendamm, Stanken, Seefeld und
 Faikenhagen:** R. Köppen, Breitelstr. 64.
**Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,
 Bernsdorf und Reinickendorf-West:** Paul Rieck, Borsigwalde, Rühlentstr. 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Franz, Berliner Straße 76, Laden.
Treptow: Rob. Gramms, Rühlentstraße 412, Laden.
Weißensee: R. Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.
Wilmersdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schuber, Wilhelmstr. 24.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Hättig, Zeuthen, Dorfstr. 15.
 Sämtliche Partelliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

**In jüngerer Continuum
 folgen uns
 Tilloßbräu-Floßfuhren
 gebunden war
 Die Qualität ist herausragend!**

Wenn nicht in geliefert, auf meine Kosten geg. Nachr. retour.

5 Stücke Aal in 1/2 fl. Gelee

Dose 40 Heringe in Milchsauce, ff. Brathering, ff. Rollmops.
 Kiste 40 Fettbäcklinge, ff. Geleehering, ca. 30 Sprotten, ff. Rauchlachs und noch

2 fl. Rauch-Aale alles gar. frisch.
 Alle 9 leckeren Sorten zusammen 2,95 M.
 E. Napp, Altona-Cottensen 62.

!! Bitte !!
 Fordern Sie meine Preisliste über Braunschweiger Wurst- und Fleischwaren an.
 K. A. W. Pfane, Braunschweig, Goolarische Str. 58.

Sofastoffe
 Riesenauswahl aller Qualitäten.
 Woll- Reste! Noquetts.
 Plüsch- Satteltaschen.
 Muster bei näherer Angabe franko.
 Emil Letevre, Berlin SW, 158, Oranienstr.

Haut- u. Harn-
 leiden, Ehrlich-Mala, Schäden d. Quecksilb. — Konsultation frei!
 Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc.
 !! Teilzahlung gestattet !!
 Dr. Homeyer, Friedrichstr. 189
 a. d. Hochb. Spr. 2-4-8, Sonnt. 11-12

**Herrmann Stramms
 Restaurant**
 Frankfurter Allee 68.
 Empfehle allen Freunden und Bekannten mein Weis- und Sauerbr.-Bier. Sehr gute Küche, Mittag- und Abendessen, jeden Abend Konzerte. Um geneigten Zuspruch bitte!
 Herrmann Stramm.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 sieht am Prinsenstr. 41, Moritzplatz 10-2 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

Pölmanns Bandagen
 Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc.
 Berlin N., Lotzbringer Str. 60.
 Lieferant für Krankenkassen
 Eigene Werkstatt.

Theater und Vergnügungen

Theater.
 Dienstag, 23. Januar 1912
 Anfang 7 1/2 Uhr.

A. Oberhaus, Rabana Butterstr.
 S. Schauspielhaus. Der Reiter von Soudras.

Deutsches, Turandot, Soverland, Spezialitäten.
 J. F. Busch, Gala-Vorstellung.
 J. F. Schumann, Gala-Vorstellung.

J. F. Carrasani, Gala-Vorstellung.
 Anfang 8 Uhr.

Urania, Tondentstraße 48/49.
 Was dem Leben des Meeres.
 Gedicht: Dr. W. Berndt: Der prähistorische Mensch.

Kammertheater, Eine glückliche Ehe.
 Leistung, Gudrun.
 Neues Schauspielhaus, Heiligen-
 mald.

Reißens, Ein Walzer von Chopin.
 Karlsruhener, Der Schmutz der Madonna.

Romische Oper, Umbine, Adelen, Russisches Ballett.
 Lustspielhaus, Die Damen des Regiments.

Berliner, Große Hofinen, Neues Operetten, Eva.
 Schiller O. Der Probestell.
 Schiller-Charlottenburg, Emilia Galotti.

Friedr. W. W. Schauspielhaus, Zwei glückliche Tage.
 Neues, Die kleine Freundin.
 Reußen, Der Versuchender.
 Kiste, Salon und Kloster.
 Königgräber Straße, Die Frau Franziska.

Kleines, Kostüm-Geburtsstag.
 Geny und Janich Elber, Heden-
 jos.

Metrovot, Die Nacht von Berlin.
 Trianon, Das kleine Café.
 Thalia, Deutsche Wirtschaft.
 Casino, Der Kampf ums Dasein.
 Apollo, Spezialitäten.
 Wafage, Spezialitäten.
 Herrfeld, Schmerzlose Behandlung.
 Das Kind der Arma.
 Reichshallen, Stettiner Sänger.
 Königstadt-Kasino, Spezialitäten.
 Wintergarten, Spezialitäten.

anfang 8 1/2 Uhr.
 Folies Caprice, Randeblüth's
 Polsterabend.
 Wallfiska, Teufel, das hat einge-
 schlagen!

Wand, Die Bettlerin und ihr Kind.
 Zeigt, In Wohlmanns Garten:
 Das Glück des Lebens.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater, Leidenschaft.
 Belle Alliance, Sherlock Holmes.
 Sternwarte, Invaldenstr. 57-62.

Neues Theater.
 Abends 8 Uhr:
Die kleine Freundin.
 Sonnt. Vor. 3 1/2 Uhr: Der kleine Bauer.

Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Große Hofinen.

Theater in der Königgräber Straße
 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Waisen-Theater.
 Dienstag: Der Versuchender.
 Mittwoch: In Zunft gehüllt.
 Donnerstag: Die Grille.

**Schiller-Theater O. Schiller-
 Theater**

Dienstag, abends 8 Uhr:
 Zum erstmalig: **Der Probestell**
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
König Heinrich.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Probestell.

**Schiller-Theater Charlotten-
 burg.**

Dienstag, abends 8 Uhr:
Emilia Galotti.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr:
Russisches Ballett.
 Zum erstmalig: Giselle. — Karneval.

Residenz-Theater.
 Direktion Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.
 Schwan in 3 Akt. v. Sévral u. Barré.
 Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

Belle Alliance-Theater.
 Dienstag bis Freitag 8 1/2 Uhr:
Sherlock Holmes.
Gastspiel Ferd. Bonn.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Zum erstmalig:
Salon und Kloster.
 Volksschauspiel in 5 Akt. v. Georg Fern.
 Anfang 8 Uhr.
 Mittwoch: Heimat.

Metropol-Theater.
 Anfang 8 Uhr. Ausden gestattet.
Die Nacht von Berlin!
 Große Jahresrevue in 7 Bildern von
 Carl Freund, Musik von S. Holländer.
 In Szene gesetzt vom Dir. H. Schütz.

Apollo Theater
 Ab 8 Uhr:
Letzte Tage!
 Die grandiosen Spezialitäten.
 9 Uhr:
 Nur noch kurze Zeit!
Harry Walden
 in sein Herzessung.

Königstadt-Kasino.
 Großer Platz a. Alexanderstraße
 Bis 1. Februar täglich:
Im Camel des Glückes.
 Volksspiel in 3 Bildern.
 Die ersten Spezialitäten
 jeden 1. u. 16. Programmwechsel

Casino-Theater
 Lotzbringer Str. 37. Anfang 8 Uhr
Der arbeits Theatererfolg!
 Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
 Aktuell! Dem heutigen Leben ent-
 nommen.
 Abends 8 Uhr tosender Verkauf!

„CLOU“
 Berliner Konzerthaus,
 Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91

Großes Konzert
 !!! Zillerthaler und Tegernseer Sänger! Plattler und Jodler !!!
 Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.

An allen Wochentagen nachmittags:
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Neue Welt.
 Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.
 Dienstag, den 23. Januar 1912:
Elitetag.

Bockbierfest in den bayer. Alpen
 Prämiierung des jüngsten Großvaters.
 3 bare Geldpreise: 50, 30, 20 Mark.
 Folgende Legitimationen sind mitzubringen: Eheschließung
 des Kindes und Tauschein des Enkels.

Voranzeige! Donnerstag, den 25. Januar 1912:
Prämiierung der engsten Taille
 der Damen von 120-140 Pfund, von 140-160 Pfund, von
 160 Pfund und darüber. 3 bare Geldpreise: 50, 30, 20 M.
 Anfang 7 Uhr. — Entree 30 Pf.
30 bayerische Madl. — Vier Kapellen.
 Wunderbare Alpendekoration.

**MOBEL
 MESSE**
 AUSSTELLUNGSHALLEN AM ZOO
 BERLIN 1912 vom 20. 30. JANUAR
 PINTO, DIERE, GEFLENET 10-8 UHR

**BUNTE
 BÜHNE**
 Kabarett und Theater.
 Jeden Dienstag:
Kastanienwäldchen
 Badstraße 16.
 Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 8 Uhr.

**Herrnfeld
 Theater**
 Noch nie dagewesener Lacherfolg.
**Das Kind
 der Firma**
 mit Anon u. Donat Herrnfelds in den
 Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung.
 Anfang 8 Uhr. Vorverkauf
 11-2 Uhr.
Wack's Theater.
 Direktion: Robert Hill.
 Berlin N., Dennewitzstraße 16.
Die Bettlerin und ihr Kind.
 Schauspiel in 5 Akten von Reizner.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Sonnt. u. Feiert. gütlich.
 Morgen: Diefelbe Vorhaltung.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger.
 Neu! Neu!
Pantoffel-Helden.
 Burleske o
 Reichardt.
 Anfang
 8 Uhr.
 Sonntag
 7 Uhr.

Zirkus
A. Schumann
 Dienstag, 23. Jan., abds. 7 1/2 Uhr:
Gr. Galaprogramm!
 Um 9 Uhr:

**Das neueste, noch nie
 dagewesene, nicht zu
 übertr. Ausstattungs-
 stück der Gegenwart
 Das Motorpferd**

in 5 Akten.
 Besonders hervorzuheben:
 2. Akt: Das Leben u. Treiben
 vor einem mod. Waren-
 hause. Aufziehen d. Schloßw.

Sarrasani
 Schönhauser Allee.
 Telefon: Nord 4100

Abendlich 7 1/2 Uhr:
 Das berühmte, echte, wahre
Circus-Programm.
 Mittwoch, Sonnab., Sonntag,
 3 u. 7 1/2 Uhr: Je 2 Vorstellg.

Vorverkauf a. d. Circus-
 kasse und an sämtlichen
 Billettverkaufsstellen v.
A. Wertheim
 Galerie: III. Platz:
 40 Pf. 70 Pf.
 II. Platz: I. Platz 2 M.
 Parkett 3 M.
 Logensitz 4 M.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 8 Uhr:
Aus dem Leben des Meeres.
 Hörsaal Dr. W. Berndt, 8 Uhr:
 Der prähistorische Mensch.

Zirkus Busch
 Dienstag, 23. Januar, ab. 7 1/2 Uhr:
 Extra-Gala-Abend.
Gastsp. Gertraud Arnold
Die Hexe.
 Besonders hervorzuheben:
 Der Sturz in den Kochen
 des Lindwurms
 Vorher: **Taft!**
 das unlösbare Rätsel?
 Sandi-Siwel und Amata (Java)
 Fräul. Stennis, Schulkollegin.
 Ernst Schumann, Freiheitsredner.
 3 Schwestern Blumenfeld, Reit-
 künstlerinnen,
 und das große Gala-Programm.

Passage-Theater.
Miriam Horwitz
 in ihrem „Die Falle“
 Dramolet
 Mile. Maroussia
 The Meteors
 Lina Loos
 und 10 neue Attraktionen!

Passage-Panoptikum.
Bei den Feuerfressern
 Lebend! Lebend!
Die wilden Essaus.
 Karawane sudanesischer
 Heul- und Feuer-Fakire in ihrem
 Originaldorf.
Ohne Extra-Entree.

Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Admiralspalast
 Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
 Nachmittags:
Militär-Konzert.
 Kunstlauf-Produktionen.
 Abends die Novitäten:
 Tänze a. d. Eise, Rhein-
 länder, Russisch, Engl.
 Alt-Wiener Walzer und
Die kleine Charlotte.
 Der norwegische Meister
Harry Paulsen
 sowie d. pricht. Eisballett
Alpenzauber.
 Bis 6 Uhr u. von 10 1/2
 Uhr halbe Kassenpreise.
 Restaurant I. Rang.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Losgelassen.
Waffenübung.
 Mandelblüth's Polsterabend.

Voigt-Theater.
 Dienstag, den 23. Januar 1912:
 Schauspiel im Wobbeier Winter-
 Garten, früher
Artushof, Verlegerer Str. 66.
Der Lumpensammler v. Paris
 Drama in 5 Akt. von F. Vogt.
 Raffeneröffnung 10, Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Uk-Trio
 Rixdorf-Berlin
 Lahnotr. 74, I. I

Das den Inhalt der Jareze
 übertrifft die Redaktion dem
 Publikum gegenüber feierlich
 Verantwortung.

Das Geheimnis von Dabendorf.

Das mehrfach schon erwähnte mysteriöse Verschwinden des seit länger als zwei Jahren unauffindbaren Sekretärs am Kaiserlichen Statistischen Amt Franz Behm beschäftigt gegenwärtig das Schwurgericht am Landgericht II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Langer. Der Andrang der Bewohner des Ortes Dabendorf bei Posen, wo der Verschollene ein kleines Landhäuschen bewohnt hatte, ist ein großer, doch finden nur wenige Neugierige Zutritt zum Schwurgerichtssaal. Die auf Nord lautende Anzeige richtet sich gegen den Brunnenmacher Gustav Kolbe, während Frau Helene Behm geb. Domscheit der Anklage beschuldigt ist. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Brand. Es sind über 40 Zeugen geladen.

Der Angeklagte Kolbe ist ein 53-jähriger Mann, der in Schöneberg bei Berlin geboren ist und eine sehr bewegte Vergangenheit hinter sich hat. Er ist gelernter Schlichter und ist schon als sechszehnjähriger Mensch wegen Diebstahls bestraft worden; in späteren Jahren häuften sich seine Verurteilungen in rascher Folge. Die Angeklagte Behm ist im Jahre 1871 in Berlin geboren; sie ist die Tochter eines Lokomotivführers und unbestraft.

Am 7. Oktober 1909 ist der Ehemann Behm, der ein Landhäuschen in Dabendorf bewohnte, spurlos verschwunden. Seine Leiche ist bis jetzt nicht aufgefunden worden. In der kleinen Gemeinde Dabendorf tauchte sehr bald der Verdacht auf, daß hier ein Mord vorliege, der auf Anstiftung der Frau Behm, die mit ihrem Ehemann unglücklich lebte, begangen sei. Es wurde sowohl gegen sie als auch gegen Kolbe, von dem man annahm, daß er von der Frau als Werkzeug zu dem Verbrechen benutzt worden sei, das Strafverfahren eingeleitet, doch wurden beide wieder außer Verfolgung gesetzt, weil die vorhandenen Verdachtsmomente der Staatsanwaltschaft zur Erhebung einer Anklage nicht ausreichend erschienen. Später wurde das Verfahren von neuem eröffnet. In der Folgezeit wurde das Verfahren von neuem eröffnet. In der Folgezeit wurde das Verfahren von neuem eröffnet.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses beginnt der Vorsitzende zunächst mit der Vernehmung der Angeklagten Frau Behm. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie sich schuldig bekenne, antwortet die Angeklagte unter lebhaftem Kopfschütteln mit einem lauten „Nein“. Sie erklärt dann weiter, daß sie im Jahre 1895 geheiratet habe, ihr Mann sei damals Zahlmeisterspizant gewesen und habe bei den Schweders Dragonern gedient. Ihr Vater war Lokomotivführer. Die Ehe, aus welcher zwei jetzt dreizehn bzw. vierzehn Jahre alte Kinder hervorgingen, sei zu Anfang ganz glücklich gewesen. Später seien jedoch fortwährende Streitigkeiten vorgekommen, die sie veranlaßt hätten, von ihrem Mann wegzugehen. Der Vorsitzende bringt hierbei zur Sprache, daß die Angeklagte nicht weniger als fünfmal ihren Mann verlassen habe, dann aber immer wieder zu ihm zurückgekehrt sei. Als Ursache dieser Streitigkeiten gibt die Angeklagte an, daß ihr Mann sehr nervös und jähzornig gewesen sei und sie wiederholt mißhandelt habe. Vom Vorsitzenden wird ihr jedoch vorgehalten, daß die Ursache dieser ehelichen Unzufriedenheiten darin zu finden sei, daß sie es mit der ehelichen Treue nicht sehr genau genommen habe, was von der Angeklagten schließlich auch zugestanden wird. Während der Erzählung der Einzelheiten wird auf Antrag des Staatsanwalts wegen Gefährdung der Öffentlichkeit auf kurze Zeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schildert die Angeklagte die Vorgänge unmittelbar vor dem Verschwinden des Mannes an der Hand einer von den Mäulichkeiten der Wohnung aufgenommenen Skizze, die sie den Geschworenen in ruhiger und klarer Weise erläutert. Nach ihrer Darstellung habe sich zwischen ihrem Mann und ihr ein Streit über ein gebratenes Huhn entwickelt, welches sie ihm vorgesetzt hatte. „Wir aßen — so äußert sich die Angeklagte — gegen 7 1/2 Uhr Abendbrot, und da kam es zum Streit, wobei mein Mann, wie immer, gleich außerordentlich heftig wurde. Mein Mann kam auf mich zu und wollte mich schlagen, ich gab ihm aber einen Stoß, so daß er nach dem Tischofen taumelte. Dadurch wurde er immer aufgeregter und schrie: Das werde ich Dir befehlen! Ich sah dann, wie er einen Revolver in der Hand hatte, ich stürzte hinaus und mein Mann schloß hinter mir her. Ich lief nach dem Wald, hörte Schritte hinter mir und lief immer weiter in den Wald. Da trat ich in ein Loch, verlor die Balance und fiel zur Erde. Da lag die Person, die mich verfolgte und die ich für meinen Mann hielt, an mir vorbei. Ich blieb, da ich große Schmerzen am Hüfte hatte, eine ganze Weile dort liegen, dann stand ich auf einem anderen Wege humpelnd wieder nach Hause. Gegen 10 Uhr kam ich zurück. Die Lampen in meiner Wohnung brannten noch. Die Kinder waren schon vor dem Abendbrot nach oben in die Dachstube gebracht worden. Ich sah zunächst in die untere Wohnung durch die Fenster hinein, bemerkte aber nichts mehr von meinem Mann. Ich klinkte an der Haustür, sie war aber zu und ich konnte nicht hinein. So blieb ich draußen und lauschte, ohne daß ich etwas hörte. Gegen 12 Uhr hörte ich Schritte, es war Kolbe, der bei uns wohnte und nach Hause kam. Er hatte keine Schlüssel nicht bei sich und so stellten wir eine Leiter an den Giebel, auf unser Klopfen öffneten die Kinder und wir kletterten ein. Wichtig ist, daß oben im Zimmer ein Gewehr stand, welches von Kolbe öfter zum Schießen von Hühnern u. dergl. benutzt wurde. Das machte den Kindern Spaß. Auch das Hühnchen, um welches der Streit entstanden war, war von Kolbe geschossen worden. Geschlafen habe ich in jener Nacht überhaupt nicht und blieb oben bei den Kindern.

Fräulein: Am nächsten Tage stellten Sie fest, daß aus einem Kasten, in welchem Ihr Mann Geld aufbewahrte, 600 M. fehlten. Wer mag das Geld genommen haben? Ist es möglich, daß Kolbe es sich angeeignet hat? — Angekl.: Das glaube ich nicht. — Fräulein: Sie haben auch festgestellt, daß von der Garderobe Ihres Mannes ein Weißbleid und ein blaues Jackett fehlte? — Angekl.: Ja. — Fräulein: Was haben Sie denn eigentlich nach dem Verschwinden Ihres Mannes gemacht. Sie mußten sich doch irgendeine Erklärung dafür geben? — Angekl.: Ja, ich dachte, er ist nach Berlin gefahren und er hat mich nun einmal verlassen. Ich habe damals auch geglaubt, daß er vielleicht zu seiner Mutter gefahren ist. Als ich auf dem Amt nach ihm fragte, wurde mir gesagt, daß auf seinem Vult eine Postkarte liege, auf welcher er sich für zwei Tage krank meldete.

Fräulein: Was haben Sie denn nicht, wie es sonst Frauen tun würden, bei anderen Leuten Schutz gesucht oder Anzeige erstattet, als Ihr Mann auf Sie geschossen hatte? — Angekl.: Wir waren ja mit den Nachbarn verfeindet und außerdem hätte mir dies mein Mann noch mehr übelgenommen. Als er das erstmal in Schwere auf mich geschossen hat, bin ich auch bloß weggelaufen. — Fräulein: Kurz nach dem Verschwinden Ihres Mannes schloß plötzlich in einem Zimmer eine Scheibe. Die Anklage legt hierauf besonderen Wert, da Ihr Mann durch einen Schuß durch das Fenster getötet worden sein soll? — Angekl.: Die Scheibe war schon längere Zeit eingewackelt, ebenso der daran befindliche Wasserhahn. — Fräulein: Sie sollen am Tage nach dem Verschwinden dem Kolbe den Auftrag gegeben haben, das Fenster wieder in Ordnung zu bringen. Es ist doch etwas auffällig, daß Sie gerade zu dieser Zeit an so kleine nebenwärtliche Dinge gedacht haben? — Angekl.: Ich wollte das Fenster deshalb schnell in Ordnung haben, da mein Mann durch das Fenster in das Haus hätte hineinklettern können. Dies wollte ich eben verhindern. — Fräulein: Es wird behauptet, daß sich in diesem Fenster Schrotkörner befunden hätten, weshalb es schließlich umgeändert worden sei. In dem Zimmer selbst wurden ja dann auch zwei Schrotkörner gefunden? — Angekl.: Es ist ja möglich, daß diese bei dem Essen des von Kolbe geschossenen Hühnchens in die Stube geworfen worden sind. — Fräulein: Ist es richtig, daß Sie unmittelbar nach dem Verschwinden Ihres Mannes dem Kolbe Geld gegeben haben mit dem Auftrage, es bei einem gewissen Zimmermann zu deponieren? — Angekl.: Jawohl. — Fräulein: Woher stammte denn das Geld? — Angekl.: Ich hatte früher ein Wärtzgeschäft und hatte mir das Geld erspart. Mein Mann hat nichts davon gewußt. Es waren dies 210 M. — Fräulein: Weshalb liehen Sie denn das Geld plötzlich beiseite schaffen, Sie wollten es wohl vor dem Zugriff der Gerichtskasse bewahren, wie Sie einmal geäußert hatten? — Angekl.: Jawohl. — Fräulein: Am Tage darauf wurde gesehen, daß Kolbe zwei Hundertmarkstücke im Portemonnaie hatte. Wissen Sie, woher Kolbe dieses Geld hatte? — Angekl.: Nein. Auf weiteren Vorhalt gibt die Angeklagte Auskunft auf verschiedene Einzelheiten. Der Präsident fragt weiter: Nun ist eine Wagenspur aufgefunden worden, die von Ihrem Hofstet ausgehend nach dem Dabendorfer See führte und genau zu einem kleinen Handwagen passen soll, der Ihnen gehörte. Blutspuren sind an dem Wagen nicht gefunden worden. — Angekl.: Die Spur des Wagens ging nicht von unserem Hofstet aus. Im übrigen existieren vielleicht noch zehn solcher Wagen im Ort, die alle nach derselben Form gebaut sind. — Fräulein: Für Sie beantragt, den Wagen, der sich in der jetzigen Wohnung der Angeklagten in Friedrichshagen befindet, zur Stelle zu schaffen.

Der Angeklagte Kolbe, der sodann vernommen wird, bekennt sich gleichfalls schuldig. Er ist früher Schlichter gewesen, betreibt aber seit 1900 das Gewerbe eines Brunnenbauers. In Dabendorf habe er eine Parzelle und sei Anfang September 1909 auf eine Offerte des Herrn Behm in die obere Wohnung von dessen Häuschen gezogen. Er sollte die Reparaturen im Hause übernehmen und dafür erhielt er Wohnung und Essen. Was den Vorgang am 7. Oktober 1909 betrifft, so schildert er die Sache übereinstimmend mit Frau Behm.

In der Nachmittags-Sitzung wurde dann mit der Beweisaufnahme begonnen. Als erste Zeugin wurde die Mutter des angeblich ermordeten Sekretärs Behm, die 74-jährige Witwe B., vernommen, die über die Angaben ausfragen soll, die ihr die Angeklagte Behm nach dem Verschwinden ihres Mannes gemacht hatte. Sie ist damals mit ihrer Schwiegertochter nach dem Statistischen Amt gefahren und hat dort nach dem Verbleib ihres Sohnes nachgefragt. Als sie über ihren Sohn jammerte, habe ihr die Angeklagte gesagt, daß man sie verdächtigt, ihren Mann beiseite geschafft zu haben und ferner dabei geäußert: „Wir können uns schon verantworten, aber er nicht mehr!“ Die Angeklagte habe also damit zum Ausdruck gebracht, daß es ihr bekannt sei, daß ihr Mann nicht mehr lebe. Die Zeugin bekennt dann noch, daß ihr Sohn, wenn er wirklich gestrichelt sei, nicht von ihr gegangen wäre, ohne sich von ihr zu verabschieden. Außerdem hätte er doch sein bei der Deutschen Bank befindliches Depot abgehoben, um Geld zu haben.

Rechtliche Angaben macht die Schwägerin der Angeklagten. Auf eine Anfrage des R. A. Dr. Schmidt erklären die beiden Zeuginnen, daß sich das Verhältnis zwischen den Eheleuten in den letzten Jahren sehr gebessert habe. Eine Reihe anderer Zeugen machte ganz unwesentliche Angaben. Ein Zeuge bekennt u. a., daß er der Meinung sei, daß Behm, der an seiner Mutter sehr gehangen habe, ohne von dieser Abschied zu nehmen nicht dabongegangen oder aus dem Leben geschieden wäre. Er kenne den B. schon sehr lange und glaube nicht, daß dieser bei seiner ganzen Veranlagung sich das Leben genommen habe. Ein anderer Zeuge, ein Kollege des B., der ebenfalls in Dabendorf wohnt, bekennt ferner, daß er selbst der Frau B. nach dem Verschwinden ihres Mannes geraten habe, nicht gleich Anzeige zu erstatten, da ihr Mann sonst dienstliche Schwierigkeiten haben würde. Einige Zeugen schildern den Behm als einen sehr fleißigen und tüchtigen Beamten, der allerdings leicht erregbar gewesen sei.

Der Vorsitzende verlag dann die weitere Verhandlung auf Dienstag und teilt den Geschworenen mit, daß um 11 1/2 Uhr in Dabendorf ein Kofalktermin abgehalten wird, zu dem sich die sämtlichen Prozeßbeteiligten dort einfinden sollen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Automobilbild

musste sich gestern in der Person des Monteurs Otto Gohl vor der 5. Strafkammer des Landgerichts III verantworten. — In der Nacht zum 20. Juli v. J. brach der Angeklagte die Tür einer in der Kassauischen Straße in Wilmersdorf befindlichen Garage auf und entwendete ein dem Inhaber der Firma Cossel u. Auerbach, Unter den Linden, gehöriges Automobil. Mit dem gestohlenen Wagen unternahm er mit verschiedenen Personen, denen gegenüber er sich als Besitzer des wertvollen Wagens ausgab, Spazierfahrten. Schließlich ließ er den Wagen in völlig demontiertem Zustande und nachdem er alles, was nicht niel- und nagelfest war, gestohlen hatte, in der Nähe des Bahnhofs Ostfriedhof stehen, wo er am anderen Morgen gefunden wurde. — Am 22. Oktober, am Tage des Schlußes der Automobilausstellung in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten, wurde ein Automobil, das von den Adler-Deelen ausgestellt worden war, von einem unbekanntem Täter ge-

hohlen. Der ebenfalls sehr wertvolle Wagen war von den Angeklagten nur wenige Minuten auf der Straße stehen gelassen. Als sie wieder zurückkamen, war der Wagen verschwunden. Mehrere Tage darauf wurde der Angeklagte in Frankfurt a. M. von Polizeibeamten, welche durch die Beschreibung des gestohlenen Wagens in den Zeitungen aufmerksam geworden waren, festgenommen. — Er wurde trotz seines lebhaften Protestes festgehalten, bis der Wagen durch einen Vertreter der Firma rekonstruiert wurde. — Die Strafkammer erkannte mit Rücksicht auf die überaus dreiste und freche Ausführung der Diebstahls wegen schweren und einfachen Diebstahls auf 1 Jahr Gefängnis.

23 Jahre Zuchthaus.

Ein Straßentrüber, der in einer Oktobernacht einen freigelegten Mann gewalttätig ausgepeinigt hatte, stand gemeinsam vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter der Anklage des Raubes bzw. der Fehlleist. Ein Schlosser Belling, der am 18. Oktober abends seinen Lohn ausgezahlt erhalten hatte, machte eine vergnügliche Winterreise. In einem Schanklokal im Osten traf er auf zwei junge Leute, denen er je ein Glas Bier spendierte. Sie schlossen sich ihm dann an, als er nach einem anderen Lokal ging, wo er sich dazu bewegen ließ, mit seinen beiden Begleitern und einem Dritten Stat zu spielen. Er hatte etwa 45 M. bei sich, bezahlte die Besuche für seine Mitspieler und einige „Stat-Bangen“, brach das Spiel aber sehr bald ab, weil es ihm so schien, als ob es dabei nicht recht zuging. Nun erklärte einer der Anwesenden, daß man nicht damit zufrieden sein könne, wenn B. die ganze Besuche immer auf sich nehme und forderte die ganze Gesellschaft auf, gemeinsam noch ein anderes Lokal zu besuchen, wo er selbst noch eine Lage Bier zum besten geben wolle. Das Anerbieten wurde allseitig angenommen. B. ging mit zwei Begleitern als erster in den dunklen Flur des Schanklokals hinein. Röhlich erhielt er einen Schlag vor den Kopf, so daß er zur Erde fiel. Ihm wurde der Mund zugehalten, instinktiv packte er seine Hand in die Tasche, in der sich sein Geld befand, es nahm ihm aber nichts, denn die Hand wurde einfach aufgerissen, das Geld geraubt und die gesamte Botte Korah verfrachtet. Sehr tragikomisch ist, was er von seinen weiteren Erlebnissen erzählte: Als er auf das nächste Polizeirevier ging, habe man ihm dort gesagt: „ein arbeitsfähiger Mann würde sich nicht so lange herumtreiben!“ Infolgedessen ging er zu einem anderen Polizeirevier am Stralauer Platz, und da habe man ihm gesagt: „es sei keine Polizeimannschaft zur Verfügung!“ Am nächsten Tage ging er zur Kriminalpolizei und da hat er dann unter den Leuten des Verbrecherkalkums die nächsten Verdächtigten wiedererkannt. — Das Gericht beurteilte diese, die sämtlich vorbestrafte Menschen sind, zu schweren Zuchthausstrafen, die eine Gesamthöhe von 23 Jahren Zuchthaus erreichten.

Ist die Frage nach dem Namen eines Schuhmanns strafbar?

Infolge der Trunkenheit einer Frau war auf einer Aachen-er Straße ein Aufruhr entstanden. Ein Schuhmann forderte die Leute auf, sich zu entfernen, und nollerte jemanden, weil er nicht gefolgt war. In dem Augenblick erschien ein Freund des Nollerten und verlangte von dem Schuhmann, er solle ihm seine Nummer sagen. Der Frager, Herr Renne, wurde dann ebenfalls nollert und von dem Schuhmann zur Anzeige gebracht.

Die Strafkammer in Aachen verurteilte Renne auf Grund der Straßenpolizeiverordnung, die den mit Strafe bedroht, der der Aufforderung eines Sicherheitsbeamten, welche zur Erhaltung der Ordnung, Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergeht, nicht Folge leistet. — Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründet wurde ausgeführt:

Wenn Angeklagter lediglich dazugekommen sei und sich nach Nummer oder Namen des Schuhmanns erkundigte, und wenn der Schuhmann sich dadurch belästigt fühlte, so könne das keine Verurteilung auf Grund der Straßenpolizeiverordnung rechtfertigen. Belästigt werden könne er nur, wenn sich die Aufforderung des Schuhmanns, wegzugehen, auch auf ihn erstreckt habe und er dieser Aufforderung nicht Folge leistete. Dabei natürlich auch nach Vorprüfung sei, daß die Aufforderung des Schuhmanns ergangen sei zur Abwendung von Störungen des Verkehrs. Im alles das nachzuprüfen, müsse die Sache an das Landgericht zurückverwiesen werden.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Hagen (Westfalen) verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den 23-jährigen Kaufmann Rudolf Wiethe aus Schwelm wegen Giftmordes, begangen an seinem Vater, zum Tode.

Eingegangene Druckschriften.

Protokoll der Verhandlungen des 7. internationalen Transporthüterkongresses 1910. 100 S. H. Koch, Berlin, Engelauer 21. Der Weg zum eigenen Stil. Ein Vortragsbuch von Jenen u. Romms. Geb. 2 M. H. Ranssen, Hamburg. Elektro-Ingenieur-Kalender 1912. Von Rich-Willing. 250 S. D. Coblenz, Berlin W. 30.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Nachsatz und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Wohnortangabe beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

U. 2. 100. 1. Bei Fortsetzung der ehelichen Gemeinschaft in sechs Monaten, bei Getrenntleben in 10 Jahren. 2. Wir bitten um gef. nähere Angabe des Verfassers oder Verlegers. Unter dem Verfassernamen Schulz ist das Buch nicht zu ermitteln. 3. Nur als passive Mitglieder, welche jeder Verein aufnimmt.

Marktbericht von Berlin am 20. Januar 1912, nach Ermittelung des k. Königl. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Rindhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Speldebohnen weiße, 40,00—60,00. Linden 40,00—80,00. Kartoffeln 10,00—15,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seite 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,30—2,30. Butter 2,50—3,50. 60 Stück Eier 4,20—7,60. 1 Kilogramm Karotten 1,00—2,40. Halm 1,20—2,80. Jander 1,60—3,60. Hechte 1,20—2,00. Barsche 1,00—2,00. Schlei 1,60—3,20. Stele 0,80—1,40. 60 Stück Kröte 3,00—24,00.

Santa Kraft Rotwein Blutarmen u. Kranken während der Reconvaleszenz empfohlen. Nachahmungen bitte zurückzuweisen. Käßlich in Apotheken, Drogen und Delikatessen-Geschäften, FL. 1,50 u. 2,00 M. Lucia

